



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

4

20

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Grenzen durchziehen als Leitmotiv die letzte Einsichten-und-Perspektiven-Ausgabe dieses ungewöhnlichen Jahres 2020. Dabei geht es nicht nur um zeitliche und räumliche, sondern auch um gedankliche und mentale Grenzen. Als symbolisches Titelbild steht dafür *Hadrian's Wall*. Der gleichnamige römische Kaiser ließ diese Mauer nach 120 n. Chr. im Norden Englands erbauen, um das Gebiet der Provinz Britannia von den wilden Stämmen im Norden abzuschotten.

Mit dem Schwerpunkt „Zeitenwende“ 1989/90 hat sich das Angebot der Landeszentrale viel mit Fakten und Fragen zur Transformation Europas und der Welt nach dem Fall des Kommunismus und dem Ende des Kalten Krieges beschäftigt. Eine Bilanz bezogen auf Russland und die deutsche Einheit ziehen in diesem Heft die Beiträge von Klaus Gestwa zu „Gorbatschows Neuem Denken“ und Dietmar Görgmaier, der nüchtern die gewaltigen Aufbauleistungen nach 1990 betrachtet. Interessante persönliche Sichtweisen steuern dazu die Interviews mit ehemaligen NVA-Wehrdienstleistenden über ihr Erleben der „Wende“ bei, die Walter Graßmann geführt hat. Die physische Grenze im Bayerischen Wald, die Bayern von Tschechien trennt und eine sehr wechselhafte Geschichte hat, beleuchtet Markus Baar.

Begrenztheit der gefährlichsten Art zeigt sich in der Zunahme von Antisemitismus und Verschwörungstheorien aufgrund der Covid19-Pandemie, wie die Erfahrungen der RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) Bayern offenlegen.

Im dritten Teil der Dystopie-Reihe beschäftigen sich schließlich Monika Franz und Christina Gibbs mit dem Roman „Hard-boiled Wonderland und das Ende der Welt“, einem frühen Werk des gefeierten japanischen Schriftstellers Haruki Murakami.

Das Jahr 2020 neigt sich dem Ende zu – es war in vielerlei Hinsicht begrenzt. Wir hoffen, dass Sie gut durch die Pandemie gekommen sind und wünsche Ihnen einen gesunden und trotz aller Beschränkungen erfreulichen Jahresausklang.

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Markus Baar ist an der Bayerischen Landeszentrale im Referat „Zeitgeschichte, wissenschaftliche Publikationen, Periodika und Tagungen“ tätig.

Monika Franz ist Stellvertreterin des Direktors sowie Abteilungs- und Referatsleiterin bei der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Christina Gibbs ist Referentin für „Zeitgeschichte, wissenschaftliche Publikationen, Periodika und Tagungen“ an der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit.

Dr. Dr. Dietmar Görgmaier ist nach Stationen u.a. in der Thüringischen Staatskanzlei und an den Universitäten in Regensburg und Erfurt nun verantwortlich für das Europa-Projektmanagement an der Handwerkskammer Erfurt.

Dr. Walter Graßmann ist promovierter Historiker und Seminarlehrer am Albert-Einstein-Gymnasium in München.

Prof. Dr. Rainer F. Schmidt hat eine Professur für Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Würzburg inne.

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven. Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

Inhalt



Das Ende der Konfrontation. Gorbatschows „Neues Denken“ und seine Folgen 4
von Klaus Gestwa

30 Jahre Deutsche Einheit – eine Bilanz 19
von Dietmar Görgmaier

„Wie am Ende der Welt“ – Der Untere Bayerische Wald und der „Eiserne Vorhang“ 27
von Markus Baar



Grundwehrdienst in der Nationalen Volksarmee und in den Grenztruppen in der „Wende“-Zeit – Erkenntnisse aus Gesprächen mit Zeitzeugen 44
von Walter Graßmann

Wer war es? 52
Ein historisch-biographisches Rätsel
von Rainer F. Schmidt



Themenforum Flucht und Vertreibung 54

Zukunft vor Ort. Kommunalpolitik in Bayern 55

„Krisenzeiten bergen immer das Potential dafür, dass Antisemitismus offener zu Tage tritt“ 56
Ein Gespräch mit Annette Seidel-Arpaci



Haruki Murakamis „Hard-Boiled Wonderland und das Ende der Welt“ – eine postmoderne Dystopie? 62
von Monika Franz und Christina Gibbs

Neu im Programm!
Eine kleine Auswahl an neuem Lesestoff und kommenden Veranstaltungen 71

Das Ende der Konfrontation. Gorbatschows „Neues Denken“ und seine Folgen

von Klaus Gestwa

Fort-
setzung



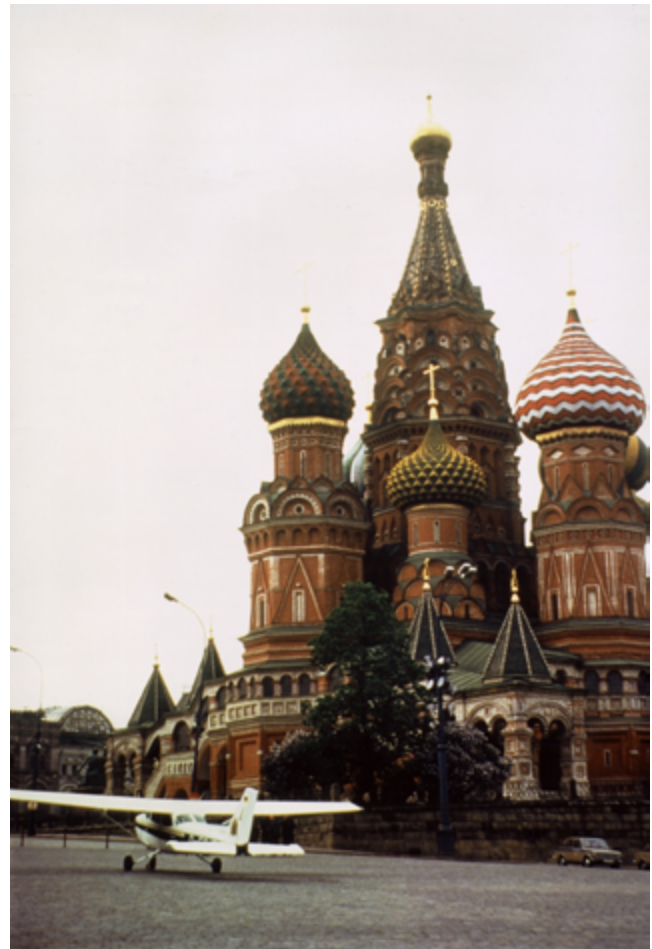
Unterzeichnung des INF-Vertrages durch Michail Gorbatschow und Ronald Reagan am 8. Dezember 1987 in Washington
Foto: dpa/Süddeutsche Zeitung Photo

Sofort nach seinem Amtsantritt im März 1985 machte sich der neue Kremlchef Michael Gorbatschow mit seinem „Neuen Denken“ daran, die durch den Zweiten Kalten Krieg (1979-1984) angespannten Ost-West-Beziehungen endlich wieder zu verbessern. Beim ersten Gipfeltreffen im November 1985 traf er in Genf auf den US-Präsidenten Ronald Reagan, der während seiner zweiten Amtszeit nicht mehr auf Konfrontation, sondern auf Ausgleich und Zusammenarbeit mit Moskau setzen wollte. Bei einem zweiten Treffen ein Jahr später in der isländischen Hauptstadt Reykjavik machten beide Seiten beim nuklearen Raketenpoker weitreichende Zugeständnisse. Die Unterzeichnung eines umfassenden Abrüstungsabkommens scheiterte letztlich noch daran, dass sich Reagan bei der Entwicklung seines Lieblingsprojekts, der weltumgestützten Raketenabwehr SDI (Strategic Defense Initiative), zu keinerlei Kompromissen bereit zeigte. Trotz seiner Enttäuschung zeigte sich Gorbatschow demonstrativ optimistisch, dass durch fortgesetzte konstruktive Verhandlungen der langersehnte friedenspolitische Durchbruch schon bald erreicht werden könnte.

Washington Dezember 1987: Der INF-Vertrag

Mit seinem Optimismus sollte der weiter energisch auf Abrüstung drängende Kremlchef recht behalten. Allerdings sahen im Herbst 1986 zahlreiche westliche Politiker in Gorbatschows Offerten nur trickreiche Schachzüge. Das verdeutlichte Helmut Kohl (1930-2017) in einem Interview, das er direkt im Anschluss an das Treffen in Reykjavik am 15. Oktober 1986 der US-Zeitschrift Newsweek gab. Darin bezeichnete der damalige deutsche Bundeskanzler Gorbatschow als einen „modernen kommunistischen Führer“, der etwas von Public Relations verstehe, und fügte dann hinzu, dass dies auch für Goebbels gegolten habe. Dieser Affront war bewusst gewählt. Zum einen ärgerte sich Kohl, weil Gorbatschow bei seiner politischen Welttournee durch die Welt bislang um die Bundesrepublik Deutschland trotz der wichtigen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen einen Bogen gemacht hatte. Zum anderen meinte Kohl, Reagan ermahnen zu müssen, dass die Sowjetunion keinesfalls aufgehört habe, ein kommunistisches „Reich des Bösen“ zu sein, und Washington Gefahr laufe, bei den Abrüstungsverhandlungen auf Moskauer Winkelzüge hineinzufallen.

Moskau zeigte sich sichtlich erbost über Kohls heiklen Vergleich zwischen dem Kremlchef und einem Nazi-Verbrecher. Auch die westdeutsche Politik und Öffentlichkeit reagierten konsterniert. Der SPD-Chef Willy Brandt (1913-1992) warf Kohl ein „extremes Maß an Instinkt-



Die Sportmaschine (Cessna 172 B), mit der Mathias Rust am 28. Mai 1987 auf dem Roten Platz in Moskau landete (im Hintergrund die Basiliuskathedrale)

Foto: ullstein bild/AP

losigkeit“ vor. Bonner Regierungsvertreter taten zwar ihr Möglichstes, um den politischen Schaden zu begrenzen.¹ Sie konnten aber nicht verhindern, dass Gorbatschows Verhältnis zu Kohl danach vorerst distanziert blieb, bis die beiden schließlich bei ihren späteren Treffen die schwierigen Anfänge ihrer Beziehung hinter sich lassen und eine Freundschaft aufbauen konnten.

Die fortgesetzte Skepsis des Westens hielt Gorbatschow nicht davon ab, seinen versöhnlichen Kurs fortzusetzen. Im Frühsommer 1987 nutzte er die spektakuläre Landung des jugendlichen deutschen Hobbyfliegers Mathias Rust (*1968) in einer Cessna auf dem Roten Platz, um neben dem Verteidigungsminister und dem Chef der Luftverteidigungskräfte weitere 300 Generäle zu entlassen, die

1 Extremes Maß an Instinktlosigkeit, in: Der Spiegel 44 (1985), S. 17 ff., <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521510.html> [Stand: 10.11.2020].



Ronald Reagan spricht am 12. Juni 1987 am Brandenburger Tor vor 300.000 Menschen.
Foto: ullstein bild /Thierlein

sich gegen weitergehende Abrüstungsinitiativen ausgesprochen hatten.² Das bot Gorbatschow die Möglichkeit, sich der schon zuvor geäußerten Meinung einiger Technik- und Sicherheitsexpert(inn)en anzuschließen, dass Reagans SDI-Weltraumprojekt in nächster Zeit kaum realisiert werden könne. Zudem stellte der geplante Abwehrschirm für die Sowjetunion eigentlich keine große Bedrohung dar, weil er durch den gleichzeitigen Abschuss einer entsprechend großen Zahl von Raketen jederzeit hätte durchdrungen werden können. Die Einsicht, SDI fortan als technologischen Bluff zu behandeln, machte den Weg frei, um nach dem Beinahe-Durchbruch in Reykjavik beim nächsten Gipfeltreffen in Washington endlich den Ausweg aus der Sackgasse des Rüstungssirnsinns zu finden.

Gorbatschows Einlenken ließ Reagan 1987 abrüstungspolitisch ins Hintertreffen geraten. Als er im Juni 1987 nach Berlin reiste, hielt er darum vor der Mauer am Brandenburger Tor eine Rede, in der er verkündete: „Mister Gorbatschow, wenn Sie nach Frieden streben, wenn Sie Wohlstand für die Sowjetunion und Osteuropa wünschen, wenn Sie die Liberalisierung wollen, dann, Mr. Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder (*tear down this wall!*)!“

.....

2 György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht, München 2011, S. 132 ff.

Mit diesem leidenschaftlichen Appell ging es Reagan darum, an den politischen Sündenfall des Mauerbaus zu erinnern, um noch einmal die Schuld Moskaus am Kalten Krieg zu unterstreichen und damit Gorbatschows Abrüstungsoffensive einen eigenen spektakulären Auftritt entgegen zu halten. Jenseits von Deutschland fand Reagans Rede zunächst wenig Beachtung. Erst nach 1989 wurde ihr als Meilenstein auf dem Weg zum Mauerfall prophetische Bedeutung zugeschrieben. Tatsächlich lassen sich aber keinerlei Belege finden, dass Reagans Rede bei den Geschehnissen im Herbst 1989 irgendeinen Einfluss auf Politik und Gesellschaft genommen hatte.³ Ihre nachträgliche Aufwertung wirkt ahistorisch, fügt sich aber gut in das amerikanische Triumph-Narrativ ein, das Reagan als politischen Hauptakteur ins Blickfeld rückt.⁴

Ungeachtet des rhetorischen Getöses der Staatschefs räumten die beiden Außenminister Eduard Schewardnadse (1928-2014) und George P. Shultz (*1920) mit ihren Beraterstäben im weiteren Verlauf des Jahres 1987

.....

3 John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, S. 290 f.; Romesh Ratnesar: Tear Down This Wall. A City, a President, and the Speech that Ended the Cold War, New York 2009; John S. Kornblum: Reagan's Brandenburg Concerto, in: American Interest, Mai-Juni 2007, <https://www.the-american-interest.com/2007/05/01/reagans-brandenburg-concerto> [Stand: 10.11.2020].

4 Kritisch dazu zuletzt Beth A. Fischer: The Myth of Triumphalism. Rethinking President Reagan's Cold War Legacy, Lexington 2020.

alle Hindernisse aus dem Weg und brachten ein weitreichendes Abkommen zu Papier. Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Gorbatschow und Reagan im Weißen Haus den INF-Vertrag (*Intermediate Nuclear Forces*). Er verpflichtete die beiden Vertragsparteien zum vollständigen Abbau aller atomaren Raketen mit mittlerer und kürzerer Reichweite (zwischen 500 bis 5500 Kilometer). Bei gleichzeitiger Kontrolle durch die jeweils andere Seite zerstörten die USA in der Folgezeit vertragsgemäß 846 und die Sowjetunion 1.846 Raketen. Vor allem Europa, dessen Länder Ziel der großen Mehrheit dieser Atomraketen gewesen waren, atmete nach Jahren kollektiver Angstzustände tief auf.⁵

Moskau im Frühsommer 1988: Reagan im „Reich des Bösen“

Als Reagan im Frühsommer 1988 anlässlich des Moskauer Gipfeltreffens in die sowjetische Hauptstadt reiste, zeigte er sich gerührt, wie freundlich ihn die Moskauer Bevölkerung empfing. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Sowjetunion für ihn weiter ein „Reich des Bösen“ sei, antwortete er, dass sich seine vor fünf Jahren getroffene Aussage auf eine andere, längst zu Ende gegangene Ära bezogen habe. Die Welt hätte sich seitdem grundlegend gewandelt.

An der renommierten Moskauer Staatlichen Universität hielt Reagan, vor einem übergroßen Lenin-Kopf und einem Wandgemälde der Russischen Revolution stehend, eine Rede, in der er das studentische Publikum dazu aufrief, die nicht von Gewalt, Fahnen und Fanfaren begleitete technische Revolution im Zeichen des Mikro-Chips zu meistern und über politische Grenzen hinweg gemeinsam den anstehenden Weg ins Informationszeitalter zu beschreiten. Um dieses Anliegen zu fördern, vereinbarten die USA und Sowjetunion ein kulturelles Austauschprogramm, um jungen Menschen die Möglichkeiten zu gemeinsamen Forschungsarbeiten und neuen Freundschaften zu geben. Auch wenn Reagan auf die kritischen Fragen der sowjetischen Studierenden nicht immer überzeugende Antworten fand, so sprach er bei seiner Abreise aus Moskau doch von einem „Gefühl tiefer Freundschaft“, das er gegenüber den Menschen in der Sowjetunion mittlerweile empfinde.⁶



Raissa Gorbatschowa und Nancy Reagan am 29. Mai 1988 in Moskau
Foto: ullstein bild/dpa

Ferner zeigte er sich dankbar dafür, gemeinsam mit Gorbatschow während der letzten drei Jahre „eine große Entwicklung“ hin zu Frieden und Sicherheit eingeleitet zu haben. Dass während des Spätsommers 1988 im südkoreanischen Seoul schließlich wieder Olympische Sommerspiele ohne einen größeren politischen Boykott stattfanden,⁷ galt als weiteres Zeichen dafür, dass die Welt durch das heraufziehende Ende des Kalten Kriegs freundlicher geworden war.⁸

5 Yvan Vanden Berghe: *Der Kalte Krieg 1917–1991*, Leipzig 2002, S. 318 ff.; William Taubman: *Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit*, München 2018, S. 475 ff.

6 Alice Meyer: *Der Missionar (be)sucht das Reich des Bösen*, in: TAZ. Die Tageszeitung, 02.06.1988, S. 3; Jack F. Matlock: *Reagan and Gorbachev. How the Cold War ended*, New York 2000, S. 282–304.

7 Die USA und die Mehrheit ihrer Bündnispartner hatten 1980 wegen des Einmarsches der Roten Armee in Afghanistan die Olympischen Sommerspiele in Moskau boykottiert. Daraufhin nahmen die Sowjetunion und die meisten Ostblockstaaten nicht an den folgenden Olympischen Sommerspielen 1984 in Los Angeles teil.

8 Jeremy Isaacs/Taylor Downing: *Der Kalte Krieg*, München 1998, S. 370 f.; Taubman (wie Anm. 5), S. 490 ff.

Washington im Dezember 1988: Gorbatschows UNO-Rede

Der atomaren Abrüstung folgte bald die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte. Wieder war es Gorbatschow, der die Initiative ergriff. In seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung am 7. Dezember 1988 erstaunte er Politik und Öffentlichkeit mit seiner Ankündigung eines einseitigen Truppenabbaus. Dazu gehörten der Abzug von 10.000 sowjetischen Panzern, 8.500 Artilleriegeschützen und 800 Kampfflugzeugen aus Osteuropa sowie eine Rückführung großer Teile der sowjetischen Streitkräfte aus der Mandschurei und entlang der Grenze zu China. Hinter dieser sowohl vom Politbüro als auch von der Armeeführung unterstützten Entscheidung stand eine Neubewertung der Funktion militärischer Macht und eine grundlegend veränderte Verteidigungsdoktrin. Das auf Frieden, Ausgleich und Zusammenarbeit ausgerichtete „Neue Denken“ hatte sich auf ganzer Linie durchgesetzt. Reagan, der bei seiner letzten Amtshandlung als US-Präsident nach New York reiste, um dort Gorbatschow nach seiner bemerkenswerten UNO-Rede noch einmal offiziell zu treffen, würdigte den neuen Abrüstungsschritt der Sowjetunion als „ermutigende Tat, die in der Praxis ausgeführt die Belohnung der Geschichte verdient“. Auf die unmittelbare Nähe der New Yorker Freiheitsstatue anspielend, erklärte Reagan pathetisch: „Unter den Blicken von Miss Liberty hat eine neue Ära der Hoffnungen begonnen.“⁹

Ihren Schlusspunkt fand die damalige Abrüstungspolitik im multilateralen KSE-Vertrag, dem Abkommen über Konventionelle Streitkräfte in Europa, dessen Ausarbeitung im März 1989 begann. In diesem 1992 unterzeich-



Michail Gorbatschow bei seiner Rede am 7. Dezember 1988 vor der Vollversammlung der UNO in New York
Foto: picture-alliance/dpa/Consolidated Ron Sachs

neten Vertragswerk waren Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme festgelegt, die in Europa stationiert werden durften. Das führte zu einer drastischen Reduzierung der für Offensivzwecke einsetzbaren Waffen. Zur Kontrolle vereinbarten die 22 Vertragspartner ein durchdachtes Verifikationssystem mit wechselseitigen Informationspflichten und Inspektionen.¹⁰

Ergebnis der amerikanisch-sowjetischen Annäherung war schließlich auch das 1994 in Kraft getretene START-Abkommen (*Strategic Arms Reduction Treaty*), das nach jahrelanger Vorbereitung und dem Zerfall der Sowjetunion zwischen den USA und Russland unterschrieben wurde, um die strategischen Trägersysteme für Nuklearwaffen zu reduzieren. In diesem Vertragswerk war außerdem vorgesehen, dass die Ukraine, Belarus und Kasachstan ihre Atomwaffen unter internationaler Aufsicht vollständig aufgaben.¹¹

9 Carlos Widmann: Miss Liberty segnet den Gipfel, in: Werner Adam (Hg.): Ein Imperium zerbricht. Reportagen über den Untergang der Sowjetunion, Frankfurt am Main 1992, S. 133–138, hier S. 137; Melvyn P. Leffler: For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War, New York 2007, S. 420 ff.; Jeffrey A. Engel: When the World seemed new. George H. W. Bush and the End of the Cold War, Boston 2017, S. 48–70. Eine anschauliche Schilderung von Gorbatschows Rede und Besuch in New York, inklusive der Episode wie Donald Trump damals auf einen „Fake-Gorbi“ hereinfiel, bietet Kristina Spohr: Wendezeit. Die Neuordnung der Welt nach 1989, München 2019, S. 23–38.

10 Joachim Lang: Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, Baden-Baden 2001; Hans-Joachim Schmidt: Der Wandel der konventionellen Rüstungskontrolle, 1989–1996, Frankfurt am Main 2004.

11 David Holloway: Nuclear Weapons and International Relations since the End of the Cold War, in: Geir Lundestad (Hg.): International Relations since the End of the Cold War. New and Old Dimensions, Oxford 2013, S. 149–166.

Malta im Dezember 1989: Vom Kalten Krieg zur neuen Weltordnung

Als im Dezember 1989 auf vor Malta liegenden Schiffen Gorbatschow beim nächsten Gipfeltreffen auf George Bush traf, der Reagan im Weißen Haus nachgefolgt war, kam es zu weiteren Fortschritten auf dem Weg „von der Verständigung zur Partnerschaft“. ¹² Auch wenn Bush und sein Berater Brent Scowcroft (1925-2020) Gorbatschows Initiativen zunächst mit Skepsis begegnet waren und den Kreml zunächst sechs Monate lang hingehalten hatten, zeichneten sich die Gespräche in Malta doch „durch einen hohen Grad an Vertrauen“ aus. ¹³ Bei den weiteren Abrüstungsschritten ließ sich darum mit wenigen Ausnahmen schnell Einigkeit erzielen. Auch ungeklärte politische Fragen – wie beispielsweise die Beziehungen zu Kuba – hatten keine negativen Auswirkungen auf die Verhandlungsatmosphäre. Bush versprach Gorbatschow, ihn bei seiner Reformpolitik wirtschaftlich zu unterstützen, weil ein Erfolg der Perestroika die Welt als Ganzes besser und sicherer machen werde. ¹⁴ Auf der abschließenden Pressekonzferenz erklärte Gennadij Gerasimov (1930-2010) als außenpolitischer Sprecher der Sowjetunion: „Wir haben den Kalten Krieg auf dem Grund des Mittelmeeres begraben.“ ¹⁵

Dieser Eindruck festigte sich, als Gorbatschow im Frühsommer 1990 noch einmal mit einer großen Delegation in die USA flog. Bei seinem Staatsbesuch unterzeichnete er zunächst 24 Kooperationsvereinbarungen, um damit den Weg für eine neue Weltordnung nach dem Kalten Krieg zu bereiten. Von Bedeutung war vor allem der Vertrag über den Produktionsstopp und die Vernichtung von Chemiewaffen. Anschließend reiste Gorbatschow nach Minneapolis sowie Kalifornien. Dort warb er für seine politischen Visionen und genoss sichtlich die Sympathien seiner amerikanischen Gastgeber. ¹⁶

Der symbolische Schlussakt des Kalten Kriegs fand im November 1990 in Paris statt. In der französischen Hauptstadt trafen sich neben Gorbatschow und Bush weitere 32 Staats- und Regierungschefs der Konferenz für

12 Michail Gorbatschow: *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 728.

13 Ebd., S. 699; Hal Brands: *From Berlin to Baghdad. America's Search for Purpose in the Post-Cold War World*, Lexington 2010, S. 22–26.

14 Isaacs/Downing (wie Anm. 8), S. 394.

15 Zit. nach: Dietmar Neutatz: *Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 520. Zum Gipfel in Malta s. auch Engel (wie. Anm. 9), S. 292–312; Robert Service: *The End of the Cold War*, London 2015, S. 416–426.

16 Gerhard Simon/Nadja Simon: *Verfall und Niedergang des sowjetischen Imperiums*, München 1993, S. 207.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute OSZE), um mit der Charta von Paris ein grundlegendes Abkommen über die Schaffung einer neuen Ordnung für Europa zu unterschreiben. ¹⁷

Der Abzug aus Afghanistan

Die verbesserten Beziehungen zwischen den Supermächten waren eng damit verbunden, dass Gorbatschow auch auf anderen Konfliktfeldern der internationalen Politik als „Held des Rückzugs“ ¹⁸ agierte und damit an Glaubwürdigkeit gewann. Die Ende 1979 erfolgte sowjetische Intervention in Afghanistan hatte sich zu einem „Sovietnam“ ausgeweitet. ¹⁹ Der dort geführte Krieg stellte für Moskau keineswegs nur einen erheblichen Kostenfaktor dar; er fügte auch dem Ansehen der Sowjetunion erheblichen Schaden zu. Darüber hinaus kam es an allen Fronten zu massenhaften Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zehntausende von sowjetischen Soldaten wurden in verplombten Zinksärgen in die Heimat zurückgebracht und ohne militärische Ehren begraben. Überlebende Afghanistankämpfer hatte das brutale Kriegsgeschehen oftmals traumatisiert. Hunderttausende von Familien zerbrachen daran. Diese schrecklichen Kriegserfahrungen problematisierten die sowjetischen Medien seit 1987 immer offener und lösten damit gesellschaftliche Schockwellen aus. ²⁰ Auch die afghanische Seite erlitt erhebliches Leid. Bis Kriegsende forderten die Kämpfe eine Millionen Tote und schlugen knapp fünf Millionen Menschen in die Flucht.

Nachdem die antisowjetischen Gotteskrieger von den USA mit modernen Waffen (unter anderem mit den infrarotgelenkten Stinger-Raketen zur Luftabwehr) ausgerüstet worden waren, erkannten die Verantwortlichen in Moskau, dass der Krieg nur durch eine weitere massive

17 Spohr (wie Anm. 9), S. 339–351 u. 416–421; Christian Nünlist/Juhana Aunesluoma/Benno Zogg: *The Road to the Charter of Paris. Historical Narratives and Lessons for the OSCE today*, Wien 2017; Jeronim Perovic: *Die „Wende“ als „Verrat“. Russland, die Nato-Osterweiterung und das Scheitern der europäischen Sicherheitsordnung*, in: ders./Peter Collmer/Ekaterina Emeliantseva Koller (Hg.): *Zerfall und Neuordnung. Die „Wende“ in Osteuropa von 1989/91*, Wien u.a. 2019, S. 75–102, hier S. 75 f.

18 Hans Magnus Enzensberger: *Helden des Rückzugs. Brouillon zu einer politischen Moral der Macht*, in: ders.: *Zickzack. Aufsätze*, Frankfurt am Main 1997, S. 55–63.

19 Tanja Penter/Esther Meier (Hg.): *Sovietnam. Die UdSSR in Afghanistan, 1979–1989*, Paderborn 2017.

20 Swetlana Alexijewitsch: *Zinkjungen. Afghanistan und die Folgen*, Frankfurt am Main 1992; Manfred Sapper: *Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimationsverlust des Militärischen in der Perestrojka*, Münster 1994; Markus Mirschel: *Bilderfronten. Die Visualisierung der sowjetischen Intervention in Afghanistan 1979–1989*, Wien 2019.



Eine Gruppe vom Mudschahedin in den Bergen Afghanistans, aufgenommen 1988

Foto: picture alliance/AP Images/Fotograf: David Stewart-Smith

militärische Eskalation hätte noch gewonnen werden können. Dazu war Gorbatschow keineswegs bereit. Schon auf dem 27. Parteitag im Frühjahr 1986 hatte er das mörderische Geschehen in Afghanistan eine „blutende Wunde“ genannt und versprochen, diesen von seinen Amtsvorgängern angezettelten Krieg zu beenden. Die unter Vermittlung der Vereinten Nationen geführten Verhandlungen führten am 14. April 1988 zur Unterzeichnung des Genfer Abkommens. Einen Monat später begann der Abzug der über 100.000 Mann starken sowjetischen Truppenverbände. Im Februar 1989 verließ der letzte Soldat der Roten Armee Afghanistan. Ein besonders unrühmliches Kapitel sowjetischer Außenpolitik konnte nach neun Jahren endlich abgeschlossen werden.²¹

Der Rückzug von der Bühne der großen Weltpolitik

Nach dem Abzug aus Afghanistan beendete die Sowjetunion ihre militärische Präsenz zugleich in anderen Ländern wie in Vietnam und in der Mongolei. Die sowjetische Außenpolitik trug damals aktiv zur Entschärfung der Konflikte im südlichen Afrika (Angola und Namibia) bei. Blutige Stellvertreterkriege des Ost-West-Konflikts gingen zu Ende. Zudem fuhr der Kreml seine finanzielle und ökonomische Unterstützung befreundeter Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika merklich zurück. Ohne großes

21 Artemy M. Kalinovsky: A Long Goodbye. The Soviet Withdrawal from Afghanistan, Cambridge/Mass. 2011; Rodric Braithwaite: Afghantsy. The Russians in Afghanistan 1979–1989, London 2011.

Furioso trat die sozialistische Supermacht damit von der Bühne der internationalen Politik ab. Gorbatschow hatte die sowjetische Außenpolitik von der Last weltrevolutionärer Illusionen und expansiver Positionen befreit.²²

Eine gewisse, wenngleich kaum mehr selbständige Rolle spielte die Sowjetunion außerhalb von Europa nur noch im Ersten Irakkrieg. Nach der Okkupation Kuwaits durch den Irak im August 1990 weitete sich die Krise am Persischen Golf zu einem großen regionalen Konflikt aus. Nachdem alle Versuche des Kremls gescheitert waren, Saddam Hussein (1937–2006) zum Abzug seiner Truppen zu bewegen, stimmte die Sowjetunion im UNO-Sicherheitsrat für alle gegen den Irak gerichteten Resolutionen und bestätigte damit die neue weltpolitische Partnerschaft mit dem Westen. Gorbatschows außenpolitische Berater sprachen offen davon, dass angesichts des Beginns einer neuen Ära „wir dazu verteilt sind, mit Amerika befreundet zu bleiben“. Ansonsten „würde alles wieder den Bach heruntergehen“. Allerdings beteiligte sich Moskau nicht an den im Januar 1991 beginnenden militärischen Aktionen gegen den Irak. Nach dem schnellen Ende des Krieges gelang es dem Kreml sodann geschickt, sich unter den Siegermächten einzureihen.²³

Als im Sommer 1991 der staatliche Zerfalls Jugoslawiens in kriegerische Auseinandersetzungen umschlug, war Moskau wegen des eigenen fortschreitenden Niedergangs von Staat und Wirtschaft zunächst nicht mehr zu eigenen außenpolitischen Aktionen in der Lage. Der Kreml schloss sich darum den von westlichen Staaten zur Beendigung der Jugoslawienkriege ausgehandelten Abkommen meist an. Erst als Ende der 1990er Jahre der Kosovo-Krieg ausbrach, stellte sich Moskau entschlossen an die Seite Belgrads und gegen die westliche Diplomatie, ohne jedoch verhindern zu können, dass die NATO massiv militärisch in den Kosovo-Krieg eingriff. Das forcierte anschließend antiwestliche Stimmungen in der russischen Politik und Öffentlichkeit.²⁴

22 Artemy M. Kalinovsky/Sergey Radchenko (Hg.): The End of the Cold War and the Third World. New Perspectives on Regional Conflict, London 2011; Odd Arne Westad: Two Finales. How the End of the Third World and the End of the Cold War are linked, in: Lundestad (wie Anm. 11), S. 133–148; ders.: The Cold War. A World History, London 2017, S. 527–578.

23 Brands (wie Anm. 13), S. 56 u. 61–66; Spohr (wie Anm. 9), S. 423–504, Zitat S. 497.

24 Vladislav Zubok: Russia and the West. Twenty Difficult Years, in: Lundestad (wie Anm. 11), S. 209–227; Richard Holbrooke: Meine Mission. Vom Krieg zum Frieden in Bosnien, München 1998; Erich Rathfelder: Kosovo. Geschichte eines Konflikts, Berlin 2010.

Osteuropa: Von der Breschnew- zur Sinatra-Doktrin

Seit der Niederschlagung des Prager Frühlings, dessen Protagonisten 1968 in der Tschechoslowakei einen reformkommunistischen Alternativweg einschlagen wollten, galt für die Satellitenstaaten in Osteuropa eine „beschränkte Souveränität“, die nationalen Alleingängen enge Grenzen setzte und die Hegemonie Moskaus festschrieb. Mit dieser sogenannten „Breschnew-Doktrin“ brach Gorbatschow, der von Beginn seiner Amtszeit an den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern im Moskauer Machtorbit viel Aufmerksamkeit geschenkt hatte.²⁵ Schon 1986 erklärte er gegenüber den osteuropäischen Parteichefs, dass sich der Kreml fortan nicht mehr anmaßen werde, „über den politischen Weg einer Bruderpartei ein Urteil zu fällen“. Gorbatschow forderte die ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten sogar explizit dazu auf, mutig eigene Wege zu gehen, damit Moskau von ihren Erfahrungen lernen könne. Ein freier Freund sei hilfreicher als ein treuer Vasall.²⁶

Im Juli 1988 wiederholte Gorbatschow in Warschau sein Anliegen, als er in seiner Rede vom „neuen Antlitz des Sozialismus“ und den Diversifikationsprozessen in der „sozialistischen Welt“ sprach. Das mache es erforderlich, dass jedes Land seinen eigenen Weg suche, sein eigenes Tempo wähle und seine eigenen Prioritäten setze. Gorbatschow erneuerte sein Bekenntnis zum Gewaltverzicht und erklärte, der Sozialismus dürfe „nicht länger als Macht erscheinen, die sich auf Bajonette stützt und aggressive Absichten hat.“ Die Geschichte lehre, dass der Einsatz staatlicher Gewalt hohe Folgekosten verursache und sich die Gesellschaft so keineswegs dauerhaft für den Sozialismus gewinnen lasse.²⁷

Zugleich entwickelte Gorbatschow für das sozialistische Bündnis eine über die bestehenden Blockgrenzen hinausgehende europäische Perspektive. Er kritisierte, dass der Ostblock bislang die Kraft und Effektivität des westeuropäischen Integrationsprozesses unterschätzt habe. An den Grenzen des eigenen Bündnisses sei mit der Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein neuer ökonomischer Riese herangewachsen, der mit seinem Tempo des wissenschaftlich-technischen Wachstums dem Ostblock weit vorausseile. Um an diesem dynamischen Integrations-



Ansicht des Hochhauses in Moskau, in dem früher der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) seinen Sitz hatte, aufgenommen 2004
Foto: ullstein bild/Konzept und Bild

prozess teilnehmen und ihn mitgestalten zu können, griff Gorbatschow auf seine schon zuvor verkündete Idee des „gemeinsamen Hauses Europa“ zurück. Es gelte, durch neue Formen der Zusammenarbeit einen Brückenschlag zwischen Ost und West zu wagen und damit dauerhaft für Stabilität, Sicherheit und Wohlstand auf dem gesamten europäischen Kontinent zu sorgen.²⁸

Des Weiteren kritisierte Gorbatschow, dass sich die sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft – der im Jahr 1949 gegründete Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – für die Sowjetunion als großes Zuschussgeschäft erweise. Gorbatschow monierte insbesondere, dass die Sowjetunion fast allein die aufwändige Hilfe für die sozialistischen Bru-

25 Matthew J. Outmet: *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*, Chapel Hill 2003.

26 Vgl. die Rede Gorbatschows auf der Sitzung des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau im November 1986, in: Stefan Karner u.a. (Hg.): *Der Kreml und die Wende 1989*, Innsbruck 2014, S. 125 ff.

27 Vgl. die Niederschrift einer Besprechung Gorbatschows mit seinen Beratern in: ebd., S. 179 ff.

28 Michael Gorbatschow: *Perestroika – die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1987, S. 252–259; ders.: *Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Deutschen*, Düsseldorf 1990.



Ausstellungshalle in Erinnerung an den 30. Jahrestag des Paneuropäischen Picknick am 19. August 1989, am einstigen Eisernen Vorhang an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich, Fertőrákos, Ungarn
Foto: ullstein bild/imageBROKER/
Guenter Fischero

derstaaten Kuba, Mongolei und Vietnam aufzubringen und das politische Engagement des Ostblocks in Syrien zu finanzieren habe. Außerdem erhielt die Regierung in Warschau allein im Jahr 1986 eine Unterstützung in Höhe von sieben Milliarden Rubel aus Moskau, um damit den Zusammenbruch der polnischen Volkswirtschaft zu verhindern. Auch andere Satellitenstaaten profitierten von sowjetischen Exporten, ohne dafür der Sowjetunion entsprechende Gegenleistungen zu bieten und stattdessen lieber auf eigene Kosten einträgliche Devisengeschäfte mit dem Westen zu machen. Nachdrücklich mahnte Gorbatschow die osteuropäischen Parteichefs, die Sowjetunion könne für die anderen RGW-Staaten keineswegs nur die unentwegt sprudelnde Quelle günstiger Ressourcen sein und beständig die notwendige wissenschaftlich-technische Unterstützung leisten.²⁹

Hinter der Abkehr von der überlieferten Breschnew-Doktrin stand nicht zuletzt das politische Kalkül, dass Moskau unbedingt finanzpolitische Entlastungsmaßnahmen brauchte, um mehr Mittel für die Förderung der eigenen, schwer angeschlagenen Volkswirtschaft zur Verfügung zu haben. Zudem war die sowjetische Führung darauf bedacht, nicht in den sich wegen der exorbitanten Auslandsverschuldung abzeichnenden Staatsbankrott

mehrerer RGW-Staaten hineingezogen zu werden. Wenn Gorbatschow den anderen Parteichefs mehr politischen Spielraum gewährte, so war dies stets mit der Aufforderung an sie verknüpft, den drohenden wirtschaftlichen Kollaps durch mutige Neuerungs- und Öffnungsprozesse zu verhindern.

Allerdings zeigte sich die in Bukarest, Ost-Berlin, Prag und Sofia regierende Altherrenriege nicht willens, von ihrem eingefahrenen Kurs abzuweichen und sich auf eine eigene Perestroika einzulassen. Gorbatschow erschien Parteireisen wie dem DDR-Chef Erich Honecker (1912-1994) „als ein politischer Abenteurer, als Hasardeur“.³⁰ Das gestörte Verhältnis zwischen Moskau und Ost-Berlin führte wiederholt zu diplomatischen Verwerfungen – so im November 1988, als die SED-Führung die Auslieferung des aktuellen Hefts des ins Deutsche übersetzten sowjetischen Nachrichtenmagazin Sputnik untersagte, weil darin ein kritischer Aufsatz zum Hitler-Stalin-Pakt und zu den deutschen Kommunisten erschien.³¹

In Ungarn und Polen hingegen wirkte die Perestroika als mächtiger Emanzipations- und Veränderungsimpuls. Die Reformkräfte in den Parteiapparaten Budapests und Warschaws setzten sich durch, um die aufgeschobenen Modernisierungsprobleme endlich anzugehen. Sie leiteten

29 Vgl. die Rede Gorbatschows auf der Sitzung des RGW in Moskau am 10. November 1986, die Mitschrift der Politbürositzung am 10. März 1988 und das Stenogramm der Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 15. Juli 1988. Diese Dokumente sind abgedruckt in: Karner (wie Anm. 26), S. 123 ff., 175 f. und 191 ff.; s. auch Helmut Altrichter: *Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 2009, S. 330 ff.

30 Hans Modrow: *Die Perestroika – Wie ich sie sehe. Persönliche Erinnerungen und Analysen eines Jahrzehnts, das die Welt veränderte*, Berlin 1998, S. 26.

31 Gunter Holzweißig: *Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR*, Köln 2002, S. 147 ff.; Ilko-Sascha Kowalczyk: *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 72 ff.

Prozesse ein, die statt eines Umbaus aber einen Umbruch herbeiführten. Als in beiden Ländern die verspäteten Versuche einer „sozialistischen Erneuerung“ scheiterten und der Unmut der politisierten Gesellschaft wuchs, fand seit Herbst 1988 sowohl in den Reihen der Partei als auch der Opposition die Idee eines „Runden Tisches“ eine wachsende Anhängerschaft. Diesem neu geschaffenen, auf Kooperation und Kompromiss ausgerichteten Forum ging es darum, in konstruktivem Dialog mit den wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Kräften einen evolutionären Systemwechsel vom real existierenden, gescheiterten Sozialismus hin zu einer pluralistischen Demokratie zu erreichen. Der 1989 zunächst in Polen, dann in Ungarn erfolgreich praktizierten „Tafelrunde der Erzfeinde“³² fiel eine historische Vorbildfunktion zu. Als Ende des Jahres 1989 die morsche Parteiherrschaft auch in den anderen Ostblockstaaten ihr Ende fand, ermöglichte der „Runde Tisch“ – mit Ausnahme von Rumänien – eine „verhandelte Revolution“ und verhinderte damit unnötige Gewaltexzesse. Das obsolet gewordene östliche Militärbündnis des Warschauer Pakts wurde schließlich einvernehmlich im Juli 1991 aufgelöst und der vollständige Abzug der sowjetischen Truppen beschlossen. Zeitgleich beendete gleichfalls der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe seine Tätigkeit.³³

Auch angesichts des heraufziehenden Endes des Staatssozialismus und des Ostblocks achtete Gorbatschow das von ihm proklamierte nationale Selbstbestimmungsrecht der sowjetischen Satellitenstaaten. Er nahm es hin, dass die neuen Regierungen in Osteuropa begannen, sich allmählich aus dem Moskauer Machtorbit zu lösen und sich unter dem Slogan der „Rückkehr nach Europa“ dem Westen zuzuwenden. Gorbatschows außenpolitischer Sprecher Gerasimov erklärte im Oktober 1989 griffig: „Wir haben jetzt die Sinatra-Doktrin“. Damit spielte er auf den Titel des berühmten Songs *I Did it My Way* von Frank Sinatra an.³⁴

32 György Dalos: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009, S. 32.

33 Zum Verlauf und den Folgen der friedlichen Revolutionen in Osteuropa vgl. Bernd Florath (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, Göttingen 2011; Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hg.): The Revolutions of 1989. A Handbook, Wien 2014; Robert Grünbaum/Jens Schöne/Heike Tuchscheerer (Hg.): Revolution! 1989 – Aufbruch ins Offene, Berlin 2020.

34 Zit. nach: Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München 1990, S. 460 f.; Bernd Stöver: Der Kalte Krieg: 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007, S. 442.

Die Ablehnung der „chinesischen Lösung“

Im Verlauf des turbulenten Jahres 1989 stand lange die von einigen konservativen Parteikreisen befürwortete „chinesische Lösung“ im Raum. Damit ist die Entscheidung der chinesischen Parteiführung gemeint, die mehr Freiheiten einfordernden Studierenden mit Panzern vom Platz des Himmlischen Friedens (dem Tian’anmen-Platz) in Peking vertreiben zu lassen. Während die Demokratiebewegung unterdrückt wurde, schritt zugleich die Liberalisierung des Wirtschaftslebens weiter voran. Entrüstet verurteilten Gorbatschow und sein Team das brutale Vorgehen der chinesischen Genossen und machten ihnen den Vorwurf, den Sozialismus erneut mit Blut besudelt zu haben.³⁵ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse erklärte diese Haltung damit, dass seine Generation 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei hatte erleben müssen, wie sowjetische Panzer den Traum von einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz zerschossen. Die sowjetischen Protagonisten der Perestroika seien deshalb stark vom „Komplex der Ablehnung von Gewalt als Methode und Prinzip der Politik“ geprägt gewesen.³⁶

Zudem stellte die „chinesische Lösung“ für Gorbatschow keine politische Option dar, weil er durch den Einsatz staatlicher Gewalt das internationale Vertrauenskapital verspielt hätte, das er mit seinen Abrüstungsinitiativen zuvor erworben hatte. Ohne westliche Hilfen in Form moderner Technologien und neuer Kredite war die dringende Sanierung der schwer angeschlagenen sowjetischen Volkswirtschaft kaum mehr denkbar.³⁷

Die Wiedervereinigung Deutschlands

Wie sehr die ökonomische Misere der Sowjetunion in der weltpolitischen Umbruchssituation des Jahres 1989 zum friedlichen Kurshalten und zur Zusammenarbeit zwang, zeigte sich besonders deutlich während des deutschen Wiedervereinigungsprozesses. Nachdem

35 Zur kritischen Moskauer Bewertung der Ereignisse in Peking vgl. die Berichte der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU Ende Juni 1989 in: Karner (wie Anm. 27), S. 377 ff. u. 384 ff. Zu den Reaktionen in Osteuropa s. auch Spohr (wie Anm. 9), S. 70–91; Péter Vámos: The Tiananmen Square ‚Incident‘ in China and East Central European Revolutions, in: Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hg.): The Revolutions of 1989. A Handbook, Wien 2014, S. 93–112.

36 Eduard Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 69; s. auch Jacques Lévesque: The Messianic Character of ‚New Thinking‘. Why and What for?, in: Olav Njølstad: The last Decade of the Cold War. From Conflict Escalation to Conflict Transformation, London 2004, S. 133–147.

37 William E. Odom: The Sources of ‚New Thinking‘ in Soviet Politics, in: Njølstad (wie Anm. 36), S. 113–133.

im November 1989 der SED-Staat zu Ende gegangen und die Mauer als sichtbarster Ausdruck der Teilung der Welt gefallen war, stand die Frage im Raum, was mit der DDR als deutschem Teilstaat geschehen solle. Die sich einander annähernden Regierungen in Bonn und Ost-Berlin stellten die politischen Weichen bald schon in Richtung Wiedervereinigung. Im Rahmen der sogenannten Zwei-Plus-Vier-Gespräche zwischen den Außenministern der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sowie der beiden deutschen Staaten wurden im Sommer 1990 die Bedingungen für die Wiedervereinigung ausgehandelt. Obwohl die Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland vielerorts in Europa groß war, kam es schließlich schnell zur Einigung. Die Bonner Regierung unter Helmut Kohl hatte die Zustimmung der sowjetischen Führung mit milliardenschweren Zahlungen und Krediten erleichtert. Damit ließ sich der Abzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa finanzieren und etwas gegen den akuten Devisenmangel der Sowjetunion unternehmen, um die Zahlungsfähigkeit Moskaus aufrechtzuerhalten.³⁸ Gorbatschow schien wie ein verzweifelter Ballonfahrer zu handeln, „der, als er entdeckte, dass der Ballon sank, alles über Bord warf, was er in seinem Korb finden konnte.“³⁹ Seine aus der Ablehnung von Gewalt als Mittel der Politik und aus finanzieller Not geborene Bereitschaft, Europa und der Welt eine neue Ordnung zu geben, machte ihn im Herbst 1990 ungeachtet der Widersprüche seiner innergesellschaftlichen Reformpolitik zu einem würdigen Empfänger des Friedensnobelpreises.⁴⁰

Der ökonomische Absturz

Gorbatschows Kalkül ging jedoch nicht auf. Die finanziellen Entlastungseffekte durch die Abrüstung stellten sich keineswegs sofort ein. Die hohen Verteidigungskosten ließen sich nur schrittweise reduzieren. Die Konversion des hypertrophen Rüstungssektors musste erst mühsam in Angriff genommen werden. Diese komplizierte Umstel-

lung betraf zudem einen der wenigen Wirtschaftszweige, der bis dahin international wettbewerbsfähig gewesen war.⁴¹

Die schwierige Lage verschlimmerte sich noch, als am 7. Dezember 1988 ein verheerendes Erdbeben die kaukasische Sowjetrepublik Armenien heimsuchte. Mindestens 25.000 Menschen kamen ums Leben; 50.000 wurden verletzt. Die schweren Erschütterungen hatten ganze Städte und Siedlungen in Schutt und Asche gelegt; eine halbe Millionen Menschen verlor ihr Obdach. Gorbatschow sah sich deshalb gezwungen, seinen viel umjubelten Besuch in New York abubrechen. Er reiste in das Katastrophengebiet, um dort öffentlichkeitswirksam umfangreiche Wiederaufbaumaßnahmen zu versprechen. Weil es an den Möglichkeiten fehlte, ausreichende Hilfe zu finanzieren, erlaubte Moskau Spenden aus dem Ausland. Das gab der armenischen Diaspora die Möglichkeit, sich zu engagieren und Einfluss auf die Situation im Kaukasus zu nehmen. Diese stellte sich damals als hochexplosiv dar. Zwischen den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan war ein gewaltsamer Konflikt um die Region Berg-Karabach entbrannt. Die aserbaidschanische Seite nutzte nach dem Erdbeben ihre verkehrstechnische Schlüssellage, um zahlreiche für Armenien vorgesehene Hilfslieferungen zurückzuhalten und damit eine Verbesserung der Lage im Katastrophengebiet zu verhindern. Das ließ Gorbatschow zunehmend als unfähigen Katastrophenmanager erscheinen. Die „Tektonik der Perestroika“ kam dadurch immer mehr ins Rutschen.⁴²

Zum weiter fortschreitenden Autoritätsverlust des Kremlchefs trug vor allem bei, dass Gorbatschow viel zu lange mit einer Entscheidung zögerte, als ihm unterschiedliche Wirtschaftsprogramme für die überfällige ökonomische Perestroika vorgelegt wurden. Mit seinem Zickzackkurs zwischen Plan und Markt verspielte er im Verlauf des Jahres 1990 Zeit und verprellte wichtige Mitstreiter. Die sowjetische Wirtschaft brach 1991 daraufhin massiv ein; die Versorgungsengpässe spitzten sich bedenklich zu. Die hoffnungsvoll begonnene Perestroika schlug angesichts des sozioökonomischen Fiaskos in eine unheilverheißende Katastroika um.⁴³

38 Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Bonn 2003; Vladislav M. Zubok: With his Back Against the Wall. Gorbachev, Soviet Demise, and German Unification, in: Cold War History 14 (2014), S. 619–645; Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung, Köln 2016; Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.

39 Zit. nach: Vladislav M. Zubok: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill 2007, S. 334.

40 Gaddis (wie Anm. 3), S. 321.

41 Neutatz (wie Anm. 15), S. 521.

42 Katja Doose: Tektonik der Perestroika. Das Erdbeben und die Neuordnung Armeniens, 1985–1998, Wien 2019.

43 Klaus Gestwa: Von der Perestroika zur Katastroika. Michail Gorbatschow und der Zerfall der Sowjetunion (Teil 1), in: Einsichten und Perspektiven 1 (2016), S. 22–33, hier S. 32 f.



Nach dem verheerenden Erdbeben 1988 in Armenien hatten viele Menschen kein Dach über dem Kopf.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Rue des Archives/AGIP

Die Gorbatschow für seine Friedensinitiativen äußerst dankbaren westlichen Industriestaaten leisteten damals zwar engagiert humanitäre Hilfe, um mit ihren Lieferungen von Nahrungsmitteln und Medikamenten in der Sowjetunion das Schlimmste zu verhindern. Die aus den USA nach 1990 in großen Mengen gelieferten gefrorenen Hähnchenkeulen gingen damals als „Bushs Schenkel“ (*nožki Buša*) in die russische Sprache ein. Darüber hinaus belebten sich die wirtschaftlichen Beziehungen jedoch kaum. Auch 1990 führte die Sowjetunion weiterhin nur ein Prozent aller ihrer Exporte in die USA aus. Zahlreiche Kooperationsprojekte mit westlichen Partnern versandten in den Wirren der Transformationszeit. Angesichts des chaotischen ökonomischen Schlingerkurses glaubten immer weniger daran, dass Gorbatschow noch dazu in der Lage sei, zielführende Reformprojekte erfolgreich umzu-

setzen. Dass er seit dem Frühjahr 1991 mit unerfüllten Darlehensbitten nur so um sich warf, sorgte in den westlichen Hauptstädten für große Irritationen. Die erhoffte volkswirtschaftliche Wunderheilung blieb daher genauso aus wie die Verabschiedung eines neuen Marshall-Plans, den in Moskau viele von den USA erwartet hatten.⁴⁴

Deshalb fanden zunehmend kritische Stimmen Gehör, die verlautbarten, Gorbatschow habe die mit hohem Blut- zoll bezahlten Früchte des Sieges von 1945 und die danach mühsam errungenen sowjetischen Sicherheitspositionen ohne entsprechende Gegenleistungen des Westens praktisch verschenkt. Der Supermachtstatus der Sowjetunion sei auf dem Altar des Weltfriedens geopfert worden. Während Gorbatschow alles tat, um seine idealistische Mission des „Neuen Denkens“ nicht zu gefährden, habe der Westen weiterhin Realpolitik betrieben und seine Machtpositionen erweitert, um das schwer angeschlagene Sowjetimperium letztlich in seinem ökonomischen Siechtum sich selbst zu überlassen.⁴⁵

Nationale Selbstbestimmung und die Selbstauflösung des Sowjetimperiums

Gorbatschows Entscheidung, im Jahr 1989 den eigenen Weg der Ostblockstaaten zu respektieren und ihren Systemwechsel zu akzeptieren, brachte ihm innergesellschaftlich zunehmend Probleme ein. Ausgehend vom Baltikum pochten einige Sowjetrepubliken immer vehementer auf ihr nationales Selbststimmungsrecht. Sie wollten das in der sowjetischen Verfassung verbrieftete Recht auf Sezession nutzen, um ihre Eigenstaatlichkeit zu erreichen.⁴⁶ Gorbatschow hatte sich viel zu lange geweigert, das in seinem Zentralismus erstarrte Verfassungsgefüge des multiethnischen Sowjetstaates zu reformieren, den Sowjetrepubliken die gewünschte Autonomie zu gewähren und so dem Vielvölkerimperium eine neue, föderative Ordnung zu geben.⁴⁷ Die politischen Positionen verhärteten sich. Für viel Aufsehen und Unruhe sorgte der sowjetische Außenminister Schewardnadse, der Gorbatschows Kurs entscheidend mitgestaltet hatte, als er im Dezember 1990

44 Simon/Simon (wie Anm. 16), S. 205 f.; Spohr (wie Anm. 9), S. 569–577.

45 Zubok (wie Anm. 40), S. 303 ff.

46 Mark Kramer: The Collapse of Eastern European Communism and the repercussions within the Soviet Union, in: *Journal of Cold War Studies* 5 (2003), Nr. 4, S. 178–256, 6 (2004), Nr. 4, S. 3–64, und 7 (2005), Nr. 1, S. 3–96; Gerhard Simon: List der Geschichte. Perestrojka, Mauerfall und das Ende der UdSSR, in: *Osteuropa* 59 (2009), Nr. 2–3, S. 118–132.

47 Klaus Gestwa: Von der Perestrojka zur Katastrojka. Michail Gorbatschow und der Zerfall der Sowjetunion (Teil 2), in: *Einsichten und Perspektiven* 2 (2016), S. 4–25, hier S. 14 ff.



Denkmal für die Opfer der Unabhängigkeitsbewegung von 1991 neben dem litauischen Parlament in Vilnius
Foto: picture-alliance/Fotograf: Uwe Gerig

seinen Rücktritt verkündete und davor warnte, die Politik der Perestroika werde bald einer neuen Diktatur weichen müssen.⁴⁸

Am 13. Januar 1991 versuchten dann tatsächlich moskautreue Kräfte, in Vilnius mit Panzern die Macht in Litauen zu übernehmen und die dortige Nationalbewegung zu zerschlagen. Der mit offensichtlicher Unterstützung der Moskauer Unionszentrale initiierte imperial-kommunistische Umsturz im Baltikum scheiterte jedoch am starken Widerstandswillen der litauischen Bevölkerung. Bis heute bleibt umstritten, inwieweit Gorbatschow in diese Gewaltaktionen involviert gewesen war. Sein Image nahm in jedem Fall schweren Schaden. Nicht wenige forderten sogar die Aberkennung seines Friedensnobelpreises.⁴⁹

.....
48 Archie Brown: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt am Main 2000, S. 454–457.

49 Taubman (wie Anm. 5), S. 676–679; Kristina Spohr: in: Frédéric Bozo u.a. (Hg.): Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal, London 2008, S. 220–232.

Als Gorbatschow im Juni 1991 seine Nobelpreisrede in Oslo hielt, rang er in Moskau verzweifelt darum, mit einem neuen Unionsvertrag das Sowjetimperium zusammenzuhalten. In den Hauptstädten der Welt fragten sich die politisch Verantwortlichen, ob der längst in die Defensive geratene Gorbatschow noch in der Lage sei, die weitere Zukunft Europas mitzugestalten. Als der US-Präsident Bush Anfang August 1991 die Ukraine besuchte, erklärte er, die USA werde „nicht diejenigen unterstützen, die auf der Suche nach Unabhängigkeit die weit entfernte Tyrannei gegen einen lokalen Despotismus eintauschen“ wollten. Damit stellte sich Bush demonstrativ an die Seite Gorbatschows und erteilte allen secessionistischen Kräften eine Abfuhr, die damals ihre Sowjetrepublik von Moskau lossagen wollten, um einen eigenen Staat zu begründen.⁵⁰ Boris Jelzin, der mit seinem Plädoyer für ein demokratisch und marktwirtschaftlich verfasstes neues Russland zum neuen russischen Hoffnungsträger und – nach gewon-

.....
50 Brands (wie Anm. 13), S. 66 ff.

nenen Wahlen – immer mehr zum Kontrahenten Gorbatschows aufstieg, galt in Washington damals noch als „bombastisches politisches Leichtgewicht“. ⁵¹ Doch auch dieser internationale Flankenschutz für Gorbatschow konnte keine Kehrtwende mehr bringen. Nachdem am 21. August 1991 ein dreitägiger Staatsstreich konservativer Parteikreise in Moskau dilettantisch gescheitert war, musste der Kremlchef hilflos mit ansehen, wie die Präsidenten anderer Sowjetrepubliken die Selbstauflösung der Sowjetunion in 15 Nachfolgestaaten vorantrieben. ⁵²

Selbst bei den Russen, dem sowjetischen Mehrheitsvolk, setzte sich die Meinung durch, dass es unter dem Aspekt der nationalen Selbstfindung sinnvoll sei, nicht nur auf den Ostblock, sondern auch auf das nunmehr als Last empfundene Sowjetimperium zu verzichten und sich ganz auf sich selbst zu konzentrieren. Unter der Regie Jelzins stimmte im Dezember 1991 die große Mehrheit der Abgeordneten im russischen Parlament begeistert für das Auseinanderbrechen der Sowjetunion. Diese Entwicklung ließ im Herbst 1991 den Friedensnobelpreisträger Gorbatschow zum Präsidenten ohne Staat und imperialen „Erblasser wider Willen“ werden. ⁵³

Mit seinem in internationale Politik umgesetzten „Neuen Denken“ hatte Gorbatschow Gräben überwunden, Mauern eingerissen und damit die mit mehrfachen Overkill-Kapazitäten hochgerüstete Welt des Kalten Kriegs grundlegend verändert. Während er bis 1990 eindrucksvoll außenpolitische Gestaltungskraft demonstrierte und die Welt für sich gewann, verlor er im eigenen Land zunehmend die Kontrolle über die von ihm in Gang gesetzten Erneuerungsprozesse und damit an Rückhalt. Sein „Charme des guten Willens“ und sein „souveräner Realitätsverlust“ konnten nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass seine Perestroika „an den Realitäten und geschichtlichen Hypotheken des eigenen Landes zerschellt“ war. ⁵⁴ Der politische Aufbruch entwickelte sich durch innergesellschaftliche Kettenreaktionen schließlich zu einem Umbruch, der den Weichensteller Gorbatschow auf dem Abstellgleis der Geschichte landen ließ. „Die Zeit hat ihn überholt – seine eigene, von ihm selbst geschaf-

fene Zeit“ ⁵⁵ – so urteilte Anatoli Černjaev (1921-2017), Sicherheitsberater im Kreml, schon in dem Moment, als sein Chef mit dem politischen Heiligenschein des Friedensnobelpreises der Weltöffentlichkeit noch als Lichtgestalt erschien.

Der Umgang mit dem Vermächtnis Gorbatschows

In seiner letzten Rede als sowjetischer Präsident am 25. Dezember 1991 zog Gorbatschow eine von Stolz und Hoffnung sowie zugleich von Besorgnis und Bitterkeit durchgezogene Bilanz seiner sechsjährigen Amtszeit. Er wusste damals schon, dass er sowohl als Friedensstifter als auch als „Totengräber“ des sowjetischen Imperiums in die Geschichte eingehen würde. Seine Hoffnung, ein demokratisches und wirtschaftlich blühendes Russland möge bald seinen angemessenen Platz im „gemeinsamen Haus Europa“ finden, hat sich auch dreißig Jahre später leider noch nicht erfüllt. ⁵⁶

Zu einem Politikum ist während der letzten Zeit die Frage geworden, ob 1990 der Westen bei der Neugestaltung Europas Gorbatschow das formale oder informelle Versprechen gegeben hätte, die NATO und EU nicht gen Osten zu erweitern. Die von russischer Seite dazu angeführten Belege halten meist einer sorgsam empirischen Überprüfung kaum stand. Dennoch erfreut sich das Narrativ des Verrats in der russischen Politik und Öffentlichkeit großer Beliebtheit. Anlässlich der Aufnahme der Krim in den russländischen Staatsverband rechtfertigte der russische Präsident Vladimir Putin am 18. März 2014 diese völkerrechtswidrige Einverleibung damit, dass der Westen Russland seit 1990 mehrfach hintergangen und mit seiner (vermeintlichen) Einmischung in den ukrainischen Euro-majdan endgültig eine rote Linie überschritten habe. In Form eines mächtigen Gegenschlags habe sich das gedemütigte Russland daher mit der Annexion der Krim, der militärischen Aggression im ostukrainischen Donbass und der Intervention in Syrien von seinen Knien erhoben, um damit – so die Sicht der russische Führung – ein glanzvolles Comeback als gefürchtete Großmacht in der Arena der Weltpolitik zu feiern. ⁵⁷

51 Ebd., S. 67.

52 Ignaz Lozo: Der Putsch gegen Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion, Köln 2014; Serhii Plokhyy: The Last Empire. The Final Days of the Soviet Union, New York 2014.

53 Martin Aust: Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991, München 2019, S. 47.

54 Manfred Rowold: Der Zar ohne Staat, in: Werner Adam (Hg.): Ein Imperium zerbricht. Reportagen über den Untergang der Sowjetunion, Frankfurt am Main 1992, S. 234–238, hier S. 235 u. 238.

55 Zit. nach: Taubman (wie Anm. 5), S. 675.

56 Vgl. Natalija Gerulajtis: Ansprache an die Sowjetbürger. Rede des Staatspräsidenten der UdSSR im Fernsehen, 25. Dezember 1991, https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0020_rue_de.pdf [Stand: 10.11.2020].

57 Perović (wie Anm. 17); Markus Wehner: Putins kalter Krieg. Wie Russland den Westen vor sich herreibt, München 2016.



Der russische Präsident Putin (l.) empfängt im Mai 2001 in seinem Arbeitszimmer im Kreml den früheren sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow.
Foto: ullstein bild/AP

Das damit verbundene unzeitgemäße, im Kreml aber beliebte Denkmodell der „Geopolitik“, nach dem sich die internationale Politik als permanenter Machtkampf um Einflusszonen abspielt, verdeutlicht, dass heute das Erbe des untergegangenen Sowjetimperiums einen deutlich größeren Schatten über die russische Politik wirft als das demokratische und friedenspolitische Vermächtnis Gorbatschows. Der Status einer Supermacht gilt längst nicht mehr als Last, sondern als Notwendigkeit russischer Politik.⁵⁸ Die autoritäre Staatlichkeit von Putins Russland legitimiert sich als Gegenentwurf zur Paralyse des Handlungsvermögens und der Führungsrolle des Kremls nach 1989. Russland dürfe durch einseitiges Entgegenkommen dem Westen gegenüber nie wieder Schwäche zeigen, um nicht erneut zum Spielball fremder Kräfte zu werden, die das Land erniedrigen und von seiner eigentlichen Mission als weltpolitische Ordnungsmacht abbringen wollen.

Mit dieser Deutung nutzen Putins Polittechnokraten die Geschichte von Gorbatschows „Neuem Den-

ken“ als politisches Argument, um ihren illiberalen Zeitgeist historisch zu rechtfertigen und ihrem Sirenengesang der autoritären Verführung eine eingängige Melodie zu geben. Es bleibt allerdings mehr als fraglich, ob sich mit einer von neoimperialen Sehnsüchten und überkommenen Feindbildern geprägten nationalpopulistischen Welterklärung die komplizierten Modernisierungsprobleme im heutigen Russland lösen lassen. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass der internationale Konfrontationskurs mit seiner militärischen Kraftmeierei vor allem dazu dient, von den zahlreichen sozioökonomischen Problemen und politischen Defiziten abzulenken. Während Gorbatschow mit seiner couragierten Perestroika und seinem „Neuen Denken“ die eigene Machtstellung riskierte, um für die Sowjetunion die Zukunft zu gewinnen, scheint es heute den Mächtigen im Kreml vor allem um den eigenen Machterhalt zu gehen, auch wenn dabei die Zukunftsfähigkeit des Landes auf der Strecke bleibt.⁵⁹ ▲

.....
⁵⁸ Aust (wie Anm. 55), S. 132 ff.; Philipp Ther: Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation, Berlin 2019, S. 149–164.

.....
⁵⁹ Ulrich Schmid: Technologien der Seele. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur, Berlin 2015; Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler, München 2017; Angela Stent: Putins Russland, Reinbek bei Hamburg 2019.

30 Jahre Deutsche Einheit – eine Bilanz

von Dietmar Görhmaier

Fort-
setzung



Burkhard Exner und Ministerpräsident Dietmar Woidke bei der Eröffnung der „Einheits-Expo“ zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit in Potsdam, 5. September 2020

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/snapshot/Future Image/Fotograf: S. Gabsch

Die deutsche Einigung und der Einigungsvertrag vom 3. Oktober 1990

Im bewegten Jahr 1990 galt neben dem Vertrag zur „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ vom 1. Juli 1990 der Einigungsvertrag vom 3. Oktober 1990 als das „Herzstück der administrativen Anpassungsmaßnahmen“.¹ Der „Aufbau Ost“ wurde durch den Beitritt der fünf damals neuen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Art. 23 ermöglicht. Die Übertragung des föderalen Systems von West nach Ost blieb eines der zentralen Anliegen des Einigungsvertrages. Ähnliche Vereinigungsprozesse galten für die Ebene der Kommunen und Kreise, die Tarifpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, die Neugründung von Verbänden und Vereinen, die Kammern der gewerblichen Wirtschaft, die Umgestaltung des Hochschul- und Schulsystems sowie die Neuaustrüstung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.²

Der vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär Lothar de Maizière ausgehandelte zweite Staatsvertrag gestaltete sich zu einem „gigantischen gesellschaftlichen Modernisierungs- und Umbauprojekt“, dessen Auswirkungen noch 30 Jahre danach deutlich spürbar sind.³ Neben dem „Aufbau Ost“ mit vielfältigem „Aufbruch Ost“ mit unzähligen Chancen und neuen Möglichkeiten kam es aber auch zum Abbruch sozialer Beziehungen, zu Enttäuschungen über Arbeitsplatzverluste, zu institutionellen und sozialstrukturellen Verwerfungen bis hin zu Einschätzungen, die Einheit sei im Grunde gescheitert. Es waren Konfrontationsprozesse, wechselseitige Missverständnisse zwischen West- und Ostdeutschland sowie angesichts tiefsitzender Gefühle der Missachtung der Rückzug Enttäuschter ins Private zu beobachten.⁴ Nicht selten wurde der „Osten zum Armenhaus Deutschlands, das bis heute alimentiert werden muss“, deklariert.⁵ Es entstand Ende der 1990er Jahre eine regelrechte „Ostalgiewelle“, in deren Mittelpunkt „die guten Seiten“ der DDR, etwa im Bildungssystem, in den Polikliniken mit Facharztpraxen u.v.m., standen. Kritiker vermissten ein Vorgehen nach dem „best-practise“-Prinzip, bei dem „Östliches und Westliches zu etwas Neuem“ hätte kom-

biniert werden können.⁶ Stattdessen, so Steffen Mau, wurden „die Ostdeutschen von der Landnahme des West-Modells in die Rolle passiver Beobachter gedrängt. Nur der grüne Pfeil fürs Rechtsabbiegen im Straßenverkehr ist geblieben.“⁷

Bisweilen wurde in Ostdeutschland eine fehlende soziale wie öffentliche Wertschätzung in westdeutschen Medien beklagt, was mitunter in westdeutschen Zeitungskomentaren zehn Jahre nach der Wiedervereinigung die arrogante Etikettierung der „ostdeutschen Unbelehrbarkeit“ nach sich zog.⁸

Das knapp geöffnete Zeitfenster der Zeitgeschichte

Freilich wurde von den Kritikern einer „schlampigen Wiedervereinigung mit zu hohem Tempo“⁹ im Rahmen der „Ostalgiewelle“ geflissentlich übersehen, dass das „Fenster der Zeitgeschichte“ nach der Begegnung von Kohl und Gorbatschow im Jagdhaus im Flusstal des Großen Selemtschuk im Kaukasus vom 16. Juli 1990 bis zur Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages durch die vier Siegermächte und die beiden deutschen Staaten am 12. September 1990 tatsächlich, wie heute durch viele Quellen nachvollziehbar ist, nur knappe acht Wochen geöffnet war.



Helmut Kohl (r.), Michail Gorbatschow (M.) und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (l.) unterhalten sich im Juli 1990 im Kaukasus in entspannter Atmosphäre an einem rustikalen Arbeitstisch in der freien Natur, während die anderen Gäste amüsiert die Szene betrachten. In der Mitte hinten Raissa Gorbatschowa.

Foto: picture-alliance/dpa

1 Ebd.

2 S. Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991.

3 S. Marcus Böick/Christoph Lorke: „Aufschwung, Abbau, Anpassung?“, in: APuZ 46 (2019) v. 11.11.2019, S. 39.

4 S. etwa ebd., S. 39.

5 S. Matthias Krauß: Die große Freiheit ist es nicht geworden, Berlin 2019, S. 20.

6 S. Steffen Mau: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, München 2019, S. 56 ff.

7 Ebd.

8 S. Raj Kollmorgen: Diskurse der deutschen Einheit, in: APuZ 30-31 (2010) v. 26.07.2010, S. 6 ff.

9 Matthias Krauß (wie Anm. 5), S. 20.

Für eine oft in Diskussionen geforderte nötige neue Verfassung mit modernen Elementen für beide deutsche Staaten blieb aus heutiger Sicht wegen der starken Widerstände aus Politbüro und Militär in der Sowjetunion keine andere Wahl, als mit zwei Staatsverträgen den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zu zimmern, wie dies bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 geschehen ist.

Noch am Vorabend der Vertragsunterzeichnung am 12. September 1990 durch die sechs Außenminister stand es auf Messers Schneide, ob der begonnene Militärputsch in Moskau mit den alten Kräften Erfolg haben könnte.

Hinzu kam ja, dass die DDR angesichts des maroden Wirtschaftssystems und ihres bedrohlichen gesellschaftlichen Gesamtzustandes vor dem Zusammenbruch stand und dringende Eile der handelnden verantwortlichen Akteure auf beiden Seiten geboten war. Denn aus eigener Kraft hätte die DDR nur mittels massiver sozialer Einschnitte bis hin zur Rationierung von Lebensmitteln und Heizungsmaterialien in Form von Braunkohle-Briketts überleben können.¹⁰

Es blieb daher im praktischen politischen Handeln – auch wenn das Nicht-Zustande-Kommen einer neuen, gesamtdeutschen Verfassung wünschenswert gewesen wäre – zum Einigungsvertrag vom 3. Oktober 1990 keine Alternative. Zwar erwies sich die Annahme der Bundesregierung Kohl, durch ordnungspolitische Weichenstellung und massive Kapital- und Know-how-Transfers innerhalb weniger Jahre einen sich selbst tragenden Wirtschaftsaufschwung generieren zu können, als Fehlschluss. Denn der ökonomische Anpassungsprozess der neuen Länder kam bereits Mitte der 1990er Jahre zum Stocken. Seit diesem Zeitpunkt wurde die ostdeutsche Wirtschaft im Durchschnitt wieder schwächer oder nur geringfügig stärker als die westdeutsche, sodass die Differenz bei Wirtschaftskraft und Produktivität annähernd konstant blieb. Nach dem Einbruch der deutschen Wirtschaft in Ost und West 2008/2009 erholte sich schließlich aber auch die Wirtschaft in den neuen Ländern erstaunlich gut, sodass zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 2010 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner im Osten bei etwa 73 Prozent des westdeutschen Niveaus, die Produktivität bei 85 Prozent lag. Zum Ende der DDR waren es nur rund 33 bzw. 27 Prozent gewesen.¹¹ Trotz des restlichen Abstandes haben sich die Löhne und Einkommen sowie das materielle Lebensniveau weiter

10 S. Klaus Schroeder: Deutschland nach der Wiedervereinigung, in: APuZ 30/31 (2010) v. 26.07.2010, S. 14. Vgl. auch Christina Spohr: Wendezeit, München 2019.

11 S. ebd., S. 15.

Bevölkerungskreise in Ost- und Westdeutschland dank fließender Transfers und einer stabilen „Großwetterlage“ in der Welt bis zur Corona-Krise zu Beginn des Jahres 2020 in etwa angeglichen.¹² Noch bestehende und nur langfristig abschmelzende Unterschiede existieren insbesondere in der Verteilung des Vermögens und den hieraus resultierenden Einkommen, z. B. bei Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie Kapitalvermögen. Auch hier lassen sich allerdings Verbesserungen für ostdeutsche Haushalte feststellen. Ihre durchschnittlichen Geldvermögen stiegen in den vergangenen dreißig Jahren von etwa einen Fünftel über beinahe 60 Prozent des westdeutschen Niveaus.¹³

Der zweite Staatsvertrag zur Deutschen Einheit

Der Einigungsvertrag sollte der administrativen Neuausrichtung dienen, also den verwaltungsmäßigen Unterbau für die Wiedererrichtung der fünf neuen Länder samt Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen. Dies gelang verhältnismäßig zügig von 1990 bis 1994, inklusive des Verwaltungsaufbaus der Finanzämter und Steuerverwaltungsbehörden. Auch die Mitwirkung der neuen Länder im Gesetzgebungsverfahren über den Bundesrat, also die Länderkammer, musste implementiert werden.

Die Übertragung des bundesrepublikanischen Föderalismus-Modells der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung zur Angleichung der Lebensverhältnisse erforderte enorme Summen staatlicher Transferleistungen von West nach Ost. Die Kosten der Revitalisierung und Erneuerung der Infrastruktur, der Sozialleistungen, der Reprivatisierung der Wirtschaftsbetriebe, die Erneuerung wie Modernisierung der öffentlichen Gebäude, der Krankenhäuser und Schulen, die Erneuerung und der Ausbau des Autobahn- und Straßennetzes sowie die Modernisierung der kompletten Gleisanlagen und des Gleiskörpers für die Deutsche Bahn bzw. für die Regionalbahnen in Händen von Landkreisen, Städten und Gemeinden erforderten pro Jahr in den drei Jahrzehnten etwa 100 bis 140 Mrd. DM, in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung von 1991 bis 1995 615 Mrd. DM und von 1995 bis 2003 zwei Billionen DM.¹⁴

12 Ebd.

13 Ebd.

14 S. Manfred Görtemaker: Die Berliner Republik, Berlin-Brandenburg 2009, S. 103; Deutsche Bundesbank: Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der deutschen Vereinigung, in: Monatsbericht Nr. 3 (1997), S. 17 ff.; ferner Franz Schuster: Thüringens Weg in die Soziale Marktwirtschaft, Köln/Weimar/Wien 2015, S. 32 f.

Diese enormen Finanz-Transferleistungen wurden aus dem laufenden Bundeshaushalt, dem „Fonds Deutsche Einheit“, dem Solidaritätszuschlag („Soli“) seit 1991 bis 2020, aus einer höheren Mineralöl-, Versicherungs-, Tabak- und Erdgassteuer, ferner aus der Steigerung der Netto-Neuverschuldung des Bundes aufgebracht. Nicht zu vergessen die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) von Bund und Ländern, wonach 50 Prozent der Investitionen von Industriebetrieben, KMU und Handwerk und Infrastrukturaufwendungen z. B. für Erschließung von Gewerbesiedlungsgebieten durch Städte und Gemeinden mit 80 bis 90 Prozent gefördert wurden und auch künftig gefördert werden.

Noch 30 Jahre nach der Einheit Deutschlands fördert die Europäische Union Infrastrukturvorhaben des Bundes, der neuen Länder und von Gemeinden sowie Investitionen der Unternehmen über den EFRE (Europäischen Fonds für regionale Entwicklung), und darüber hinaus zur Betriebserweiterung bzw. Modernisierung und Erneuerung der Anlagen und Maschinen mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auch die Förderung von Schulungs-, Weiterbildungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen zur Beschäftigung von Mitarbeitern, neuerdings auch zur Rekrutierung von Fachkräften, erfolgt in den neuen Ländern über den ESF (Europäischer Sozialfonds). Hierbei übernahm und übernimmt in mehreren sechsjährigen Förderperioden die EU im Ziel-1-Gebiet der neuen Länder (= höchste Förderpriorität) bis zu 70, bzw. 65 Prozent der anfallenden Investitionskosten und gibt dadurch Förderanreize für die fünf neuen Länder und deren Städte, Gemeinden und Unternehmen.

Dankenswerterweise wurden dadurch zahlreiche Projekte zur Deutschen Einheit wie auch Projekte der Kommunen, des Bundes und der neuen Länder vorangetrieben, die ansonsten vielfach mangels Haushaltsmittel nicht realisiert worden wären. Dies gilt vor allem für Betriebsansiedlungen, Modernisierungen im Städtebau und Ausweisung von Einrichtungen für Freizeit und Erholung der Bevölkerung oder Vorhaben für Umwelt, Natur- und Landschaftsschutz, nicht zu vergessen die Förderung für den ländlichen Raum über das Programm ELER. Diese dauerhafte Fürsorge der EU für die fünf neuen Länder kann nicht hoch genug gewürdigt und geschätzt werden.

Die Mittel für den Aufbau Ost aus dem Einigungsvertrag verteilt und verteilen sich vor allem auf folgende vier Ausgabengruppen:

1. Wirtschaft und Technologie

- Investitionsförderung für die gewerbliche Wirtschaft
- Förderung von Forschung und Entwicklung
- Förderung der Hochschulen und Anpassung an internationale Standards
- Investitionen in Verkehrsinfrastruktur „Deutsche Einheit“ sowie Erhalt von historischen Stadtkernen, Wohnungsbau und Dorferneuerung

2. Hilfen für Arbeitsmarkt und Arbeitslosenhilfe

- Leistungen des Bundes für die Rentenversicherung
- Ausgaben für Integration Arbeitsloser in die Arbeitswelt, Schulung und Weiterbildung

3. Sozialleistungen

- Pensionsaltlasten
- Wohngeld
- Erziehungsgeld

4. Sozialversicherung

- Rentenversicherung
- Arbeitslosenversicherung.¹⁵

Gerade die Sozialausgaben des Staates zur Abfederung der einigungsbedingten Arbeitsplatzverluste ehemaliger DDR-Bürger und die staatlichen Leistungen für den Arbeitsmarkt trugen am meisten zum Gelingen des Transferprozesses zur Sozialen Marktwirtschaft bei.

Erwähnenswert im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag ist das „Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz“ (EALG) vom 29.9.1994.¹⁶ Dieses Gesetz ist im Verbund mit der „Gemeinsamen Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen“ vom 15. Juni 1990 zu sehen, die als Anlage III in den Einigungsvertrag aufgenommen wurde.¹⁷ Danach ist in Ziff. I festgelegt: „Die Enteignungen auf besatzungsrechtlichen bzw. besatzungshoheitlichen Grundlagen (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen.“ Weiter heißt es unter Ziff. I: „Die Regierungen der Sowjetunion und der DDR sehen keine Mög-

.....
 15 S. Franz Schuster (wie Anm. 14), S. 33; s. auch Harald Lehmann/Udo Ludwig/Joachim Ragnitz: Transferleistungen und BIP in Ostdeutschland, hg. vom Institut für Wirtschaftsforschung, Halle 2005, S. 8 ff. Zitat nach Franz Schuster, S. 34.

16 S. Bundesgesetzblatt 1994 I Nr. 65 v. 30.9.1994, S. 2624 ff.

17 S. Bundesgesetzblatt 1990 II Nr. 35 v. 28.9.1990, S. 1237 ff.

lichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, dass einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muss.¹⁸ Das EALG wurde durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil bestätigt. Es steht damit angesichts zahlreicher Klagen in ständiger Auseinandersetzung mit den Alteigentümern und deren Klagen gegen Betriebsinhaber, die sich dagegen wehren, Ackerland nicht mehr zur Erzeugung von Lebensmitteln, sondern zur Energie- oder Rapsölgewinnung zu nutzen.¹⁹ Die Privatisierung von land- und forstwirtschaftlichem Vermögen organisiert die sogenannte Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG), die nach dem Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ als Rechtsgrundsatz handelt und die Rückgabe von LPG-Arealen an die Landwirte als Besitzer vor 1945 regelt. Vielfach existierten die LPGs als landwirtschaftliche Genossenschaften nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland zunächst weiter.²⁰

Das Hotel- und Gaststättengewerbe wurde von der Treuhand über die von ihr gegründete Gesellschaft zur Privatisierung des Handels (GPH) mbH privatisiert. Die staatlichen Handelsorganisationen (HO-Betriebe) wurden den großen westdeutschen Handelsketten angeboten. Diese arrangierten sich untereinander nach regionalen Schwerpunkt-niederlassungen und wurden in Kapitalgesellschaften umgebildet. Die übrigen 20.490 Geschäfte, Hotels und Gaststätten wurden von der GPH und den 15 Treuhandniederlassungen privatisiert. Sie führten dreimalige Ausschreibungen mit beachtlichen Privatisierungsergebnissen durch: Vom 9. Oktober 1990 bis 30. Juni 1991 fanden 10.740 Geschäfte und 2.300 Hotels und Gaststätten neue Besitzer, die rund 120.000 Arbeitsplätze sichern konnten.²¹ In der Wahrnehmung der kritischen Öffentlichkeit stand jedoch häufig vorrangig im Mittelpunkt, dass viele Betriebe abgewickelt und traditionelle Strukturen zerschlagen wurden.

Zwischenresümee: Der langsame Aufholprozess der neuen Länder

„Blühende Landschaften“ (Helmut Kohl) sind durch den „Aufbau Ost“ gewiss nicht von heute auf morgen ent-

18 EALG v. 27.9.1994, BGBl. I 1994, Nr. 65 v. 30.9.1994, S. 2624 ff.

19 S. Franz Schuster (wie Anm. 14), S. 89.

20 Ebd., S. 88.

21 S. ebd. (wie Anm. 14), S. 88.

standen. Auch konnte der rasche Wandel vom Plan zum Markt angesichts der starren DDR-Zentralverwaltung und eines durch den SED-Politapparat mit monopolistischer Willensbildung kontrollierten und beherrschten Gemeinwesen nicht ohne Brüche erfolgen. Mit der Einigung wurden einerseits Demokratie, vielfältige Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit in den neu gegründeten fünf Länder etabliert. Nach der anfänglichen Begeisterung und Euphorie folgten andererseits vielfach Enttäuschung über die Arbeitsmarktsituation in den ersten zehn Jahren, verbunden mit erheblichen Beziehungsverlusten und sozialen Risiken sowie Abwanderungen beträchtlicher Teile der Bevölkerung nach Westen zu den besser bezahlten Arbeitswelten.



Weihnachtsmarkt auf dem Erfurter Domplatz
Foto: ullstein bild/imageBROKER/Fotograf: Günter Gräfenhain

Dennoch ist dreißig Jahre nach dem schwierigen und oft leidvollen Vereinigungsprozess im Großen und Ganzen eine durchaus positive Retrospektive angebracht. Entgegen mitunter publizierter „finsterer Stimmungsbilder“ erstanden ostdeutsche Metropolen wie Erfurt, Halle, Wittenberg, Leipzig, Schwerin, Stralsund in neuem architektonischem Glanz, eine beachtliche moderne Verkehrsinfrastruktur mit ICE-Schnellstrecken (zum Beispiel Berlin-Erfurt-München) in einem weltweit beachteten Tunnel- und Viaduktssystem durch den Thüringer Wald, ein dichtes Netz mit dreispurigen Autobahnen wie der A4 und der A9, denkmalgeschützte Stadtplätze und Museen, restaurierte Schlösser und Residenzen sowie ein Radwegesystem von modernster Vielfalt – Juwelen also, wie sie mittlerweile von Touristen aus aller Welt aufgesucht werden.

Es entstanden modernste Kliniken und Krankenhäuser, Solethermen wie in Bad Sulza und Bad Salzungen, die mit Bad Kissingen, Bad Ems und Bad Brückenau vergleichbar sind, sie bisweilen an Modernität und Service übertreffen. Und es gibt wieder eine Rückwanderungsbewegung in die neuen Länder und eine erstaunliche Lebensfreude mit gleichauf zu den alten Ländern liegenden Geburtenziffern der jungen Generation. Durch Bundes-, auch Landesgartenschauen wurden zudem mit Sondermitteln des Bundes und der Länder Areale wie die belasteten Wismutabbaugebiete bei Gera-Ronneburg rekultiviert und für die Bevölkerung Freizeit- und Naherholungsparks gestaltet. Die renommierte Gartenstadt Erfurt modelliert Auenlandschaften entlang des Gerablusses, knüpft an das EGA-Gelände ehemaliger Garten- und Landschaftsschauen an und richtet dreißig Jahre nach der Wende die Bundesgartenschau (BUGA 2021) aus. Kurz nach der Wiedervereinigung übernahm die Thüringer Landeshauptstadt Erfurt bereits das Leadership für die „Entante Florale“, den europaweiten Wettbewerb liebens- und sehenswerter Städte, die sich zu Glanzstücken und Magneten des europaweiten Tourismus entwickelten.²² Darunter befindet sich auch Erfurt selbst, eine Landeshauptstadt von einzigartiger Schönheit mit dem Domensemble sowie einer großen historischen Altstadt aus dem Mittelalter und der Gründer- und Jugendstilzeit. Die Ostseeküste mit den Inseln Rügen und Usedom ist wie ein „Phönix aus der Asche“ neu aufgeblüht und erfreut sich mit herrlichen Städte- und Ortsbildern durch weiß gestaltete Altanen und Veranden aus kaiserlicher Epoche des 19. Jahrhunderts großer touristischer Beliebtheit. Der Thüringer Wald mit 110 km Länge entwickelt sich als größtes Mittelgebirge Deutschlands zu steigender Beliebtheit bei Wanderfreunden aus aller Welt unter anderem mit dem alljährlich stattfindenden Rennsteiglauf. Es gibt sie also mittlerweile durchaus, die von Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit, prophezeiten „blühenden Landschaften“, und sie können mithalten zum Beispiel mit der Alpenregion und dem Bodenseegebiet, vor allem mit der immer beliebteren Ostseeküste.

Wirtschaftliche Entwicklungen

Beachtlich ist die Erholung der Wirtschaft z. B. bei zukunftsweisenden Forschungs- und Entwicklungsintensivierungen (FuE) in Thüringen und Sachsen. In beiden Freistaaten lagen die FuE-Aufwendungen bei 1,1

.....
 22 S. „Entante Florale“, Europäische Gartenkultur, in: Tagungsberichte der Thüringer Staatskanzlei, Bd. 64, Erfurt 2007.



Wanderwegweiser am Rennsteig auf dem Großen Inselfberg im Thüringer Wald
 Foto: ullstein bild/Fotograf: Harald Lange

Prozent bzw. 1,3 Prozent der Bruttowertschöpfung auf dem Niveau von Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland. Auch beim Anteil des FuE-Personals der Erwerbstätigen in der Wirtschaft lagen Thüringen und Sachsen bereits 2011 gleichauf mit Nordrhein-Westfalen. Bei der Arbeitslosenstatistik liegen Thüringen und Sachsen ebenfalls vor dem Saarland, Bremen und Teilen von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2019. Ein Lichtblick ist auch, dass eine gegenläufige Wanderungsbewegung von West nach Ost nicht nur in Berlin, sondern auch in Leipzig, Dresden und Jena eingesetzt hat. Im Rückblick kann positiv vermerkt werden, dass im Gegensatz zu Polen, Tschechien, Ungarn und Slowakei der Umbau vom Plan zum Markt, die Erneuerung der Infrastruktur, die Restaurierung der Städte, der Ausbau eines modernen Telefonnetzes und die Privatisierung der 12.350 DDR-Betriebe in relativ kurzer Zeit gelungen ist (3.718 wurden dabei liquidiert). Die Modernisierung und der Aufbau eines neuen Kapitalstocks wurden wesentlich durch die staatlichen und privaten Transferleistungen

ermöglicht. Er liegt heute in den östlichen Bundesländern pro Erwerbstätigen im Vergleich zu den westlichen bei rund 80 Prozent.²³ Thüringen entpuppte sich dabei als Land mit der besten Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland. Auch bei anderen Determinanten schneidet es am besten ab. Bei den Branchen- und Standorteffekten, beim Lohnniveau, bei den Lohnstückkosten (seit 2000 unter dem Westniveau), auch beim Produktionsniveau und beim Qualifikationsprofil der Mitarbeiter.

Bestätigt werden die mittlerweile gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost und West beispielsweise im Bericht der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ des Bundesministeriums des Innern für Bau und Heimat vom Sommer 2019.²⁴ In dem Bericht werden Themen, wie Infrastruktur, Bildung, Kultur, Inklusion, Arbeitsmarktintegration, gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale und politische Partizipation sowie Generationenunterschiede herausgearbeitet und hervorgehoben.

In der Shell-Jugendstudie wurden 2019²⁵ mehr als 2.500 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen zwölf und 27 Jahren befragt. Danach gleichen sich regionale Unterschiede zwischen neuen und alten Ländern mit Blick auf Verhaltensweisen und Orientierungen der jungen Generation an. Mit der Staatsform Demokratie sind drei Viertel „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“, die Europäische Union sieht die Hälfte der befragten Jugendlichen positiv, nur knapp ein Zehntel negativ. Die EU steht für sie für Freizügigkeit, kulturelle Vielfalt, Frieden, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Absicherung. Das Vertrauen in die EU ist nach den Ergebnissen der Shell-Jugendstudie gegenüber den Studien 2010 und 2015 gewachsen.

Hierbei vertrauen die Jüngeren den EU-Institutionen mehr als die Älteren, im Westen wie im Osten. Bei den Sorgen und Ängsten steht das Thema „Umwelt“ auf Platz eins.²⁶ Die „Millennials“, also die Jahrgänge zwischen 1985 und 2000, beteiligen sich übrigens häufiger politisch als frühere Generationen. Dies wird hinsichtlich des Engagements der Jüngeren im Zusammenhang mit der Klimakrise und angesichts des Protestes gegen zu wenig aktive Politik z. B. bei der Bewegung „Friday for Future“

deutlich sichtbar.²⁷ Die bisweilen behauptete fortbestehende Entfremdung zwischen Ost und West in diversen Talkrunden mag in manchen strukturschwachen Regionen in den neuen Ländern angesichts ökonomischer Probleme durchaus existieren. Was die empirisch erhobenen Diagnosen im Hinblick der Mentalitäten in Ost und West bei Erwachsenen angeht, scheint es bei der Jugend bei den Nachwendegeborenen weniger Ungleichheiten zu geben.²⁸

Die Unternehmenslandschaft

Zu den genannten positiven Seiten des Einigungsprozesses gehört auch, neben den Unternehmen, die die Treuhand privatisieren konnte, und neben dem Aufbau „industrieller Kerne“, wie sie von Birgit Breuel als Treuhand-Chefin nach dem Tod ihres Vorgängers Detlev Karsten Rohweder betrieben wurde, das Wirtschaftssystem in den fünf neuen Ländern, das im Wesentlichen bereits 1995 nicht von kapitalstarken großen Industrieunternehmen geprägt wurde, sondern aus den vielen mittelständischen Unternehmen (KMU) und dem Handwerk. Zum Ende der DDR wurden 1989 lediglich 82.672 Handwerksbetriebe registriert. Bereits 2005 wiesen die neuen Länder bereits über 300.000 Handwerksbetriebe mit rund 850.000 Beschäftigten auf.²⁹ Über 90 Prozent der Investoren waren Deutsche, davon zahlreiche in Form des Management-Buy-Out (MBO) oder Management Buy-In (MBI).³⁰



Dieter Althaus, damaliger Ministerpräsident von Thüringen, während einer Bundesratsdebatte im Plenum des Bundesrats, 18. März 2005
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Marco Urban

23 S. IAB-Strukturbericht Thüringen, Nr. 02 (2011).

24 S. Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat (Hg.): Unser Plan für Deutschland – gleichwertige Lebensverhältnisse überall, Berlin 2019.

25 S. 18. Shell-Jugendstudie 2019 (Vorwort und Einleitung).

26 S. auch zur Interpretation der Shell-Studie: Wolfgang Gaiser/Johann de Rijke: Politische und soziale Orientierungen in Ost und West, in: APuZ 46 (2019) v. 11.11.2019, S. 49 f. (Gleichwertige Lebensverhältnisse).

27 Ebd., S. 50.

28 Ebd., S. 53.

29 Bundesamt für Statistik, Jahrbuch 2018 (Einleitungsübersicht) und Gaiser/de Rijke (wie Anm. 26), S. 53.

30 Management-Buy-Out (MBO) bedeutet, dass die Mehrheit des Kapitals von den Managern des Betriebes übernommen wird, während beim Management Buy-In (MBI) ein fremdes Management die Leitung übernimmt.

Auch Unternehmensneugründungen kamen zu Mitte der 1990er Jahre, verstärkt durch Kampagnen der jeweiligen Landesregierung, in Schwung. Ferner führten beispielsweise die Thüringer Staatskanzlei unter Ministerpräsident Dieter Althaus mithilfe des EU-Joint-Venture-Programms über 30 Kooperationsbörsen von Eisenach bis Altenburg und von Sonneberg bis Nordhausen durch, bei denen von jeweils 350 Teilnehmern ca. 75 bis 80 Unternehmenskooperationen zwischen Thüringer Neuunternehmen, französischen, italienischen, niederländischen, tschechischen und polnischen Unternehmenspartnern verschiedenster Branchen zur Durchdringung der Auslandsmärkte generiert wurden. Dank dieser Kampagnen konnten zahlreiche neue Märkte erschlossen, für die beteiligten Unternehmen mehr Umsätze und dadurch mehr Arbeitsplätze erreicht werden. Verbunden waren die Kooperationsbörsen mit Unternehmenskonferenzen zu modernen Managementaufgaben oder Innovations- und Technologieentwicklungen mit zukunftsweisenden Themenstellungen.³¹ Erschwert wurde der Management Buy-Out-Prozess durch die hohen Zinsbelastungen westdeutscher Kreditinstitute mit bis zu neun Prozent Zinsen in dem entscheidenden Gründungsgeschehen der Jahre 1993 bis 1995. In Thüringen lud bereits 1994 Ministerpräsident Vogel daraufhin zahlreiche Bankenvorstände ausländischer Banken, wie der Amrobank, der Barclay-Bank, der Paribas, der Credit Lyonnais, der Credit Agricole, der Elsässischen Bank, der Bank Austria und der Uni Credito, ins Schloss Friedenstein in Gotha zu einer Unternehmensfinanzierungs-Konferenz ein und warb für Niederlassungen in den neuen Ländern bzw. in Thüringen.

Dieses Ereignis veranlasste die westdeutschen Kreditinstitute, ihre Zinssätze für Unternehmenskredite auf 3,5 bis fünf Prozent zu damals in Westdeutschland und EU-weit üblichen Zinssätzen zu reduzieren. Dadurch wurden mehr und mehr Unternehmensgründungen aus- und inländischer Investoren in Kooperation mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder der Thüringer Aufbaubank ermöglicht.³²

Trotz des Zusammenbruchs großer Teile der ostdeutschen Wirtschaft nach der Wiedervereinigung ist in den letzten 30 Jahren auch ein beachtlicher Unternehmenssektor in den neuen Ländern, v.a. in Thüringen und Sachsen entstanden. Geprägt ist die Unternehmenslandschaft in den neuen Län-

31 S. Tagungsberichte der Thüringer Staatskanzlei, Bd. 33 bis 74 von 1994 bis 2011, abrufbar in der Deutschen Nationalbibliothek oder in der Bibliothek der Thüringer Staatskanzlei.

32 S. dazu auch Udo Ludwig: Licht und Schatten nach 15 Jahren wirtschaftlicher Transformation in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv, 38/3 (2005), S. 415.

den überwiegend durch die kleinen und mittleren Unternehmen sowie durch das Handwerk, das eine gleichstarke Dichte wie in Westdeutschland aufweist. Was noch fehlt, sind mehr größere mittlere Unternehmen und Industrieunternehmen. Erfreulich hat sich auch die Auslandsorientierung mittlerer und auch kleiner Unternehmen entwickelt.³³ Denn noch immer gilt die Faustregel, dass Betriebe auf Auslandsmärkten mehr Innovationen in Unternehmen generieren und in marktfähige Produkte umsetzen können und dass damit ein längerer Verbleib im Marktgeschehen einhergeht.

Fazit und Ausblick

Das wiedervereinigte Deutschland hat aus heutiger Sicht den schwierigen Prozess der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Anpassungsprobleme zwischen alten und neuen Ländern ohne Zweifel mit Bravour gelöst. Dies gilt für die Lösung der infolge der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 im Innern entstandenen Probleme, aber auch im Verbund mit den europäischen Partnern. Auf das größer gewordene Deutschland kamen wachsende Aufgaben und Verantwortung bei der Eurostabilisierung mit dem europäischen Rettungsschirm genauso wie beim solidarischen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union in der großen Corona-Pandemie zu.

In der Rückschau hat das wirtschaftsstarke Deutschland sich als ehrlicher Makler und Partner durch Mitwirkung bei der Gesundung der schwächeren Volkswirtschaften, in Griechenland und Portugal sowie in der Pandemie auch in Italien und Spanien erwiesen. Deutschland hat begriffen, dass es ohne Aufwärtsentwicklung in einer europäischen Völkerfamilie keine weitere Wohlfahrt für ein zum Exportweltmeister aufgestiegenes Land geben kann.

Nunmehr gilt es die in der Pandemiefolge eingetretenen Zweifel an der Demokratie als Staatsform in Teilen der deutschen Gesellschaft entschlossen durch geduldige Aufklärung und ein Mehr an politischer Bildung zu widerlegen. Auch die sozialen Folgen der Globalisierung mit der Gefahr einer stärkeren Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich bedürfen der Abmilderung durch ergänzende sozialpolitische Maßnahmen.

Deutschland ist dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung sicher auch in der Lage, angesichts der Herausforderungen von Pandemie und bedrohlichem Klimawandel in der globalisierten Welt weiterhin die erforderliche Empathie für die kulturelle Vielfalt in der wachsenden Einheit Europas aufzubringen. ■

33 S. auch Rainer Eckert: Das historische Jahr 1990, in: APuZ 40 (2005) v. 04.10.2005, S. 15.

„Wie am Ende der Welt“ – Der Untere Bayerische Wald und der „Eiserne Vorhang“

von Markus Baar



Blick vom Böhmerwald in den dahinterliegenden Unteren Bayerischen Wald – über den rekonstruierten „Eisernen Vorhang“ in Bučina hinweg, 2019
Foto: Markus Baar

„Nicht einmal die Hirschen finden eine Lücke [...]. Früher wechselten sie vom Kubani bis zum Lusen und noch weiter südlich, heute führt kein Wechsel mehr über die Grenze. Der Eiserne Vorhang schließt hermetisch ab“¹ – so beschrieb im Oktober 1953 ein Förster die Situation an der Grenze zwischen dem Unteren Bayerischen Wald und dem Böhmerwald, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei.

Die bayerisch-böhmische Grenze, die über Jahrhunderte von Menschen passiert werden konnte, über die ab dem 13. Jahrhundert auf dem Goldenen Steig Salz von Passau nach Böhmen transportiert worden war² und die stets einen regen kulturellen Austausch zugelassen hatte, erlaubte nun nicht einmal mehr einen Wildwechsel zwischen dem etwa 14 Kilometer von Prachatitz entfernt gelegenen Berg Kubani in Böhmen und dem zum heutigen Landkreis Freyung-Grafenau gehörenden Lusen. Der „Eiserne Vorhang“ war seit Beginn seiner Errichtung im Frühjahr 1948 so engmaschig geworden, dass er eine unüberwindbare Barriere darstellte. Er trennte die westlich-demokratische Einflussphäre der USA von der östlich-kommunistischen der UdSSR ab und drängte damit die Landkreise des Bayerischen Waldes, unter ihnen den Landkreis Freyung-Grafenau, der bis zur Gebietsreform 1972 in die Landkreise Wolfstein und Grafenau geteilt war, an die Peripherie des westlichen Bereichs.

Die Verhärtung der bayerisch-böhmischen Grenze – ein Abriss

Die bayerisch-böhmische Grenze gilt aufgrund ihres natürlichen Charakters, gegeben durch das Waldgebirge mit seinen Wasserläufen und Bergrücken als Markierungen, als einer der ältesten weitgehend beständigen Grenzverläufe Europas. Bis in das 18. Jahrhundert ist eher von einem unscharfen Grenzsaum als von einer klar definierten Linie

auszugehen.³ Erst ab den 1760er Jahren erfolgte eine detaillierte Festsetzung großer Teile der Grenze auf der obersten Ebene der Landesherrschaften mittels zahlreicher unverrückbarer Grenzsteine, da nach dem Spanischen Erbfolgekrieg territoriale Auseinandersetzungen zwischen Bayern und der Habsburgermonarchie, von welcher Böhmen ein Teil war, auch unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der konkreten bayerisch-böhmischen Grenzlinie mit sich gebracht hatten.⁴ Der südliche Bayerische Wald und mit ihm das Gebiet des heutigen Landkreises Freyung-Grafenau gehörten zum Hochstift Passau, wo ebenfalls Grenzirrungen bestanden. Auch diese wurden in den 1760er Jahren durch Abmachungen zwischen Kardinal-Fürstbischof Leopold Ernst von Firmian auf Seiten des Hochstifts und dem schwarzenbergischen Fürsten auf böhmischer Seite endgültig beigelegt.⁵ 1862 nahm ein Grenzvertrag zwischen Bayern und der Habsburgermonarchie die durch die Säkularisation bedingten Veränderungen auf, zu welchen auch die Verweltlichung des Besitzes des Hochstifts Passau zählte. Sowohl der Versailler Vertrag am Ende des Ersten Weltkriegs als auch ein am 10. Oktober 1937 unterzeichneter Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei hielten im Grunde an dieser Grenzlinie zwischen Bayern und Böhmen fest.⁶

1 Horst Paul Heller: Nicht einmal die Hirschen finden eine Lücke, in: Passauer Neue Presse v. 12.10.1953. Für die Zeit von 1946 bis 1965 wird aus der – auch online einseharen – Ausgabe A der Zeitschrift zitiert, die zum Teil auch die Artikel aus ihrem Verbreitungsgebiet (hier: Wolfstein) enthielt. Für die Zeit ab 1996 wird aus dem (via WISO) online einseharen Bestand der PNP zitiert.

2 Vgl. Paul Praxl: Die Straße nach Böhmen – Vom Saumsteig zur Bundesstraße, in: Ernst Dorn (Hg.): Heimat an der Grenze. Gemeinde Philippsreut, Tittling 1997, S. 175–194, hier S. 176.

3 Vgl. Peter Wolf: Länder – Leute – Grenzen, in: Rainhard Riepertinger/Evamaría Brockhoff u.a. (Hg.): Bayern – Böhmen. 1500 Jahre Nachbarschaft. Katalog zur Bayerischen Landesausstellung 2007, Augsburg 2007, S. 71 f., hier S. 71.

4 Vgl. ebd. sowie Erwin Hofmann: Zwischen Böhmen und Bayern. Wanderungen zu historischen Grenzzeichen von Hof bis Passau, Regensburg 1998, S. 88, und Reinhold Balk: Die Grenze zwischen Bayern und Böhmen, in: Franz Amberger (Hg.): Grenzenlos, Straubing 2000, S. 187–196, hier S. 189.

5 Vgl. Paul Praxl: Die Geschichte des Wolfsteiner Landes, in: Landkreis Freyung-Grafenau (Hg.): Der Landkreis Freyung-Grafenau, Freyung 1982, S. 137–221, hier S. 192, und Ludwig Veit: Passau. Das Hochstift (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern I, H. 35), München 1978, S. 301.

6 Vgl. Balk (wie Anm. 4), S. 192.



Der Untere Bayerische Wald (in Ausschnitten, schematisch) an der bayerisch-tschechischen Grenze
 Grafik: Agentur Mumbeck

Zwar gab es somit eine Kontinuität hinsichtlich des Verlaufs, der Charakter der Grenze hatte sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert jedoch durchaus verändert. Im Grunde vollzog sich bis 1937 eine zweifache Grenzverschärfung. Zum einen manifestierte sich eine klare politische Grenze: Mit dem Ende des Heiligen Römischen Reichs verschwand ein System, das diffuse Grenzen aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von Landesherrschaften und Grundherrschaften toleriert hatte. Außerdem sorgten Bayerns Zugehörigkeit zum Rheinbund ab 1806 und später zum Deutschen Zollverein, während Österreich nicht Teil dieser Zusammenschlüsse war, sowie letztlich die Ausgrenzung Österreichs aus Deutschland mit der Auflösung des Deutschen Bundes 1866 und der Reichsgründung 1871 für eine schärfere politische Abgrenzung. Es herrschte aber ein grenzübergreifender Alltagsverkehr, die politische Grenze blieb somit zumindest auf gesellschaftlicher Ebene „weich“. Die zweite Verschärfung bezog sich auf die ethnische Grenze: Diese deckte sich nicht mit der politischen, sondern verlief ein

gutes Stück dahinter, schließlich lebten auf böhmischer Seite der Grenze Deutschböhmen. Der aufkommende Nationalismus führte im 19. Jahrhundert – offen zu Tage trat dies erstmals im Rahmen der Revolution von 1848 – zu einer Abgrenzung zwischen dieser Gruppe, die sich ab ca. 1900 als „Sudetendeutsche“ bezeichnete, und ihren tschechischen Nachbarn. Die Herausbildung einer deutschen und einer tschechischen Nationalidentität verdrängte ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl zur böhmischen Krone.⁷ Mit dem Zerfall Österreich-Ungarns und der Bildung der Tschechoslowakei als Nationalstaat 1918 erreichte diese Spaltung eine neue Dimension. Die Sudetendeutschen sahen sich nun als eine in ihren Rechten beschränkte Minderheit, die hinter der politisch hart

.....
 7 Vgl. Werner K. Blessing: „Grenzverhärtung“. Modernisierungsfolgen an einem mitteleuropäischen Beispiel: Böhmens Grenze zu Bayern und Sachsen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, in: Roland Sturm (Hg.): Grenzen und Grenzüberschreitungen – Brücken von Region zu Region, Erlangen 2002, S. 61–73, hier S. 64–68.



Deutsche Soldaten überschreiten die von nun an „binnenländische Grenze“ bei Philippsreut, 2. Oktober 1938.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

gezogenen Grenze „eingesperrt“⁸ war.⁹ Hitler heizte letztlich diesen Nationalitätenkonflikt an,¹⁰ um die Annexion der Sudetendeutschen Gebiete und damit sein eigentliches Ziel, die „Zerschlagung“ der Tschechoslowakei auf dem Weg zu einem deutsch-sowjetischen Krieg, zu erreichen. Damit war die politische Grenze zu einer „binnenländischen Grenze“¹¹ geworden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sahen die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, im Rahmen derer die Siegermächte die Nachkriegsordnung in Deutschland und Europa festlegten, die Rückkehr zur Grenze von 1937 vor.¹² Die Alliierten gaben in den Potsdamer Beschlüssen auch ihre Zustimmung zu der von der tschechoslowakischen Exilregierung angestrebten „Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn

zurückgeblieben sind, nach Deutschland“.¹³ Eine „wilde Vertreibung“ hatte jedoch bereits ab Mai 1945, vor der Verkündung der Potsdamer Beschlüsse, eingesetzt. Befeuert durch eine Ansprache des tschechoslowakischen Präsidenten Beneš, wonach man „das deutsche Problem in der Republik liquidieren müsse[...]“,¹⁴ kam es zu willkürlichen Vertreibungen, Misshandlungen und Morden durch Soldaten, Polizisten und sogenannte Revolutionäre Gardien. Von Beneš unterzeichnete Dekrete veranlassten außerdem die Enteignung der Deutschen.¹⁵ Ab 1946 wurde die organisierte Zwangsumsiedlung vollzogen. Mit der Vertreibung von insgesamt 2,7 bis drei Millionen Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei¹⁶ war nun die ethnische deckungsgleich mit der politischen Grenze geworden. Allerdings sollte nun auch diese eine Härte erfahren, die man bis dahin nicht gekannt hatte.

Der Aufbau des „Eisernen Vorhangs“ – die maximale Grenzverhärtung

Am 2. März 1948 berichtete die Passauer Neue Presse darüber, dass „gleichlaufend mit den politischen Vorgängen in der Tschechoslowakei [...], nach Beobachtungen deutscher Grenzpolizeiposten, die Bewachung der tschechischen Grenze auf der anderen Seite erheblich verstärkt worden“¹⁷ sei. Dies gelte „jedenfalls für den Grenzstreifen zwischen Lusen und Dreisessel, wo die Zahl der illegalen Grenzgänger daher auch keine merkliche Steigerung erfahren“¹⁸ habe. Tatsächlich lässt sich ein Zusammenhang zwischen der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 und dem schrittweisen Aufbau einer hermetisch abriegelnden Grenze erkennen. So wurden am 23. Februar 1948 alle tschechoslowakischen Reisepässe für ungültig erklärt, wodurch eine legale Ausreise erschwert

8 Ebd., S. 70.

9 Vgl. ebd., S. 69 f.

10 Vgl. Manfred Kittel/Horst Möller: Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich, in: VfZ 54/4 (2006), S. 541–581, hier S. 550 und 555.

11 Balk (wie Anm. 4), S. 192.

12 Vgl. ebd.

13 Zit. nach: Matthias Beer: „Odsun“ – Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei am Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Matthias Stickler/Jaroslav Kučera/Raimund Paleczek (Koord.): Deutsche und Tschechen. Landsleute und Nachbarn in Europa, hg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2017, S. 216–237, hier S. 225.

14 Zit. nach: ebd., S. 228.

15 Vgl. ebd., S. 227 ff., und Matthias Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen, München 2011, S. 80.

16 Vgl. Ludwig Eiber: Zwanzigstes Jahrhundert, in: Riepertinger (wie Anm. 3), S. 333–336, hier S. 335.

17 Der Eiserne Vorhang ging herunter, in: Passauer Neue Presse v. 02.03.1948.

18 Ebd.

wurde.¹⁹ Vielen Bürgerinnen und Bürgern, die in der neuen Situation eines entstehenden totalitären Systems das Land verlassen wollten, blieb daher lediglich der illegale Weg. In der Nähe des oberfränkischen Marktredwitz wurden beispielweise an zwei Tagen dreizehn Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei festgenommen.²⁰ Diese Art des Grenzübertritts stellte ein lebensgefährliches Unterfangen dar, schließlich sahen die Kommandanten einen Waffengebrauch gegen Flüchtende als gerechtfertigt an. Im Frühjahr 1948 wurden mittels Verordnungen außerdem strenge Fahrzeugkontrollen in Grenzrichtung eingeführt, den Zugang zum Grenzgebiet untersagte man für Personen, die dort weder wohnten noch arbeiteten. Darüber hinaus verbot man Foto- und Filmaufnahmen. An zentralen Stellen wurde eine 24-Stunden-Patrouille durch die SNB (Korps der Nationalen Sicherheit) sichergestellt, die Grenzübergänge versah man mit Absperrungen. Im April 1950 fand eine Aufstockung der Grenzwa- che des SNB um 4.000 Soldaten statt, die zuvor eine Grundausbildung zu durchlaufen hatten. Um die Mannschaftsstärke der Grenzwa- che aufzufüllen, stellte das Verteidigungsministerium eine Infanteriedivision sowie ein Sonderbataillon zur Verfügung. 1951 änderte sich die Organisation der Grenzwa- che dahingehend, dass man die bewachenden Truppen zum Bestandteil der Armee machte und sie daher mit entsprechenden Befugnissen ausstattete.²¹ Die Dislo- zierung einer dementsprechend neu organisierten Brigade in Volary wurde von bayerischer Seite in der zeitgenössischen Presse als Indiz für die „Unsicherheit der Volksdemokratie“ gewertet, schließlich hätte der tschechoslowakische Staat wegen des „Versagen[s] der [...] tschechischen Gendarmerie“, die sich mehrheitlich als „bestechlich und kollaborier[en]d mit den über die Grenze flüchtenden Menschen“ gezeigt hätte, „nicht mehr anders handeln [können], als seine Armee bis an die Grenze vorrücken zu lassen“.²² Auch nach 1948 gelangen durchaus Fluchtversuche, wie das Beispiel eines Slowaken beweist, der im März 1950 die Grenze bei Haidmühle – im Gegensatz zu vielen anderen Flüchtenden keine Waffen, sondern ledig-

lich Gebetbuch und Rosenkranz mit sich führend – überquerte.²³

Um also tatsächlich jegliche illegalen Übertritte zu verhindern, setzte man in der Tschechoslowakei nicht nur an einer militärischen Organisation der Grenzwa- che an, man strebte auch nach einer hermetisch abriegelnden Grenzsperranlage zur Unterstützung der personellen Bewachung. Mit einer Verordnung über die Grenzregion wurden zum 1. Juni 1951 eine Sperr- und eine Grenzzone eingerichtet. Die Sperrzone wies eine Breite von zwei Kilometern ab der Staatsgrenze auf und war für alle Personen – mit Ausnahme der diensthabenden Grenzwa- chen – unzugänglich. Da in diesem Gebiet niemand arbeiten oder wohnen durfte, wurden die Bewohner aus der Zone ausgesiedelt und die Häuser abgerissen, sofern sie nicht zur Unterbringung der Sicherheitskräfte an der Grenze benötigt wurden. Die Bewohner der dahinterliegenden Grenzzone, die eine Breite von weiteren zwei bis fünf Kilometern aufwies, wurden zunächst überprüft, bevor sie eine Daueraufenthaltsgenehmigung erhielten. Das zentrale Element der Grenzsperranlage bildete eine dreireihige Drahtbarriere, deren mittlerer Zaun elektrisch aufgeladen und somit tödlich war. Die Räume zwischen den Zäunen wurden an bestimmten Abschnitten ab 1952 mit Erdminen versehen, die man aufgrund der Störanfälligkeit bereits Mitte der 1950 Jahren wieder entfernte. Auch der elektrifizierte Zaun wurde aufgrund des westlichen Protests infolge von Todesfällen an der Grenze ab 1970 durch eine sogenannte Signalwand ersetzt.²⁴ Dieser Signalzaun, der vor allem im Südbereich bis zu fünf



Der „Eiserne Vorhang“ als Mahnmal in Bučina, 2019
Foto: Markus Baar

19 Vgl. Tomáš Jílek: Spezifika der Bewachung der tschechisch-bayerischen Staatsgrenze zu Zeiten des „Eisernen Vorhangs“ 1948–1989, in: Markus A. Meinke (Hg.): Die tschechisch-bayerische Grenze im Kalten Krieg in vergleichender Perspektive. Politische, ökonomische und soziokulturelle Dimensionen (Regensburger Studien, Bd. 17), Regensburg 2011, S. 47–53, hier S. 49.

20 Vgl. PNP v. 02.03.1948 (wie Anm. 17).

21 Vgl. Jílek (wie Anm. 19), S. 49 ff.

22 Kriegszauber an der tschechischen Grenze, in: Passauer Neue Presse v. 10.02.1951 (für alle Zitate des Satzes).

23 Vgl. Mit Gebetbuch und Rosenkranz, in: Passauer Neue Presse v. 14.03.1950.

24 Vgl. Jílek (wie Anm. 19), S. 51 f.

Kilometer von der Landesgrenze zurückversetzt installiert wurde, um durch die Distanz zur Grenze einen längeren Weg zum Abfangen der Flüchtenden zu haben,²⁵ löste im Falle einer Berührung Alarm aus und zeigte den Grenzsoldaten mittels einer Lampe die entsprechende Stelle an.²⁶ Vor dem Signalzaun befand sich ein mehrere Meter breiter Ackerstreifen, um Spuren von Flüchtenden zu erkennen. Darüber hinaus verlief meist ein zweiter Zaun zur Abhaltung des Wildes.²⁷

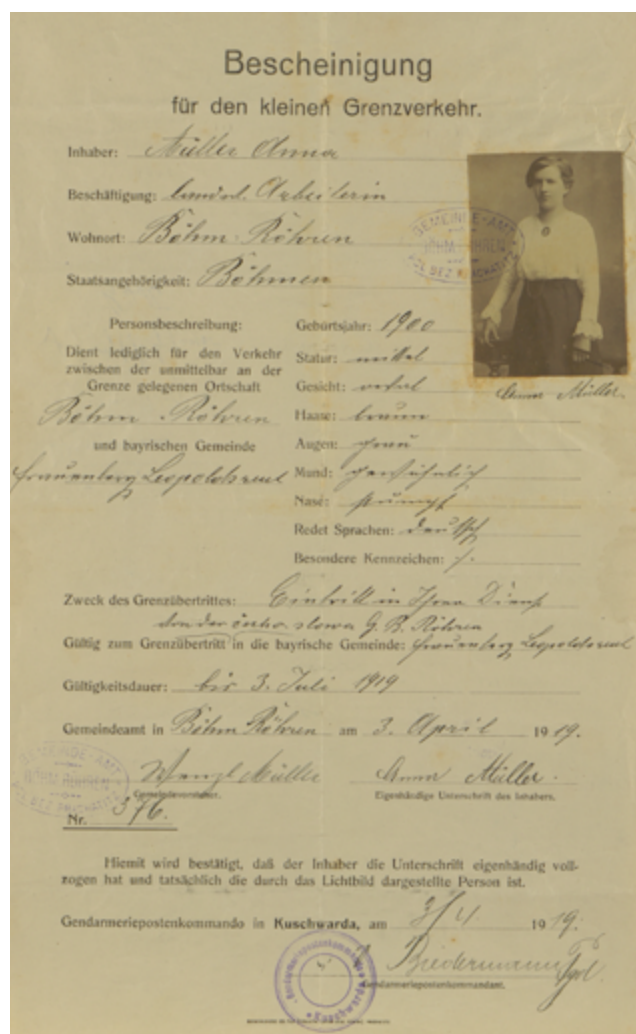
Das systematische und im Laufe der Jahrzehnte perfektionierte System der Abgrenzung²⁸ hatte die Grenzlinie maximal verhärtet.

Das Ende der alltäglichen Grenzüberschreitung

Dieser neue Charakter der Grenze schränkte den gewohnten Bewegungsradius der Bevölkerung beiderseits der Grenzlinie massiv ein. Der „Eiserne Vorhang“ wies entlang der bayerisch-tschechischen Grenze zeitweise nur einen Übergang auf – in Waidhaus in der Oberpfalz –, dabei war die Überschreitung der Grenze in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis in die Nachkriegszeit alltäglich gewesen. Während der Zeit des Ersten Weltkriegs merkte die Grenzlandbevölkerung des Unteren Bayerischen Waldes laut Aussage eines Bewohners des damaligen Buchwald „fast nichts von einer Staatsgrenze. Im Böhmischen und Bayerischen [habe] der Wald [den Kindern gehört].“²⁹ Beim Spielen sowie bei der Beeren- und Pilzsuche wurde die Grenze nicht strikt beachtet. Auch in den 1920er Jahren war das Übertreten der grünen Linie für die Bewohner der Dörfer beiderseits der Grenze alltäglich, sodass in den bayerischen Gasthäusern Leute „von hüben und drüben“³⁰ anzutreffen waren. Die Bewohner des Grenzdorfs Finsterau gingen außerdem beispielsweise „vor Kriegsbeginn“ jedes Jahr zum Kirchweihfest „schwarz ohne Ausweis ins Tschechische hinüber.“³¹ Für den – arbeitsbedingten –

regelmäßigen legalen Übertritt gab es die Möglichkeit eines Grenzscheins. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten erfolgte eine Distanzierung der Tschechoslowakei vom Deutschen Reich, die sich neben der Anlage eines Festigungswalls zum Schutz vor einem deutschen Angriff auch darin äußerte, dass man Angehörigen der Sudetendeutschen Partei Grenzscheine verweigerte.³²

Tatsächlich war es besonders der illegale Grenzübertritt, der für viele Grenzlandbewohner ertragreich und damit in schwierigen Zeiten existenzsichernd war – Wilderei und Schmuggel boten die Möglichkeit zum (Neben-)Verdienst,



Grenzschein aus dem Jahr 1919

Bild: Staatsarchiv Landshut, BezA/LRA Wolfstein (Rep. 164/22) Nr. 160

25 Vgl. ebd., S. 52.

26 Vgl. Reinhold Balk: Das war der Eiserne Vorhang. Entstehung, Aufbau und Funktionsweise der Sperranlagen an der Westgrenze der ehemaligen ČSSR, in: Amberger (wie Anm. 4), S. 16–29, hier S. 23.

27 Vgl. Jílek (wie Anm. 19), S. 52.

28 Jílek (wie Anm. 19) weist darauf hin, dass das System ab Mitte der 1960er Jahre „fortlaufend perfektioniert“ wurde, S. 53.

29 Herbert Fastner: Erinnerungen an Buchwald. Ein Heimatbuch der höchstgelegenen Böhmerwaldgemeinde, Grafenau 1986, S. 118.

30 Horst Paul Heller: „Können wir schnell einmal über die Grenze?“, in: Passauer Neue Presse v. 12.10.1953. Der Artikel weist einen Rückblick auf das Jahr 1928 auf.

31 Theresa Orywal: G'schicht'n aus der Finsterau, Freyung 2003, S. 85 (für alle Zitate des Satzes).

32 Vgl. Monatsbericht des Regierungspräsidenten Niederbayern/Oberpfalz v. 07.11.1937, zit. nach: Spurensuche I: „Eine Volksgemeinschaft“. Vorkommnisse an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze im Bereich Niederbayern/Oberpfalz aus den Jahren 1933–1938. Zusammengestellt von Rainer Pasta, S. 48, https://www.seliger-gemeinde-bayern.eu/dl/Spurensuche_1933-1938.pdf [Stand: 08.09.2020]. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten beeinträchtigte auch den Betrieb in den bayerischen Grenz Gasthäusern, vgl. Monatsbericht des Regierungspräsidenten Niederbayern/Oberpfalz v. 20.06.1933, S. 13.

ganz dem alten Sprichwort entsprechend: „Die Grenze nährt“.³³ Die Wilderei hatte vor allem nach dem Ersten Weltkrieg in der Grenzregion des Unteren Bayerischen Waldes und im Böhmerwald deutlich zugenommen, sodass es „in den Waldungen hinterm Lusen und Rachel manchmal wie in einem Manövergebiet [krachte]“.³⁴ Um bei der Jagd auf das Wild, das „im Frühjahr [...] vom Kubani ins Lusen-Rachelgebiet [zog]“³⁵ und im Herbst wieder zurückkehrte, vom Forstpersonal nicht erkannt zu werden, wilderten die Böhmen im Bayerischen Wald und die Bayerwäldler umgekehrt im Böhmerwald.³⁶ Dass sich die jungen Grenzlandbewohner hierbei in Gefahr begaben, von den Förstern überführt oder – wie es oftmals geschah – schwer verletzt zu werden, wurde in der Gesellschaft eher mit Respekt goutiert, als moralisch verurteilt.³⁷ Auch im Schmuggelwesen sah der Großteil der Bevölkerung nichts Unehrlisches, es gehörte zum Alltag der Grenzbayerwäldler:³⁸ „[Sie] suchen sich ein besseres und leichteres Einkommen in dem sehr erträglichen Schmuggelhandwerk, in dem ihre verwandtschaftlichen Beziehungen mit Böhmen, jetzt Tschechoslowakei, ihrem Kommerziell sehr zu statten kommen. Es schmuggeln die Armen und die Reichen, die Großen und die Kleinen, Jungen und Alten. [...] Es gibt keinen Gegenstand, der nicht verschmuggelt wird [...]“.³⁹ Aus der Tschechoslowakei wurde unter anderem Rum in den Bayerischen Wald gebracht, während im Gegenzug Salz und vor dem Ersten Weltkrieg vor allem Sacharin auf die tschechische Seite der Grenze geschmuggelt wurden.⁴⁰ Dazu nutzte man unter anderem auch die grenzüberschreitende Wallfahrt zum Heiligen Berg nach Příbram – auf dem Weg nach Hause schmuggelte man beispielsweise Geschirr oder Schmuck unter dem Rock oder in der Butte, in der man Prozessionsmadonnen mitführte, an den Zollbeamten vorbei.⁴¹

.....

33 Projekt „Begegnungsraum Geschichte – außerschulische Lernorte in der bayerisch-böhmischen Grenzregion“, <https://www.begegnungsraum-geschichte.uni-passau.de/unterrichtsmaterialien/leben-entlang-der-grenze/sachinformationen/> [Stand: 02.09.2020].

34 Fastner (wie Anm. 29) S. 207.

35 Ebd., S. 208.

36 Vgl. ebd., S. 207 f.

37 Vgl. Fastner (wie Anm. 29), S. 206, und Erich Dorner: *Auf der Maut' – bey der Finster'au und in der Howareit, Freyung 1992*, S. 302.

38 Vgl. Fastner (wie Anm. 29), S. 202.

39 Pfarrchronik Finsterau, zit. nach: Dorner (wie Anm. 37), S. 304.

40 Vgl. Fastner (wie Anm. 29), S. 202, und Walter Wilhelm: *Zoll und Grenze*, in: Dorn (wie Anm. 2), S. 301–346, hier S. 333 f.

41 Vgl. Marita Haller: *Schmuggeln, Paschen, Schwirzen*, in: dies. u.a.: *Schmuggler und Schwirzer an der böhmischen Grenz'*, Zwiesel 2013, S. 13–96, hier S. 108 f.



Auf dem regelmäßig stattfindenden Heimatfest in Mauth sind die Schmuggler fester Bestandteil. Aufgrund der zur Tarnung mit Ruß geschwärzten Gesichter nannte man die Schmuggler auch „Schwirzer“.
Foto: Markus Baar

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden wegen der hohen Viehpreise in der Tschechoslowakei ganze Ochsenherden nach Böhmen ausgeführt, in den 1930er Jahren wurde wiederum Vieh von der tschechischen auf die bayerische Seite geschmuggelt.⁴² Die Auflösung der Zollstellen und Bezirkszollkommissariate infolge des Münchner Abkommens führte dazu, dass der Schmuggel vorübergehend ein Ende fand.⁴³ Laut des Monatsberichts des Regierungspräsidenten von Niederbayern und der Oberpfalz vom 8. Dezember 1938 kauften nun „Landwirte und Händler wegen der niedrigen Preise viel Vieh im sudetendeutschen Gebiet [...]“.⁴⁴ Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die altbekannten Schmugglerwege wieder genutzt. Zum einen von den Sudetendeutschen, die in der Gewissheit der bevorstehenden Ausweisung möglichst viele ihrer Habseligkeiten in Sicherheit bringen wollten. Mit Rucksäcken oder Schlitten wurde das Eigentum nachts über die Grenze in bayerische Dörfer gebracht, wo man die Sachen bei befreundeten Familien lagerte.⁴⁵ Zum Teil war die Distanz zu den bayerischen Grenzdörfern zu groß, um in derselben Nacht den Rückweg anzutreten: „In Neureichenau, auf der bayerischen Seite am Fuße des Dreisessels gelegen, hatten viele der Grenzgänger bei einem Bauern einen Abstellplatz für ihre Habe. Auch ein

.....

42 Vgl. Wilhelm (wie Anm. 40), S. 336.

43 Vgl. ebd., S. 316, und Haller (wie Anm. 41), S. 140.

44 Monatsbericht des Regierungspräsidenten Niederbayern/Oberpfalz v. 08.12.1938, zit. nach: Pasta (wie Anm. 32), S. 73.

45 Vgl. Fastner (wie Anm. 29), S. 109 f.

großes Streulager war dort eingerichtet, damit die Leute, wenn sie morgens mit ihrem schweren Gepäck ankamen, sich ausruhen und schlafen konnten. Hier lagen sie oft nebeneinander, ohne dass einer den anderen kannte.⁴⁶ Zum anderen wurden die Schmugglerpfade rund um den Dreisessel, um den sogenannten Pascherwinkel im Dreiländereck,⁴⁷ und im restlichen Unteren Wald wie bereits vor dem Krieg zum Schmuggeln von Lebensmitteln begangen. Die Passauer Neue Presse berichtete am 31. Dezember 1948, dass ganze Schmugglerbanden „auf den ihnen schon seit Jahr und Tag bekannten Wegen“⁴⁸ nach Tschechien gehen, dort Viehställe aufbrechen und diese zurück über die Grenze nach Bayern treiben. In der Waldrundschau vom 9. November 1949 findet sich die Nachricht von einem Kuhdiebstahl im damaligen Neuthal in der Tschechoslowakei, wobei das Tier anschließend in Haidmühle über die Grenze nach Bayern geschmuggelt wurde.⁴⁹ Zum Teil mag es sich bei diesen Vergehen um Vieh gehandelt haben, das man nicht rechtzeitig vor der Vertreibung in Sicherheit bringen konnte.⁵⁰ Manchen Grenzgängern in der Zeit der Blockbildung zwischen dem demokratischen Westen und dem kommunistischen Osten wurde nachgesagt, dass sie sich aus Spionagegründen auf den alten Pfaden in die Tschechoslowakei geschlichen hätten.⁵¹ In jedem Falle wurde das illegale Übertreten der Grenze mit dem zunehmend engmaschiger werdenden „Eisernen Vorhang“ gefährlicher, der sowohl die Bayerwäldler als auch die Flüchtenden aus der Tschechoslowakei am Passieren der Grenze hindern sollte.

Der „Eiserne Vorhang“ als Kulminationspunkt der grenzverhärtenden Geschehnisse ab dem Jahr 1945 setzte also einer grenzübergreifenden Lebensweise, die die Grenzlandbewohner gewohnt gewesen waren und die sich unter anderem im Wallfahrten, im Schmugglerwesen oder letztlich auch darin gezeigt hatte, dass von Bayern und Sudenteutschen über die Grenze geheiratet wurde,⁵² ein Ende.

46 Kätze Pux, zit. nach: Haller (wie Anm. 41), S. 71.

47 Diese Bezeichnung findet sich z.B. bei Wilhelm (wie Anm. 40), S. 329.

48 Horst Paul Heller: Der Schmuggel ist heute ein gutes Geschäft, in: Passauer Neue Presse v. 31.12.1948.

49 Vgl. Ein Ruf von „drüben“, in: Waldrundschau v. 09.11.1949.

50 Vgl. Karl B. Krämer: „Z'Hadruwa bei da Frau Wirtin...“, in: Amberger (wie Anm. 4), S. S. 60–63, hier S. 63.

51 Vgl. z.B. die Geschichte vom „Schwarzzei“ aus Finsterau, wiedergegeben von Helmut Haselberger in einem Interview mit Dorothee Ahlers, <https://www.memoryofnations.eu/de/haselberger-helmut-20111109-0> [Stand: 08.09.2020]. Vgl. hierzu auch Krämer (wie Anm. 50), S. 63.

52 Vgl. z.B. Orywal (wie Anm. 31), S. 40: „Haselberger stammte aus Hüttl, Gemeinde Fürstenhut, jenseits der Grenze. Er hat wie viele andere Männer und Frauen nach Finsterau geheiratet.“

Mehr noch: Plötzlich fühlte man sich in den Grenzdörfern, als würde man „mit dem Rücken zur Wand“⁵³ stehen oder als befände man sich gar „am Ende der Welt“,⁵⁴ wo es „nur eine Richtung gebe.“⁵⁵

Die Wahrnehmung des Nachbarn

Der „Eiserne Vorhang“ wirkte sich auch auf die Wahrnehmung des Nachbarstaates aus. Regler grenzübergreifender Kontakt hatte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vornehmlich mit den sudetendeutschen Grenzlandbewohnern bestanden,⁵⁶ während sich das bayerisch-tschechische Verhältnis in den 1930er Jahren⁵⁷ ab der „Macht ergreifung“ der Nationalsozialisten verschlechtert hatte. Die Vertreibung und Zwangsausweisung der Sudetendeutschen hatte zweifellos zu einer weiteren Abgrenzung vom tschechischen Nachbarn geführt,⁵⁸ der nun sowohl in ethnischer als auch in politischer Hinsicht eine radikale Grenzziehung vollzog. Somit war de facto nicht einmal mehr die Möglichkeit gegeben, mit den Tschechen jenseits der Grenze in Kontakt zu treten und sich ein individuelles Bild vom Nachbarstaat zu machen. Es manifestierte sich von nun an ein Fremdbild des Nachbarn, das auf in der Lokalpresse wiedergegebenen Erzählungen Flüchtender⁵⁹ oder – vereinzelt – aufgegriffener und wieder freigelassener Deutscher fußte. So vermeldete die Passauer Neue Presse am 5. Februar 1953 die Freilassung zweier Skifahrer, die bei Haidmühle versehentlich die Grenzmarkierung zwischen Bayern und der Tschechoslowakei wenige Meter überschritten hatten und von der Grenzpolizei aufgegriffen worden waren. Es folgte eine mehr als vierwöchige Haft, im Rahmen derer die Skifahrer zwar „anständig behandelt worden“ seien, allerdings „kein Wort über den

53 Vorwort des 1. Bürgermeisters der Gemeinde Philippsreut, Alfred Schraml, zum Sammelband Dorn (wie Anm. 2), S. 5.

54 Helmut Haselberger aus Finsterau (wie Anm. 51).

55 Ebd.

56 Diese wiederum hatten jedoch durchaus Kontakt zu tschechischsprachigen Personen im Vielvölkerstaat. Vgl. z.B. Horst Paul Heller: Schicksal an der Grenze, in: Passauer Neue Presse v. 15.01.1955: „Ich sah keinen Grund, meine Herkunft zu verschweigen, sagte also, dass ich Sudetendeutscher und von dort und dort her sei. Die tschechische Sprache hätte ich in den Schulferien bei einer tschechischen Familie im Landesinneren erlernt. Der Bub dieser Familie hätte in der gleichen Zeit in meinem Elternhaus Deutsch gelernt. So sei das früher üblich gewesen in der Tschechoslowakei.“

57 Vgl. Detlef Brandes: Von der Konfrontation zur „guten Nachbarschaft“, in: Stickler (wie Anm. 13), S. 238–258, hier S. 238.

58 Vgl. Wolf (wie Anm. 3), S. 72.

59 Vgl. Michael Weigl: Tschechen und Deutsche als Nachbarn. Spuren der Geschichte in grenzregionalen Identitäten, Baden-Baden 2008, S. 73.

Grund ihrer Festnahme“ erfahren hätten.⁶⁰ Drastischer klingen die Berichte über einen Forstarbeiter, der von tschechischen Grenzpolizisten beim Straßenbau nicht jenseits der Grenze, sondern auf deutschem Boden ins Landesinnere verschleppt worden sei, um im Rahmen eines vierwöchigen Gefängnisaufenthaltes mit mehreren Verhören Informationen über die Verkehrsprojekte des deutschen Nachbarn zu erhalten,⁶¹ oder eines an der deutsch-tschechischen Grenze aufgegriffenen Postangestellten, der für zwei Wochen in einem tschechischen Gefängnis von 5 bis 21 Uhr habe auf- und abgehen müssen und sich nicht habe setzen und ausruhen dürfen.⁶² Die Passauer Neue Presse vom 9. Januar 1962 berichtete von einem 20-jährigen tschechischen Grenzsoldaten, der in voller Montur bei Philippsreut über die Grenze geflohen war und um politisches Asyl gebeten hatte. Dieser hatte angegeben, dass ihm mit einer „strengen Bestrafung“ gedroht worden sei, da während seiner Schicht am 24. Dezember 1961 eine sechsköpfige Familie über die Grenze nach Bayern habe fliehen können. In einer Vernehmung vor seiner Flucht sei er darauf hingewiesen worden, dass er „auf die Flüchtlinge in jedem Fall hätte schießen müssen, auch wenn sie bereits auf bayerischem Gebiet“ gewesen wären.⁶³

Es entsteht der Eindruck eines nicht nur unverhältnismäßig und willkürlich, sondern kaltherzig und unmenschlich agierenden Regimes jenseits der Grenze. Dieses emotionslose Verhalten wurde der Tschechoslowakei auch in Bezug auf den Umgang mit dem ehemals sudetendeutschen Grenzland zugeschrieben. Der tschechische Nachbar sei verantwortlich für eine „10jährige [sic!] Landverwahrlosung“⁶⁴ und er würde die Häuser der zwangsausgewiesenen Bevölkerung „dem Erdboden gleich[machen]“.⁶⁵ Das Abreißen der Gebäude in der Sperrzone und die Berichte von Schießbefehlen führten letztlich dazu, dass man auf bayerischer Seite den Strei-

fen jenseits der Grenze als „Niemandland des Todes“,⁶⁶ als „totes Land“⁶⁷ oder „tote Zone“⁶⁸ empfand. Der tschechischen Bevölkerung oder einer Neuansiedlung in dem ehemals überwiegend von Sudetendeutschen bewohnten Gebiet wurde keine Beachtung geschenkt.⁶⁹ Den „Eisernen Vorhang“ sah man als „Drahtverhau“, der „zwei Welten trennt“ und „Ende der Freiheit und Anfang der Unfreiheit“ bedeutet.⁷⁰ Auf bayerischer Seite herrsche „Gleichgültigkeit“ oder „Resignation“ in Bezug auf die durch den „Eisernen Vorhang“ geschaffene Situation.⁷¹ Im Laufe der Jahre hatte man sich also an die hermetisch abgeriegelte Grenze gewöhnt, wenngleich – beispielsweise aufgrund von Fluchten – der „Eiserne Vorhang“ für die Bevölkerung direkt an der Grenze zum Teil präsent blieb: „Ein alter Einwohner von Finsterau sagte: ‚Wir haben eben kein günstiges Hinterland, nur einen heißen Grenzstreifen, und der hält uns wach...‘“.⁷²

Sicherlich finden sich auch Ausnahmen dieser von Nichtbeachtung und ideologischer Abgrenzung geprägten Haltung in der Lokalpresse, wie ein Bericht der Passauer Neuen Presse vom 13. Januar 1965 zeigt. Demnach habe man sich bei einem Treffen zwischen einer zehnköpfigen Delegation der tschechoslowakischen Grenzsicherung und der bayerischen Grenzpolizei gegenseitig Bier und Brötchen serviert, wobei eine „freund-nachbarlich[e]“ Stimmung aufgekommen sei. Es sei dabei außerdem über eine mögliche baldige Öffnung des Grenzübergangs in Philippsreut diskutiert worden.⁷³ Dennoch überwog von derartigen Ausnahmen abgesehen ein Desinteresse gegenüber dem tschechoslowakischen Nachbarn jenseits des „Eisernen Vorhangs“, was auch einherging mit einem abnehmenden öffentlichen regionalen Interesse an den Belangen der Heimatvertriebenen im Laufe der 1950er Jahre.⁷⁴

60 Auersperger Skifahrer von Tschechen freigelassen, in: Passauer Neue Presse v. 05.02.1953 (sowohl für die Zitate als auch für die entsprechenden Ausführungen). Die Passauer Neue Presse kann als Zeugnis für die zu betrachtende Region dienen, da diese in ihrem Verbreitungsgebiet liegt.

61 Vgl. Vier Wochen von Tschechen festgehalten, in: Passauer Neue Presse v. 16.08.1952.

62 Vgl. Aus tschech. Gewahrsam zurückgekehrt, in: Passauer Neue Presse v. 11.10.1951.

63 Tschechischer Grenzsoldat folgte den Flüchtlingen, in: Passauer Neue Presse v. 09.01.1962 (sowohl für die Zitate als auch für die entsprechenden Ausführungen).

64 Ebd.

65 Eine tote Zone ist der tschechische Grenzstreifen, in: Passauer Neue Presse v. 19.09.1955.

66 Das Niemandland des Todes, in: Passauer Neue Presse v. 18.06.1955.

67 Ebd.

68 PNP v. 19.09.1955 (wie Anm. 65).

69 Vgl. Weigl (wie Anm. 59), S. 74.

70 Menschliche Spuren hören am Eisernen Vorhang auf, in: Passauer Neue Presse v. 24.12.1962 (für alle Zitate des Satzes).

71 Ebd. (für alle Zitate des Satzes).

72 Das Gesicht einer unterentwickelten Gemeinde, in: Passauer Neue Presse v. 10.09.1963; vgl. zum Aspekt der Nichtbeachtung der Grenze auch Weigl (wie Anm. 59), S. 69.

73 Auf dem Dreisessel servierten Tschechen Pilsner Bier, in: Passauer Neue Presse v. 13.01.1965 (sowohl für das Zitat als auch für die entsprechenden Ausführungen); vgl. auch Weigl (wie Anm. 59), S. 69.

74 Vgl. Weigl (wie Anm. 59), S. 74.



Eher die Ausnahme: eine Delegation der tschechoslowakischen Grenzsicherungseinheit beim Zusammentreffen mit der Bayerischen Grenzpolizei auf dem Dreisessel, Januar 1965; die bayerische Grenzpolizei hatte eingeladen, um sich für die Neujahrsgrüße der Tschechoslowaken erkenntlich zu zeigen.
Foto: Passauer Neue Presse v. 13. Januar 1965 (Fotograf: Schlosser); Scan: Bayerische Staatsbibliothek, 2 Eph.pol. 87 m-20,1.

Die Geschehnisse des „Prager Frühlings“ bewirkten eine vorübergehende Veränderung in der Wahrnehmung des östlichen Nachbarn. Eine gewisse „grenzüberschreitende Euphorie“⁷⁵ zeigte sich in der ersten direkten Busfahrt von Freyung nach Prag und in der Aufnahme der Tschechoslowakei in das Auslandsreiseprogramm für Jugendliche durch den Kreisjugendring Wolfstein. Als der Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 dem Prager Frühling ein jähes Ende bereitete, empfand man auf Seiten des unteren bayerischen Grenzlandes durchaus Sympathie für den gegen die sowjetische Einmischung protestierenden Nachbarn. Das Mitfühlen mit dem Staat jenseits der Grenze mag als Grundlage für die grenzüberschreitende Kontaktaufnahme in den folgenden Jahren gewertet werden, welche die Arbeitsgemeinschaft „Unterer Bayerischer Wald“ ebenso forcierte wie – über den Wald hinaus – die Universität Passau, die eine verstärkte wissenschaftliche Kooperation mit der Karls-Universität in Prag vereinbarte. Zum einen ist bei derartigen Annäherungen jedoch nur von einem punktuellen Phänomen auszugehen, zum anderen konnte auch der Prager Frühling den ideologischen Graben nicht schließen – die Kritik an der Tschechoslowakei in der Lokalpresse blieb auch in den 1970er und 1980er Jahre bestehen.⁷⁶ Dabei verbanden sich die Vorbehalte gegenüber der Tschechoslowakei mit

75 Ebd., S. 75.

76 Vgl. ebd., S. 75 ff.

Fremdbildern und Ängsten des Kalten Krieges, wie die Aussage einer Bewohnerin Haidmühles belegt, wonach es sich bei dem Supergau von Tschernobyl um eine „gegen ‚uns‘ gerichtete Attacke des ‚Russen‘“ handelte.⁷⁷

Zweifellos hatte der „Eiserne Vorhang“ eine Verhärtung der Grenze im zwischenmenschlichen Bereich bewirkt. Die fehlende Gelegenheit, mit einzelnen Bewohnern des Nachbarstaates in Kontakt zu treten, hatte überwiegend zu Desinteresse am Staat jenseits der Grenze geführt und den Nährboden für Pauschalisierungen und nachhaltige Vorurteile gebildet.

Die Folgen für die Wirtschaft

Der Untere Bayerische Wald war infolge des Zweiten Weltkriegs mit einer äußerst schwierigen Situation konfrontiert. Zahlreiche Ortschaften waren im Krieg zerstört worden, der Landkreis Wolfstein hatte den größten Schaden der südbayerischen Landkreise zu verzeichnen. Es herrschten Trinkwasserknappheit und Wohnraummangel.⁷⁸ Neben der Beschlagnahmung von Privathäusern, Gasthöfen und Schulhäusern durch die amerikanischen Besatzungstruppen belastete vor allem der Zuzug vieler Flüchtlinge aus dem Sudetenland, die sich nahe ihrer

77 Katharina Eisch-Angus: Grenze, Gedächtnis und die Fremdbilder des Kalten Kriegs. Ethnographische Grenzbegehungen am Eisernen Vorhang zur Tschechoslowakei, in: Meinke (wie Anm. 19), S. 109–120, hier S. 115 (auch für das Zitat).

78 Vgl. Im Notstandsgebiet südbayerischer Wald, in: Mittelbayerische Zeitung v. 29.10.1949.

alten Heimat ansiedeln wollten, die Situation im Grenzland. Im Landkreis Wolfstein wuchs die Bevölkerung von 36.000 auf 47.000 Einwohner an.⁷⁹ In manchen Ortschaften lebten bis zu 17 Personen in einer Zweizimmerwohnung.⁸⁰ Der Tourismus konnte aufgrund der belagerten Gasthäuser nach dem Krieg nicht in Schwung kommen. Darüber hinaus herrschte im seit jeher strukturschwachen Grenzland des südlichen Bayerischen Waldes eine hohe Arbeitslosigkeit,⁸¹ die auch über die unmittelbaren Nachkriegsjahre andauerte. So hatte der Landkreis Grafenau 1952 einen Prozentsatz von 37,2 Arbeitslosen bei einem Durchschnitt von 9,6 Prozent in der Bundesrepublik.⁸² Aufgrund der landwirtschaftlichen Struktur, die sich durch kleine Betriebe auszeichnete, fehlte es an ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten für die angewachsene Bevölkerung – der Untere Bayerische Wald war ein „Notstandsgebiet“.⁸³

Die abgeriegelte Grenze verschärfte diese Situation noch zusätzlich. Hatten sich die Grenzlage und das mangelhafte Straßennetz in der Region ohnehin stets als Probleme für bereits bestehende Firmen sowie als Hemmnisse für die Niederlassung neuer Betriebe ausgewirkt, sorgte der Aufbau des „Eisernen Vorhangs“ nun für einen noch drastischeren Standortnachteil. Durch die Abtrennung der Sowjetzone hatte sich das deutsche Verkehrsgebiet grundlegend geändert. Während 1937 alle Randgebiete in etwa gleich weit vom Schnittpunkt der Nord-Süd- und der Ost-West-Achse entfernt waren, hatten nun lediglich Ostbayern und damit auch der Untere Bayerische Wald eine große Distanz zum neuen Verkehrsschnittpunkt zu beklagen. Die Betriebe mussten somit höhere Frachtkosten tragen. Dazu kam, dass durch die Abriegelung des osteuropäischen Nachbarn nicht nur die früheren Absatzmärkte in Mitteldeutschland und in der Tschechoslowakei, sondern auch Rohstofflieferanten verloren gingen.⁸⁴

Darunter hatte unter anderem die traditionsreiche Glasindustrie des Mittleren und Unteren Bayerischen Waldes, in Riedlhütte oder Spiegellau, zu leiden. Wurde die für die Glasmacherei notwendige Kohle ehemals aus Böhmen oder Sachsen bezogen, musste diese nun zu hohen Kosten aus dem Ruhrgebiet gekauft werden. Dabei fielen für einen Waggon Kohle höhere Kosten als für die Ladung selbst an, die Lieferung von Quarzsand war finanziell noch aufwendiger. Dies führte letztlich dazu, dass Konkurrenzbetriebe mit Standortvorteilen – beispielsweise aus dem Ruhrgebiet – Facharbeiter mit attraktiveren Angeboten locken konnten.⁸⁵ Tatsächlich bewirkten die Abgeschiedenheit und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Wirtschaft eine drastische Abwanderung aus dem Grenzland, sodass letztlich nicht nur in der Glasindustrie, sondern auch in vielen anderen Bereichen ein Arbeitskräftemangel zu verzeichnen war.⁸⁶ Die Landwirtschaft zum Beispiel musste wegen der Abwanderung von Arbeitskräften auf eine forcierte Mechanisierung setzen, die wiederum mit einem gesteigerten Kapitaleinsatz einherging.⁸⁷

Der Grenzort Haidmühle stellte ein drastisches Beispiel für die Entvölkerung des Grenzlandes dar. Hatte der Ort im Jahr 1946 noch 2.000 Einwohner zu verzeichnen, waren es 1959 noch lediglich 1.064. Ein Grund hierfür liegt in der Stilllegung bzw. mangelhaften Auslastung der Sägewerke, wodurch Arbeitsplätze verloren gingen. Auch hier brachte der „Eiserne Vorhang“ fatale Folgen für die Wirtschaft mit sich.⁸⁸ Seit dem Bau der Böhmerwaldbahn, die von Waldkirchen über Haidmühle nach Volary führte, wurde ein Großteil des in Haidmühle zu verarbeitenden Holzes aus Böhmen eingeführt. Mit der Schließung der Grenze kam nicht nur die ebenso für den Fremdenverkehr⁸⁹ förderliche transnationale Eisenbahn zum Stillstand, es fehlte von nun an auch das Holz jenseits der Grenze.⁹⁰ Der Zugverkehr zwischen dem Grenzdorf Haidmühle und der Stadt Waldkirchen wurde letztlich – nach

79 Vgl. Erstaunliche Leistungen in zehn Jahren, in: Passauer Neue Presse v. 01.03.1956.

80 Vgl. StA Landshut, Rep 164, Verz. 22, Nr. 4263, eingesehen in: Begegnungsraum (wie Anm. 33), <https://www.begegnungsraum-geschichte.uni-passau.de/unterrichtsmaterialien/eiserner-vorhang/sachinformationen/grenzland-bayern/> [Stand: 13.10.2020].

81 Vgl. Begegnungsraum Geschichte (wie Anm. 80).

82 Freiherr Anton von Aretin: Notstandsgebiet Niederbayern, in: Passauer Neue Presse v. 23.06.1952.

83 Vgl. Entlang der bayerischen Grenzpfähle herrscht krasse Not, in: Passauer Neue Presse v. 22.03.1950. (sowohl für den zitierten Begriff als auch für die Ausführungen); „Notstandsgebiet“ z.B. auch in MZ v. 29.10.1949 (wie Anm. 78).

84 Vgl. Gerth Scherschmidt: Die Transportfunktion der Eisenbahn in Ostbayern, in: Passauer Neue Presse v. 24.02.1961.

85 Vgl. „Glück und Glas“ aus dem bayerischen Wald, in: Passauer Neue Presse v. 29.11.1952.

86 Vgl. Informationsfahrt des Grenzlandausschusses lohnte sich, in: Passauer Neue Presse v. 16.12.1963.

87 Vgl. Kurt Viederling: Die Landwirtschaft, in: Landkreis Freyung-Grafenau (wie Anm. 5), S. 337–360, hier S. 349.

88 Bundesbahn bringt das Grenzland in Kampf Stimmung, in: Passauer Neue Presse v. 12.03.1959.

89 Vgl. Paul Praxl: „Welche Opfer haben wir dafür gebracht!“. Der Bau der Böhmerwaldbahnen, in: ders.: Der Dreiländerberg. Grenzland Bayern – Böhmen – Österreich, Grafenau 1979, S. 256–263, hier S. 261.

90 Vgl. Es gibt zu wenig Holz für den Bayerischen Wald, in: Passauer Neue Presse v. 23.08.1951.



Der stillgelegte Bahnhof in Haidmühle, 1965; das Foto zeigt außerdem die harten Winter im Unteren Bayerischen Wald.

Foto: Passauer Neue Presse v. 13. Januar 1965 (Fotograf: Schlosser); Scan: Bayerische Staatsbibliothek, 2 Eph.pol. 87 m-20,1.

einer Umstellung auf Omnibusse – ebenfalls eingestellt, die Mitarbeiter der Bundesbahn abgezogen.⁹¹ „Wir brauchen Hilfe vom Staat [...]“,⁹² lautete in Anbetracht der Abwanderung ein Appell des Bürgermeisters in der Lokalpresse im Jahr 1957, augenscheinlich höchst unzufrieden mit den bereits erbrachten Hilfeleistungen.

Denn die Bundesregierung hatte schon Anfang der 1950er Jahre begonnen, das Grenzland mit Fördermaßnahmen zu unterstützen, wobei man sich auf Artikel 120 des Grundgesetzes berufen hatte, der dem Bund die Aufwendung von Kriegsfolgelasten zuschrieb. Die 1950 gewährte „Frachthilfe Ostbayern“, welche die aufgrund der langen Transportwege anfallenden Mehrkosten abschwächen sollte, stellte eher einen Minimalkonsens dar, da sich der bayerische Bundesfinanzminister Fritz Schäffer gegen höhere Förderbeträge für sein Heimatbundesland gestellt hatte. In den Jahren 1951 und 1952 flossen Sanierungsgelder in die Notstandsgebiete. 1953 wurde schließlich der Fokus der Hilfsmaßnahmen konkret auf die Zonenrandgebiete gelegt: Auf der Grundlage des Bundestagsbeschlusses vom 2. Juli 1953 wurde ein 40 Kilometer breiter Streifen entlang der Ostgrenze der Bundesrepublik von der Ostsee bis nach Passau zum Fördergebiet erklärt.⁹³ Das Förderprogramm sah unter ande-

rem Frachthilfen für die Transportmehrkosten, steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten, Kreditförderungen sowie die Bevorzugung des Zonenrandgebiets bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vor.⁹⁴ Die Bayerische Staatsregierung war sich der Notwendigkeit staatlicher Förderungen für das Grenzland ebenso bewusst wie der Bund, schließlich hatte das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft bereits 1950 die bayerische Vertretung in Bonn um Unterstützung gebeten.⁹⁵ Man hatte erkannt – wie es dem Grenzlandbericht der Landesregierung von 1978 zu entnehmen ist –, dass „der ‚Eiserne Vorhang‘ zwischen Ost und West, [...] zu einer Umlenkung traditioneller Handelswege gezwungen und damit eine tiefgreifende Umorientierung der Wirtschaft bewirkt“⁹⁶ habe. Die massive Haushaltsnot in Bayern führte allerdings dazu, dass im Rahmen des Grenzförderungsprogramms von 1954 nur knappe Mittel in Aussicht gestellt werden konnten, die lediglich als Ergänzung zu den Bundesprogrammen fungierten.⁹⁷ Ab 1953 sollte ein Grenzlandbeauftragter die Fördermaßnahmen der einzelnen bayerischen Ministerien koordinieren.⁹⁸ Der Bayerischen Staatsregierung war es ein Anliegen, dass die bundesstaatliche Zonenrandförderung gesetzlich fixiert wurde, weshalb ein entsprechender Antrag im Bundesrat einging. Am 5. August 1971 trat schließlich nach dem Beschluss des Bundestages das „Gesetz zur Förderung des Zonenrandgebietes“ in Kraft, wodurch die Förderprogramme des Bundes nun eine gesetzliche Grundlage erhielten.⁹⁹

Zweifellos hatten die Fördergelder einen positiven Effekt auf die Entwicklung des Unteren Bayerischen Waldes in den folgenden Jahrzehnten. Das einstige „bayerische Sibirien“ befand sich im Aufwind.¹⁰⁰ Der Ausbau der Infrastruktur und die Investitionen in Freizeiteinrichtungen beförderten den Fremdenverkehr, es wurden

91 Vgl. Praxl (wie Anm. 89) und PNP v. 12.03.1959 (wie Anm. 88).

92 Rudolf Madl: Not am Eisernen Vorhang, in: Passauer Neue Presse v. 13.11.1957.

93 Vgl. Frank Altrichter: Grenzlandproblematik (nach 1918), 26.06.2013, Historisches Lexikon Bayerns, [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Grenzlandproblematik_\(nach_1918\)](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Grenzlandproblematik_(nach_1918)) [Stand: 18.10.2020].

94 Vgl. ebd. und Frank Nägele: Regionale Wirtschaftspolitik im kooperativen Bundesstaat. Ein Politikfeld im Prozeß der deutschen Vereinigung, Wiesbaden 1996, S. 52.

95 Vgl. Petra Weber: Föderalismus und Lobbyismus. Die CSU-Landesgruppe zwischen Bundes- und Landespolitik 1949 bis 1969, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hg.): Bayern im Bund, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, S. 23–116, hier S. 77.

96 Grenzlandbericht der Bayerischen Landesregierung aus dem Jahr 1978, zit. nach: Begegnungsraum Geschichte (wie Anm. 80).

97 Vgl. Altrichter (wie Anm. 93).

98 Vgl. ebd. und „Grenzlandpolitik ist stets Wirtschaftspolitik“, in: Passauer Neue Presse v. 27.07.1953.

99 Vgl. Altrichter (wie Anm. 93).

100 Vgl. Im bayerischen Grenzland geht es weiter aufwärts, in: Passauer Neue Presse v. 30.07.1964.

zahlreiche Schulen gegründet und infolge des Bedarfs an öffentlichen und privaten Gebäuden erlebte die Bauindustrie einen Aufschwung.¹⁰¹ Auch die Errichtung einer Garnison in Freyung 1960 sowie die Gründung des Nationalparks Bayerischer Wald 1970 schufen Arbeitsplätze.¹⁰² Und dennoch hatten die Kreise Grafenau und Wolfstein eine konstant hohe Arbeitslosenquote zu verzeichnen, die zwar bis 1972 abnahm, danach allerdings erneut anstieg, um 1982 drastische Ausmaße anzunehmen.¹⁰³ Sicherlich mag diese Situation nicht nur monokausal durch die hermetische Abgrenzung Osteuropas zu erklären sein, schließlich brachten auch die traditionell schweren klimatischen Bedingungen, die sich in langen Winter äußerten, Erschwernisse für den Sommertourismus¹⁰⁴ und das Baugewerbe mit sich. Zweifellos war jedoch die Strukturschwäche der Region zu einem Großteil dadurch bedingt, dass man kein Hinterland hatte und Betriebe aufgrund dieses Standortnachteils oftmals vor einer Niederlassung im Grenzgebiet absahen. Auch noch in den 1980er Jahren blieb daher vielen Arbeitssuchenden keine andere Möglichkeit, als lange Pendelstrecken in Kauf zu nehmen. Der Untere Bayerische Wald reagierte weiterhin sensibel auf Konjunkturschwankungen, er hatte besonders unter den Importen aus Niedrigpreisländern aus dem Osten zu leiden und seine Steuerkraft blieb gering.¹⁰⁵

Zwar mag der südliche Wald die ihm zugedachte staatspolitische Aufgabe, ein vorzeigbares Schaufenster des Westens für den Nachbarn zu sein, gemessen an den wirtschaftlichen Zuständen jenseits der Grenze erfüllt haben,¹⁰⁶ in Relation zu den anderen Regionen Bayerns und der Bundesrepublik Deutschland hatte er aber mit großen wirtschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen.

101 Vgl. ebd. und Otto Zuppinger: Die Wirtschaft, in: Landkreis Freyung-Grafenau (wie Anm. 5), S. 309–336, hier S. 313.

102 Vgl. Der Landkreis Wolfstein meistert seine politische Aufgabe, in: Passauer Neue Presse v. 24.02.1961 sowie Egon M. Binder/Norbert Peter: Bayerwald-Nationalpark Vorbild für den ersten Nationalpark Thüringens, in: Passauer Neue Presse v. 28.10.1997.

103 Vgl. Zuppinger (wie Anm. 101), S. 311 f., sowie Wetter bremst Arbeitsmarkt-Talfahrt leicht ab. Trotzdem sind über 12000 Menschen ohne Job, in: Passauer Neue Presse v. 10.12.1997.

104 Vgl. PNP v. 24.02.1961 (wie Anm. 102).

105 Vgl. Zuppinger (wie Anm. 101), S. 311 ff. Auf die Probleme der Bauindustrie wird auf S. 314 eingegangen.

106 Vgl. z.B. PNP v. 24.02.1961 (wie Anm. 102).



Der Grenzübergang in Philippsreut wird für einen Holztransport geöffnet, 31. Mai 1966.
Foto: Sammlung Gemeinde Philippsreut

Der Fall des „Eisernen Vorhangs“

Bevor der „Eiserne Vorhang“ 1990 fiel, hatte es im Unteren Bayerischen Wald immer wieder leichte Anzeichen einer Lockerung der Abschottung seitens der Tschechoslowakei gegeben – diese leichte „Aufweichung“ der Grenze hatte vor allem wirtschaftliche Gründe.

So war aufgrund wirtschaftlicher Motive die Grenze bei Haidmühle und Finsterau ab 1958 bzw. 1962 zumindest teilweise geöffnet, da es für die Tschechen rentabler war, den Wald an der Grenze vom Nachbarn durchforsten zu lassen.¹⁰⁷ Der Grenzübergang Philippsreut wurde Ende der 1960er Jahre für Holztransporte freigegeben und nach dreijährigen Verhandlungen im September 1971 für den Reise- und Güterverkehr geöffnet. Die Zahl der passierenden Fahrzeuge war noch überschaubar, schließlich war die Ausreise sowohl aus der Tschechoslowakei als auch aus der Bundesrepublik Deutschland mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden. Immerhin fuhren in den ersten Tagen nach dieser Grenzöffnung ca. 30 Fahrzeuge über die Grenze in Philippsreut. Mit dem Andrang, der nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und dem Wegfall der Visumpflicht zum 1. Juli 1990 eintrat, war dies nicht zu vergleichen. Im zweiten Halbjahr passierten 3.704.882 Reisende den Grenzübergang.¹⁰⁸

107 Vgl. Deutsche Arbeiter schlagen tschechisches Holz, in: Passauer Neue Presse v. 10.12.1958 und Am Grenzstein 6/3 hat der Eiserne Vorhang ein Loch, in: Passauer Neue Presse v. 03.12.1962.

108 Vgl. Wilhelm (wie Anm. 40), S. 317–325.



Stau am Grenzübergang Philippsreut, Juli 1990
Foto: aus dem Buch „Pfarrgemeinde Kuschwarda im Böhmerwald“, Offsetdruck – Verlag H. Dorfmeister, Tittling 1996, S. 341



Großer Andrang bei einem Kennenlerntreffen zwischen den Gemeinden Philippsreut und Strážný, Juli 1990
Foto: Bernhard Ilg

Der Durchgangsverkehr war für Philippsreut so belastend, dass eine Umgehungsstraße gefordert wurde. Auch die Zollbeamten kamen an ihre Belastungsgrenzen, schließlich hatten sie an alle Bürger der ČSFR, die nach dem Einkauf in Bayern in ihre Heimat zurückfuhr, die Mehrwertsteuer rückzuerstatten.¹⁰⁹

In der bayerischen Wirtschaft bewirkte der Fall des „Eisernen Vorhangs“ nicht nur eine Aufbruchsstimmung, man fürchtete auch eine zunehmende Arbeitslosigkeit aufgrund günstigerer Arbeitskräfte aus Tschechien, einen größeren Konkurrenzdruck mit den östlichen Firmen, die niedrigere Produktionskosten zu tragen hatten, sowie eine Abwanderung bayerischer Betriebe.¹¹⁰ Tatsächlich bewahrheitete sich in den darauffolgenden Jahren die Produktionsverlagerung einiger Betriebe, die Zweigstellen ermöglichten aber zum Teil den Fortbestand der Firma in Bayern, da so wichtige Zulieferprodukte günstig produziert werden konnten.¹¹¹ Darüber hinaus konnten viele Betriebe in Tschechien auch schnell den dortigen Absatzmarkt für sich nutzen und wurden zum Teil sogar Marktführer in ihrer Sparte.¹¹² Sicherlich

spielte im Gegenzug für viele Betriebe der östliche Absatzmarkt ebenso eine geringe Rolle wie auch grenzübergreifende Handelsbeziehungen. Dieses ambivalente Gesamtbild hat sich auch durch den EU-Beitritt der Tschechischen Republik 2004 nicht grundlegend geändert.¹¹³

Auch auf den Tourismus hatte die Öffnung der abgeriegelten Grenze eine deutliche Wirkung. So konnte der Landkreis Freyung-Grafenau in den Jahren von 1992 bis 1994 Rekordzahlen in den Übernachtungen verzeichnen,¹¹⁴ woran die Besucher aus Tschechien gewiss einen großen Anteil hatten.¹¹⁵ Zwar waren insgesamt die Übernachtungszahlen ab dem Boomjahr 1992 wieder rückläufig, die tschechischen Nachbarn trugen aber mit steigender Kaufkraft der Tschechischen Republik als Tagestouristen erheblich zum Umsatz von Freizeiteinrichtungen im bayerischen Grenzland bei. 2005 machten im Grenzdorf Philippsreut Touristen aus dem Nachbarland bereits 30 Prozent der Besucher aus, vor allem das Skizentrum Mitterdorf war bei den tschechischen Nachbarn beliebt¹¹⁶ – und ist es noch heute.

109 Vgl. 600 000 Reisende: Rekord im Reiseverkehr, in: Passauer Neue Presse v. 31.07.1990.

110 Vgl. Melanie Bäumel-Schachtner: Verbinden, was getrennt war, in: Passauer Neue Presse v. 11.11.2019 und Altrichter (wie Anm. 93).

111 Vgl. Günstige Zuliefer-Produktion in Tschechien, in: Passauer Neue Presse v. 08.12.1999.

112 Vgl. Thilo Großer: Vorhang auf, in: Neuland 2/1 (2008), S. 138–145, <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-neuland/geh-weiter/vorhang-auf> [Stand: 29.10.2020] und Neue Ostmärkte: „Fast jede Firma kann sich ein Stück vom Kuchen abschneiden“, in: Passauer Neue Presse v. 03.04.2004.

113 Vgl. hierzu die Studie von Johannes Müller, bei der die zugrundeliegende Stichprobengruppe auch Betriebe aus dem Landkreis Freyung-Grafenau enthält, S. 183 f., Johannes Müller: Wirtschaftliche Integration in grenznahen Räumen. Eine Untersuchung anhand der bayerisch-böhmischen Grenzregion, Hamburg 2013.

114 Vgl. Das Ende der touristischen Pionierarbeit, in: Passauer Neue Presse v. 26.03.2013.

115 Vgl. Haselberger (wie Anm. 51): „Weil sehr viele der Leute gekommen sind, äh, die mal rüber schauen wollten [...]“

116 Vgl. Doris Löw: Tschechen haben den Bayerwald-Urlaub entdeckt, in: Passauer Neue Presse v. 05.01.2005.



Feierlichkeiten zur Wiedereröffnung des Grenzübergangs Finsterau–Bučina am 1. August 1991; der Bürgermeister der Gemeinde Mauth-Finsterau, Leopold Graf, spricht vor böhmischen Politikern seine Hoffnung auf eine künftige Versöhnung der Nachbarn und eine Wiederbelebung des Goldenen Steiges aus. Foto: Passauer Neue Presse v. 2. August 1991 (Fotograf: Peter Püschel); Scan: Bayerische Staatsbibliothek, 2 Eph.pol. 95 g-1991,7-9.

Mit dem Jahr 1990 setzte auf kommunalpolitischer Ebene ein grenzübergreifendes Arbeiten ein. Vertreter der Grendörfer Mauth auf bayerischer und Kvilda auf tschechischer Seite trafen sich bereits im September 1990 zu einem Austausch.¹¹⁷ Später fanden regelmäßige Bürgermeistertreffen der deutschen und tschechischen Grenzgemeinden statt, etwa um die Öffnung von grenzübergreifenden Wanderwegen durchzusetzen.¹¹⁸ Es existieren mittlerweile zahlreiche Partnerschaften zwischen deutschen und tschechischen Gemeinden, die regelmäßig gemeinsame Projekte anstoßen. Unterstützt werden sie dabei von der 1993 gegründeten Euregio Bayerischer Wald – Böhmerwald – Unterer Inn, die grenzüberschreitende Kontakte und Kooperationen fördert. Der kommunale Verband bezuschusste beispielsweise den europäischen Pilgerweg Via Nova,¹¹⁹ der von Vilshofen bis nach

Příbram führt und so eine alte Pilgerroute wieder aufleben lässt. In vielen weiteren Bereichen wie in der Musik, im Sport und in der Bildung in Form von Schulkooperationen oder in der Zusammenarbeit der Nationalparke Bayerischer Wald und Šumava zeigt sich der Wandel von der maximal verhärteten Grenze vor 1990 hin zu einer weichen Grenze.

Und dennoch: Der „Eiserne Vorhang“ und die damit ausbleibenden Kontakte hatten zu nachhaltigen Vorurteilen geführt, die sich 1990 nicht einfach auflösten. Man sah sich nun mit einer neuen, ungewohnten Situation konfrontiert, in der die ideologische Bipolarität plötzlich nicht mehr gegeben und der Kontakt mit dem fremden Nachbarn möglich war.¹²⁰ Der Neugierde nach neuen Kontakten standen abschreckende Gerüchte gegenüber. Man schrieb dem Nachbarland unter anderem eine hohe Kriminalität zu¹²¹ – ein Stereotyp, das sich auch bei der Abschaffung der Personenkontrollen an der Grenze 2008 zeigte: Auf deutscher Seite hatte man Angst davor, dass nun auch die Kriminalität im bayerischen Grenzland

117 Vgl. Begegnungsraum Geschichte (wie Anm. 33), https://www.begegnungsraum-geschichte.uni-passau.de/fileadmin/dokumente/projekte/region/Dokumente/Grenze/0_Leben_entlang_der_Grenze_Gesamt.pdf [Stand: 03.11.2020].

118 Vgl. Ruth Schedlbauer: Deutsche und Tschechen setzen gemeinsam ein Zeichen für die Öffnung des Übergangs, in: Passauer Neue Presse v. 02.10.2000.

119 Vgl. Jens Schörnich: „Damit wird die Via Nova aufgewertet“, in: Passauer Neue Presse v. 20.09.2012.

120 Vgl. Eisch-Angus (wie Anm. 77), S. 118.

121 Vgl. z.B. Als aus Fremden Nachbarn wurde, in: Passauer Neue Presse v. 01.11.2019.



Der wegen der Covid-19-Pandemie vorübergehend gesperrte Grenzübergang zwischen Finsterau und Bučina, 27. Mai 2020
Foto: Markus Baar

zunehmen werde.¹²² Um die beiderseits bestehenden Vorurteile abzubauen – in Tschechien werden die Deutschen oftmals für arrogant gehalten¹²³ –, muss dauerhaft an der Überwindung der Sprachbarriere gearbeitet werden. Mangelnde Sprachkenntnisse hemmen nicht nur den Kontakt, sie sorgen auch in der Wirtschaft sowie auf kommunalpolitischer Ebene zum Teil noch für Berührungängste.¹²⁴ Die alltägliche Grenzüberschreitung könnte durch eine Verbesserung der Infrastruktur zwischen dem Unteren Bayerischen Wald und Südböhmen befördert werden. So gibt es auch dreißig Jahre nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ noch keine regelmäßige durchgängige Bus- und Zugverbindung zwischen dem Unteren Bayerischen Wald und Südböhmen.¹²⁵ Im Bereich des Tourismus

122 Vgl. z.B. Annette Nigl: Näher betrachtet, in: Passauer Neue Presse v. 17.01.2009.

123 Vgl. PNP v. 01.11.2019 (wie Anm. 121).

124 Auch Müller (wie Anm. 113) thematisiert das Problem der Sprachbarriere.

125 Das aktuelle Projekt „Grenzüberschreitender Verkehr Niederbayern – Südböhmen – Pilsen“ versucht hier Abhilfe zu schaffen, indem es einen Fokus auf die Verbesserung des ÖPNV an den Grenzübergängen (u.a. Philippsreut, Haidmühle, Finsterau) legt; vgl. hierzu Melanie Schachtel Bäumer: Zusage für drei weitere Jahre, in: Passauer Neue Presse v. 05.11.2020.

Derzeit kann die Ilztalbahn für den grenzüberschreitenden Tourismus genutzt werden, allerdings verkehrt diese nur zeitweise und muss z.T. mit einem Bus kombiniert werden.

wären umfassende gemeinsame, grenzübergreifende Konzepte anzudenken.¹²⁶

Vor dem Hintergrund des dauerhaft notwendigen Prozesses der Kontaktintensivierung sind die im Zuge der Covid-19-Pandemie seit März 2020 veranlassten vorübergehenden Schließungen der Grenzübergänge beziehungsweise Einschränkungen des Übertritts mit Sorge zu betrachten. Davon sind zum einen rund 1.300 tschechische Pendler, die im Landkreis Freyung-Grafenau beschäftigt sind, sowie 2.220 Pendler aus dem Nachbarland, die im Landkreis Passau arbeiten, direkt betroffen,¹²⁷ zum anderen werden bayerisch-tschechische Kooperationsprojekte beeinträchtigt – sicherlich: mit dem Ziel, die Pandemie einzudämmen. Es bleibt zu hoffen, dass durch diese vorübergehenden Maßnahmen

126 Vgl. Jutta Poth: Zeitzeugen erinnern sich, in: Passauer Neue Presse v. 06.05.2019: Zielsetzung des Eurgio-Geschäftsführers.

Im Jahr 2010 machte Hannes Burger eine sehr kritische Bestandsaufnahme von der grenzübergreifenden Zusammenarbeit des Unteren Bayerischen Waldes und Südböhmens, wobei neben der Sprachproblematik u.a. die Bereiche Tourismus und Infrastruktur thematisiert wurden: Hannes Burger: Sprachlos zwischen München und Prag, Bayerische Staatszeitung v. 08.01.2010, <https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/wirtschaft/detailansicht-wirtschaft/artikel/sprachlos-zwischen-muenchen-und-prag.html#topPosition> [Stand: 03.12.2020].

127 Vgl. Lena Auzinger: Bereits 2767 Corona-Tests in Philippsreut, in: Passauer Neue Presse v. 03.11.2020.



Ein Bild mit Symbolkraft im „Jagd Land Fluss“-Museum in Freyung: Ein Elch durchschreitet einen Vorhang. Tatsächlich sind seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ vereinzelt wieder Elche – die im Gegensatz zu den Hirschen wohl nicht an der Grenzlinie halten – in den Bayerischen Wald zurückgekehrt.
Foto: Jo Fröhlich, Wolfgang Bäuml

nicht bereits überwundene Ressentiments aktiviert oder bestehende Vorbehalte und Vorurteile befeuert werden, sondern beiderseits der Grenze vielmehr der Wert des alltäglichen Übertritts noch mehr geschätzt und noch intensiver an einer Annäherung gearbeitet wird. Denn auch wenn seit 1990 das Passieren der Grenze wieder – wie vor der maximalen Verhärtung nach dem Zweiten Weltkrieg – alltäglich geworden ist und grenzübergreifende Kontakte gepflegt werden: Eine harte Grenze in den Köpfen ist bei vielen Grenzlandbewohnern bestehen geblieben.

Ein Phänomen, das sich im Übrigen auch bei den Hirschen zwischen Kubani und Lusen beobachten lässt: Laut einer Studie stoppen diese noch immer instinktiv an der Stelle, an der früher der „Eiserne Vorhang“ verlief.¹²⁸ ▲

128 Vgl. Hirsche stoppen am früheren Eisernen Vorhang, in: Welt.de, 22.01.2014, https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wissenschaft_nt/article124121399/Hirsche-stoppen-am-frueheren-Eisernen-Vorhang.html [Stand: 07.11.2020].

Diese ironische Analogie findet sich bezüglich des Zusammenwachsens der neuen und alten Bundesländer auch bei Monika Franz: Die „Mauer in den Köpfen“. Zur Aktualität eines schwer fassbaren Topos, in: Einsichten und Perspektiven 3 (2015), S. 72–75.

Empfehlungen:

Das Projekt „Begegnungsraum Geschichte – außerschulische Lernorte in der bayerisch-böhmischen Grenzregion“ der Universität Passau und der Südböhmischen Universität in Budweis bietet u.a. umfassende Materialien für den Geschichtsunterricht in der Grenzregion:

<https://www.begegnungsraum-geschichte.uni-passau.de/startseite/> [Stand: 16.11.2020].

Die BLZ-Publikation „Deutsche und Tschechen. Landsleute und Nachbarn in Europa“ wirft einen Blick auf gemeinsame, aber auch trennende Facetten der Geschichte.

Sie können den Sammelband im BLZ-Bestellportal erwerben: www.bestellen.bayern.de



Grundwehrdienst in der Nationalen Volksarmee und in den Grenztruppen in der „Wende“-Zeit – Erkenntnisse aus Gesprächen mit Zeitzeugen

von Walter Graßmann



Parade der Nationalen Volksarmee anlässlich des 40. Jahrestages der DDR am 7. Oktober 1989
Foto: ullstein bild/Fotograf: Ulrich Baumgarten

Grundwehrdienstleistende konnten in der DDR entweder zur NVA mit ihren etwa 180.000 Mann oder zu den 48.000 Mann starken Grenztruppen eingezogen werden. Im Rahmen der seit 1962 geltenden Wehrpflicht leisteten junge Männer dort einen 18 Monate dauernden Dienst ab. Die beiden bewaffneten Organe unterstanden dem Minister für Nationale Verteidigung.¹

Bei den geführten Interviews handelt es sich um Gespräche mit Wehrpflichtigen, die ihren Wehrdienst 1989/90 ableisteten, und zwar in der NVA, in den Grenztruppen der DDR sowie zunächst in der NVA und dann in der Bundeswehr. Sie erlebten in mehrfacher Hinsicht eine Zeitenwende – einerseits den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung, andererseits den sich daran anschließenden Wandel und die Auflösung von NVA und Grenztruppen. Zudem geben sie Informationen aus dem Alltag der Wehrpflichtigen sowie aus ihrem Familienumfeld und über die unterschiedlichen Bildungs(um)wege.

Im Rahmen dieses Oral-History-Projekts finden weniger prominente Zeitzeugen Gehör. Das individuelle Erlebnis des oder der Einzelnen oder kollektive Erfahrungen ganzer Gruppen, z. B. Arbeiter, Migrant*innen oder eben wie hier Wehrpflichtige in der DDR, stehen dabei im Mittelpunkt der historischen Forschung.²

Vor diesem alltagsgeschichtlichen Ansatz darf nicht vergessen werden, dass die DDR-Führung mit Hilfe der bewaffneten Organe ihren Machtanspruch auch nach innen sichern wollte. Dabei sollten auch Wehrpflichtige zum Einsatz kommen. So gab es noch am 10. November 1989 im Nationalen Verteidigungsrat unter der Leitung von Generaloberst Fritz Streletz, Chef des Hauptstabs der Landstreitkräfte der NVA, die Diskussion, die Lage an der Staatsgrenze der DDR z. B. durch den Einsatz von Truppen der 1. Mot.-Schützendivision wieder unter Kontrolle zu bringen und die Grenze zu schließen. Reguläre Kampfeinheiten der NVA wurden für den Kampf im Inneren vorbereitet und mit zusätzlicher Munition ausgerüstet. Letztlich aber wurde am 11. November 1989 von

diesem Einsatz abgesehen.³ Bei den vorliegenden Interviews finden sich zumindest Anklänge an die innere Krise im Herbst 1989, und zwar dann, wenn es um besondere Wachmaßnahmen in den Kasernen geht.

Aufbauend auf Aleida Assmann kann man im Sinne von Gerhard Henke-Bockschatz⁴ Zeugenschaft in drei Formen untergliedern: Ein Augenzeuge berichtet zu einem bestimmten Ereignis aus erster Hand. Zeitgenossen erleben ein Ereignis zeitgleich, aber nur medial vermittelt mit, z. B. durch Zeitungsberichte oder Erzählungen. Ein Zeitgenosse kann aber über die damaligen Lebensumstände mit Hilfe von persönlichen Erlebnissen berichten. Ein Zeitzeuge wiederum ist sowohl Augenzeuge als auch moralischer Zeuge: Er bestätigt ein bestimmtes Ereignis, das er persönlich erlebte. Außerdem bezeugt er durch seine Aussagen sein richtiges Verhalten, z. B. unter den widrigen Bedingungen einer Diktatur.

Die drei Befragten deuten unterschiedliche Prägungen an: Zeitzeuge A ist bereits lange vor dem Wehrdienst politisch sensibilisiert und kritisch eingestellt, Zeitzeuge B vermittelt im Hinblick auf die Reformen Gorbatschows und auf die Kommunalwahlen 1989 einen eher unpolitischen Eindruck, während Zeitzeuge C einerseits aus einer Familie mit starken Bezügen zur NVA und zur SED stammt, andererseits in der Wendezeit problematische Zustände differenziert wahrnimmt. Ironischerweise leistet C nach dem 3. Oktober 1990 einen Teil seines Wehrdienstes in der Bundeswehr ab, also in der Armee des ehemaligen Klassenfeindes.

Aktivitäten des Neuen Forums bzw. Demonstrationen im Herbst 1989 finden ihre unterschiedlich deutlichen Niederschläge in den Aussagen der Zeitzeugen A, B und C. So werden z. B. besondere Aktivitäten bzgl. der Bewachung

1 S. Rüdiger Wenzke: Von der Parteiarmee zur Volksarmee? Die NVA und die Grenztruppen der DDR in Krise und Umbruch, in: „Damit hatten wir die Initiative verloren“. Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/90 (Militärgeschichte der DDR, Bd. 23), Berlin 2014, S. 43, S. 56 und S. 58, sowie Wolfgang Grandhagen: Von der Grenzpolizei zu den Grenztruppen der DDR, Berlin 2004, S. 297.

2 S. Christian Heuer: Personalisierung, in: Ulrich Mayer/Hans-Jürgen Pandel/Gerhard Schneider/Bernd Schönemann (Hg.): Wörterbuch Geschichtsdidaktik, Schwalbach am Taunus 2006, S. 139 f.

3 S. Wenzke (wie Anm. 1), S. 73 ff.

4 S. Gerhard Henke-Bockschatz: Oral History, Frankfurt am Main 2014, S. 17 ff; s. Ulrich Baumgärtner: Wegweiser Geschichtsdidaktik. Historisches Lernen in der Schule, Paderborn 2015, S. 121 ff., sowie Rolf Koerber: Wie man Zeitzeugen auswählt und mit ihnen umgeht, in: Geschichte lernen 76 (2000), S. 27.



Rekruten der NVA im Juni 1990 auf dem Truppenübungsplatz Haide (DDR)
Foto: ullstein bild/ADN-Bildarchiv

der Kasernen erwähnt. A und C erleben den Mauerfall als Zeitgenossen, die von dem Ereignis medial erfahren – als Gerücht bzw. als Erzählung. Zeitzeuge B kann als Augenzeuge gelten, da er als Angehöriger eines Bautrupps unmittelbar vor Ort ist, als Lücken für neue Grenzübergangsstellen in die Berliner Mauer gerissen werden, verbindet dies aber mit einer interessanten Variante der Datierung, die trotz Hinweise auf den Forschungsstand verteidigt wird.

Der Zeitzeuge B erwähnt, – im Zuge einer „moralischen Zeitzeugenschaft“ nach Henke-Bockschatz –, dass sie zwar den Einsatz der Schusswaffe nicht grundsätzlich ablehnten, aber an der Grenze der DDR wiederum keinesfalls schießen wollten. Zudem wird bei A der Wille zum Widerspruch deutlich, und zwar in Situationen, die als ungerecht empfunden werden.

Alle drei Interviewpartner erlebten die Verkürzung der Wehrdienstzeit und die umfangreichen Veränderungen in den Verbänden. So ergaben sich zahlreiche Erleichterungen für die Wehrpflichtigen, z. B. Lockerungen bei der Uniformtragepflicht oder die freie Wahl von Interessensvertretern: Zeitzeuge A und C übten das neue Amt des Soldatensprechers aus.



Öffentlicher Fahneid der NVA in den 1980er Jahren
Foto: ullstein bild/Fotograf: Wiezorreck

Erzählte Geschichte gilt für Jugendliche und auch für Erwachsene als besonders attraktiv: Im Jubiläumsjahr der Wiedervereinigung warteten verschiedene Gedenkstätten mit umfangreichen Zeitzeugenangeboten auf. Zudem hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien kürzlich das Koordinierende Zeitzeugenbüro für Zeitzeugen zu DDR-Themen als Angebot der politischen Bildung für verschiedene Stiftungen eingerichtet.

In Bayern sind die Schülerinnen und Schüler zu Beginn der 11. Jahrgangsstufe etwa 16 Jahre alt. Der Fall der Mauer liegt bereits über 30 Jahre zurück, die Aussetzung der Wehrpflicht immerhin schon zehn Jahre. Zeitzeugen bieten einen unmittelbaren Zugang zu diesen verblässenden Lebenswelten. Zudem ist dieser Ansatz lehrplanrelevant. Im derzeit noch gültigen Teil des Lehrplans Geschichte im achtjährigen Gymnasium zählt in der 9. Klasse das Bewerten von Zeitzeugenbericht zum Grundwissen. In der 11. Jahrgangsstufe setzen sich die Schülerinnen und Schüler laut Lehrplan⁵ mit der Geschichtserinnerung an die DDR, sowie auch mit Zeitzeugen, auseinander.

Die Interviews wurden anhand von Leitfragen durchgeführt. Die daraus entstandenen Gespräche brachte der Autor zunächst in Reinschrift, dabei erfolgte eine behutsame Ergänzung durch Verweise auf die Forschungsliteratur. Dann wurden die Texte von den Zeitzeugen im Rahmen der Autorisierung berichtigt und ergänzt. Alle drei Zeitzeugen nahmen das Angebot, anonym zu bleiben, an.

.....
5 S. Abschnitt G 11.2.4 – Problematik, Lehrplan Geschichte, Gymnasium Bayern.

Wegen des Umfangs der Interviews wird an dieser Stelle nur eines in voller Länge veröffentlicht. Die Interviews mit den Zeitzeugen B und C können auf der Webseite der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit in voller Länge eingesehen werden: www.blz.bayern.de/Einsichten+Perspektiven 4/2020.

Kurzbiographie des Zeitzeugen A

„[...] Sonst wäre es das für mich in der DDR gewesen.“

Jahrgang 1967, aufgewachsen in der Lausitz in einer sorbisch und katholisch geprägten Familie, erst nach direkter Eingabe an Margot Honecker zum Abendabitur zugelassen, Wehrpflichtiger 1989/90 in einem Pionierbaubataillon der NVA, Soldatensprecher, verweigert dann den Wehrdienst.

Gespräch mit Zeitzeuge A, der 1989/90 seinen Wehrdienst in der NVA ableistete⁶

Schildern Sie uns bitte, wie Sie aufgewachsen sind!

Zeitzeuge A: Ich wurde 1967 geboren und bin in der Lausitz aufgewachsen. Mein Vater war Lehrer, meine Mutter hat in der Verwaltung gearbeitet. Ich habe einen Bruder und eine Schwester. Meine Eltern arbeiteten viel, verdienten aber nicht besonders viel.

Boten sich keine beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten?

Zeitzeuge A: Doch! Meine Eltern haben später ihre Berufe aufgegeben und führten verschiedene Gastwirtschaften. Das war wieder mit sehr viel Arbeit verbunden. Aber ihr Verdienst stieg deutlich an. Seitdem gab es immer ohne Limitierung Bohnenkaffee bei uns – ein teures Vergnügen in der DDR.⁷ Die Eltern kauften eine ehemalige Gärtnerei, 8000 qm. Einen Teil des dort Angebauten haben sie für die Gastwirtschaften verwendet. Wir hielten immer mehrere Schafe.

6 Das Gespräch wurde am 28. Juli 2020 geführt.

7 Die hohen Kosten für den Import für Kaffee führten 1977 zur sogenannten Kaffeekrise und zur Einführung eines ausgesprochen unbeliebten Mischkaffees sowie zur massiven Angebotsverknappung. S. Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, Berlin 2009, S. 278 ff.



Wehrdienstausweis von Zeitzeuge A
Foto: privat

Warum gleich dieser radikale Wechsel?

Zeitzeuge A: Gastwirtschaften wurden teilweise wie ein Privatbetrieb mit allen Vor- und Nachteilen geführt, es gab aber in jeder Hinsicht etwas mehr Freiraum für individuelle Gestaltung – in einer Gängeldiktatur ein unschätzbare Wert. Neben den Verdienstmöglichkeiten war vor allem die Gängelung im Lehrerberuf ein Grund für den Wechsel. So trug mein Vater Anfang der 70er einen Vollbart, was als Provokation aufgefasst wurde und zu Diskussionen mit dem Kreisschulrat etc. führte.

Gab es bestimmte politische Prägungen in Ihrer Familie?

Zeitzeuge A: Wir stammen eigentlich aus einem eher dörflichen Milieu, das überwiegend katholisch und sorbisch geprägt war. Allerdings zählen wir zu einem sehr weit verbreiteten, bunten Familienverband. Ich würde meine Familie in politischer Hinsicht als dem Staat gegenüber ablehnend, aber nicht oppositionell beschreiben. So gingen meine Eltern viele Jahre nicht mehr zu den sogenannten Wahlen. Die Wahlhelfer klingelten immer bei uns an der Tür und wollten sie umstimmen, was nicht gelang. Da konnte mein Vater sehr stur sein. Eine Gastwirtschaft war dann ein Stammtisch für Ausreisende, was natürlich auch nicht gerne gesehen war.

Bot die große Familie Rückhalt?

Zeitzeuge A: Ja. Zu unserem letzten Familientreffen vor einigen Jahren waren 130 Verwandte eingeladen, es kamen immerhin rund 90, auch aus dem Ausland. Alle stammen in direkter Linie von meiner sorbischen Großmutter mütterlicherseits ab, meiner Lieblingsoma.



Zweisprachiges Straßenschild (deutsch/sorbisch) in Bautzen
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Peter Probst



Sorbische Trachten beim Trachtentanzfest 2015 in Luebben
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Jochen Eckel

Welche Rolle spielte diese sorbische Großmutter?

Zeitzeuge A: Sie kam vom Dorf und sprach noch sorbisch, meine Eltern auch, aber nur, wenn sie sich innerhalb der Familie unterhielten. Oder wenn wir Kinder etwas nicht verstehen sollten. Ich spreche kein Sorbisch, ich verstehe es auch nicht und ich empfinde mich auch nicht mehr als sorbisch. Ich sehe mich eher als Deutschen mit sorbischen Wurzeln. In den deutschen Dörfern waren die Sorben zu DDR-Zeiten übrigens nicht besonders angesehen. Ich kann mich daran erinnern, dass wir auf dem Schulweg deswegen von anderen Kindern beschimpft wurden.

Inwiefern galt diese Prägung für den Rest der Familie?

Zeitzeuge A: Zwei meiner Tanten sind in den 50ern in den Westen geflohen. Außerdem sind noch andere Familienangehörige ausgewandert. Die Repressionen waren ziemlich belastend, ich habe das System der DDR sehr früh abgelehnt, sicherlich auch, weil mein Umfeld dem Staat ablehnend, wegen der permanenten Gängelung, gegenüberstand. Bei uns in der Familie gab es keine Parteianghörigen, bis auf eine Ausnahme.

Was ist unter der Ausnahme zu verstehen?

Zeitzeuge A: Einer meiner Onkel ist aus der Kirche aus- und in die SED eingetreten. Ohne Parteibuch konnten leitende Positionen in der DDR eigentlich nicht erreicht werden. Das ist wieder das große Dilemma, wie man ein individuelles Leben in einer Diktatur gestalten kann. Meine Oma war da wohl sehr traurig in der Situation, wenn ich das richtig verstanden hatte.

Wie sah Ihre Ausbildung aus?

Zeitzeuge A: Ich habe die Schule ganz normal absolviert, zehn Jahre lang. Danach erhielt ich meine erste Ausbildung, ich wurde 1985 Agrotechniker für Pflanzenbau. Die Tätigkeit sagte mir aber auf Dauer nicht zu. Auch so war ich, wegen der politischen Verhältnisse, ziemlich unzufrieden. Ich habe dann versucht, das Abitur nachzuholen. Damit wollte ich mir die Möglichkeit für ein Studium eröffnen. Als Überbrückung vor dem Abitur und dem Studium arbeitete ich erst im Tagebau und dann im Landschaftsbau und absolvierte einen weiteren Abschluss als Gartenbaufacharbeiter. Im Tagebau wurde Ton abgebaut. Das bedeutete Schichtdienst, echt anstrengend.

In welche Fachrichtung sollte das Studium gehen?

Zeitzeuge A: Bauingenieur. Mein Antrag auf Zulassung zur Abendschule ging nach der Ablehnung durch die Schule und einer sogenannten Eingabe zum Kreisschulrat. Dort wurde er aber auch abgelehnt.

Wie kamen Sie dann doch noch zu Ihrem Abitur?

Zeitzeuge A: Ich war so frustriert, dass ich meinen ganzen Mut zusammennahm und eine weitere Eingabe schrieb, direkt an Margot Honecker, die Bildungsministerin. Sinngemäß schrieb ich, dass dies mein letzter Versuch sei, sonst wäre es das für mich in der DDR gewesen.

Das klingt forsch. Was geschah dann?

Zeitzeuge A: Ja, das war aufmüpfig. Ein oder zwei Tage vor Beginn des nächsten Kurses für das Abendabitur erhielt mein damaliger Arbeitgeber einen Telefonanruf. Ich wurde tatsächlich zugelassen. Es folgte ein halbjähriger Vorbereitungskurs, dann gab es zwei Jahre den Lehrgang für das Abendabitur, das ich schließlich auch bestand. Wir waren anfangs 30, von denen nur zwölf bis zum Schluss im Jahre 1989 erfolgreich durchhielten.

Vertrugen sich die beiden parallel laufenden Ausbildungswege überhaupt?



Margot Honecker (1927–2016), Frau von Erich Honecker, Mitglied des Zentralkomitees der SED und Volksbildungsministerin der DDR, auf dem Pädagogischen Kongress in der Werner-Seelenbinder-Halle in Ostberlin am 1. Mai 1970

Foto: ullstein bild/ADN-Bildarchiv

Zeitzeuge A: Es war anstrengend, aber wenn man diszipliniert war, boten sich im Arbeitsleben der DDR gewisse Möglichkeiten. Die „Produktivität“ in der DDR erlaubte mir öfters das Vokabellernen oder anderes während der Arbeitszeit.

War das Ihre persönliche Wende?

Zeitzeuge A: Zumindest hat es mir eine interessante Perspektive eröffnet. Einen Ausreiseantrag stellte ich nicht.

Wie haben Sie die Jahre 1989/90 erlebt?

Zeitzeuge A: Nachdem es in Leipzig am 4. September mit den Montagsdemos losging, wollten wir in der Lausitz auch etwas machen. Es gab eine Einladung in die Maria-und-Martha-Kirche, alles war eher vorsichtig formuliert, es ging bei dieser Veranstaltung ganz viel um friedliche Umgestaltung, aber es war neben dem Wunsch nach Aufbruch auch sehr viel Angst zu spüren. Der Erste aus dem Publikum, der ans Mikrophon durfte, rief im Sinne der neuen Offenheit dazu auf, dass jeder, der einen Wortbeitrag habe, seinen vollen Namen nennen solle.

Was ist dagegen einzuwenden?

Zeitzeuge A: Aus der heutigen Sicht bin ich davon überzeugt, dass das ein abgekartetes Spiel der Stasi war. Wir waren sehr naiv. Als ich ans Mikro kam, rief ich zu einem öffentlichen Protest für Veränderung auf, dass wir aus der

Kirche raus auf die Straße vor das Rathaus oder so ziehen sollten. Kurz darauf bekam ich einen Zettel zugesteckt. Die Botschaft lautete ungefähr so, dass ich mit meinen Forderungen alles kaputt machen würde und aufhören solle. Ich war ziemlich erschrocken und tatsächlich still. Heute bin ich überzeugt, dass der Zettel von einem Stasi-Mitarbeiter kam. [...]

Und der Aufruf zum Protest?

Zeitzeuge A: Ich habe natürlich nicht demonstriert, zumindest nicht bei dieser Gelegenheit.

Sie wurden kurz vor dem Mauerfall eingezogen. Schildern Sie uns bitte den Verlauf des Dienstes!

Zeitzeuge A: Unser Dienst verlief unter wenig angenehmen Bedingungen. Der Dienst in der NVA war ja insgesamt kein Zuckerschlecken.

Könnten Sie das bitte anhand eines Beispiels erklären?

Zeitzeuge A: Unser KC [=Kompaniechef, Anm. W. G.] hielt uns beim ersten Antreten eine ziemlich aggressive Rede, sehr lange, teils brüllend, teils flüsternd. Dabei ging er vor der Kompanie auf und ab, sah uns aber nicht ein einziges Mal richtig an. Wir könnten unsere bisherigen Persönlichkeiten vergessen. Wir wären in Zukunft nur noch ein grauer Punkt in einer grauen Masse und dergleichen.

Weitere Beispiele?

Zeitzeuge A: Wegen irgendwelcher Kleinigkeiten wurden wir ständig getriezt.

Ist dieses Phänomen in der Grundausbildung nicht weit verbreitet?

Zeitzeuge A: Vielleicht, aber es wurden Grenzen überschritten. Einer unserer Kameraden war ganz klar dienstuntauglich. Ein Melker, der motorisch und geistig etwas eingeschränkt war. Er konnte kompliziertere, kleinschrittige Arbeiten einfach nicht durchführen. Die Kalaschnikow zerlegen und wieder zusammenbauen – unmöglich. Bettenbau – unmöglich, Hemden für den Spind auf Kante falten – unmöglich. Die ersten Monate wurde dieser arme Kerl von den Unteroffizieren, aber insbesondere vom Feldwebel fast täglich schikaniert. Mal ein Beispiel: Beim Stubendurchgang wurde sein Kleiderspind geleert, weil die Kleider nicht exakt auf Falte gelegt waren. Befehl: Neu einräumen. Nach einiger Zeit kamen sie wieder. Das ging in dieser Nacht mehrmals so, bis schließlich die Unteroffiziere den Spind auf den Flur stellten. Das Spiel wiederholte sich, bis wir dem Kameraden heimlich den Spind einräumten, und zwar vorschriftsmäßig.

Bei der nächsten Kontrolle wurde dieser Spind wieder nicht akzeptiert, er habe das nie und nimmer alleine schaffen können. Wieder wurde der Spind ausgeleert. Ich weiß nicht, wie lange sich dieses Trauerspiel wiederholte.

Waren Sie auch von Schikanen betroffen?

Zeitzeuge A: Man hat es versucht. Ein Unteroffizier befahl mich eines Tages auf seine Stube. Ich sollte dann dort sein dreckiges Essgeschirr in Empfang nehmen und reinigen, das sei ab sofort meine zukünftige Aufgabe. Das habe ich abgelehnt, wo das stehe, dass ich so was machen müsse. Das hat mich viel Mut gekostet. Er tobte und drohte. Ich blieb standhaft, behauptete, dass ich ungeschickt sei und alles kaputt mache. Da hat er erst recht getobt, es dann aber bleiben lassen.

Wie kündigte sich der politische Wandel an?

Zeitzeuge A: Bei einer Belehrung wurden wir auf das Neue Forum hingewiesen. Diese Leute wären gefährlich. Mit einem Angriff durch diese Kräfte auf Kasernen sei zu rechnen, in diesem Falle habe der Wachposten von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, so der KC. Den Fall der Mauer erlebte ich in der Kaserne. Wir waren alle in der Kaserne, wir durften die ersten Monate die Kaserne nur zu seltenen Dienstzwecken verlassen. Auch nach Dienstschluss nicht. Die Nachricht kam zuerst als Gerücht, das keiner glauben mochte. Das war Wahnsinn.

Ab dem 9. November 1989 waren die Grenzen ja offen. Nutzten Sie die Gelegenheit zur Flucht?

Zeitzeuge A: Nein. Wir sollten sogar zur strengen Disziplin vergattert werden. Die ganze Kompanie wurde irgendwann zusammengerufen, alle Offiziere und Unteroffiziere bauten sich vor uns auf. Vom KC gab es ein richtiges Donnerwetter, er drohte für jede Kleinigkeit mit dem Strafgesetzbuch. Die einschlägigen Passagen wurden uns vorgelesen. Sogar für Meckereien oder offene Kritik drohte er uns mit Schwedt, das sei alles Meuterei.

„Schwedt“: Was ist darunter zu verstehen?

Zeitzeuge A: Dort befand sich das berüchtigte Militärgefängnis. Davor hatte jeder Angst. Dorthin kamen die Fälle, die länger als nur ein paar Wochen Arrest abzusitzen hatten. Da wurden uns die Knie weich.

Wie reagierten die Wehrpflichtigen auf die Drohung mit dem Militärgefängnis?

Zeitzeuge A: Obwohl ich Angst und weiche Knie hatte, ist mir dann ausgerechnet bei dieser Gelegenheit und wegen der ungerechten Behandlung der Kragen geplatzt. Ich habe mich

bei der Versammlung lautstark zu Wort gemeldet und mich über die ganzen Schikanen und Bedrohungen beschwert. Ein paar Kameraden haben mir zugestimmt. Der KC und all die anderen länger dienenden Soldaten waren von dieser Reaktion offenbar überrascht. Es gab zwar wieder Geschrei und Drohungen, aber dann wurde die Versammlung rasch aufgelöst und die Soldaten auf die Stuben befohlen.

Gab es Sanktionen gegen dieses Verhalten?

Zeitzeuge A: Mir ist nichts passiert, außer dass ich bei einer anderen Gelegenheit noch einen ganz persönlichen Anschiss durch den KC erhielt. Er befahl mich auf sein Geschäftszimmer und rückte mir dabei physisch so nah auf die Pelle, dass ich ihn unter dem Schirm meiner Dienstmütze kaum noch sah. Er war recht klein, ich bin ziemlich groß gewachsen. Dazu gab es wieder Drohungen mit dem Strafgesetzbuch, aus dem er vorlas.

Ist Ihre Versetzung in die Nähe von Demmin Anfang 1990 als Strafversetzung für dieses Verhalten zu werten?

Zeitzeuge A: Es gab zwar offiziell keine Strafe, aber wir haben es so empfunden. Wir sind zu einem Stützpunkt irgendwo im Wald versetzt worden und sollten dort Sand in Waggons schaufeln. In der völligen Abgeschiedenheit, unter der Aufsicht irgendeines Offiziers. Vorher waren da die Bausoldaten. Dort gab es nicht einmal Kasernen oder Baracken. Wir hausten in spartanisch eingerichteten Bauwagen. Sechs Betten je Wagen, dazu ein Wagen mit Waschbecken. Geduscht haben wir mit dem Schlauch. Das alles im Januar und Februar.

Das war eher eine Wende zum Negativen hin.

Zeitzeuge A: Ja, aber sobald der Aufsicht führende Vorgesetzte nach Dienstschluss wegfuhr, genossen wir bis zum nächsten Morgen so etwas wie Narrenfreiheit.

Was bedeutet das?

Zeitzeuge A: Es gab einen LKW. Und wir hatten die Schlüssel. Wir unternahmen heimlich Ausflüge, auch nach Demmin.

Der Wehrdienst in der DDR dauerte 18 Monate, Sie wurden aber bereits nach knapp einem halben Jahr entlassen. Wie ist das zu erklären?

Zeitzeuge A: Nach dem Sturz Honeckers gab es auch einen neuen Verteidigungsminister.

Sie meinen Rainer Eppelmann, den Oppositionellen?

Zeitzeuge A: Nein, der kam erst nach der Volkskammerwahl im März 1990. Auf jeden Fall wurde plötzlich die Ein-



Rechts sieht man die Disziplinareinheit des ehemaligen NVA-Militärgefängnisses Schwedt und links Wachturm und Eingangsbereich. Nicht mehr vorhanden ist die Eingangsschleuse mit 3,5m hohen Stahltoeren.

Foto: Wikimedia Commons (Schwedt NVA070903jiv.jpg)

führung des Zivildienstes beschlossen.⁸ Ich entschied mich dafür, wie viele andere auch. Allerdings waren in der Kürze der Zeit praktisch keine Zivildienststellen eingerichtet worden. Unsere Kompanie wurde schließlich offiziell aufgelöst. So kam ich bereits im März 1990 zu meiner Entlassung. Selbst als billige Arbeitskräfte wurden die Soldaten nicht mehr gebraucht, so wie das in den letzten Jahren in vielen Betrieben der DDR eigentlich üblich gewesen war. Die kommende Massenarbeitslosigkeit kündigte sich an.

Wie ging es in dieser Zeitenwende für Sie weiter?

Zeitzeuge A: Es war ja eine unglaublich intensive Zeit. Fast jeden Tag gab es eine Neuerung, eine Sensation, irgendeine revolutionäre Veränderung, die alles bisher Dagewesene auf den Kopf stellte. Ein Freund brachte mich auf die Idee, im Westen zu studieren, und zwar Jura.

Aber Sie wollten doch Bauingenieur werden?

Zeitzeuge A: Ja, aber mit der „Wende“ und allen damit verbundenen neuen Möglichkeiten konnte ich mich neu orientieren, alte Beschränkungen waren plötzlich weg. So kam ich auf Jura, damit konnte ich das neue Rechtssystem, die Gesellschaftsordnung, Wirtschaftsordnung und das Verhältnis Bürger/Staat kennenlernen und davon ausgehen, dass ich mich davon auch mal ernähren kann. Das reizte mich in dieser Situation.

Wo wollten Sie studieren?

Zeitzeuge A: Wir haben uns mit Hilfe eines Beratungshefts für Studenten, vom Spiegel, kurzentschlossen auf den Weg gemacht. Wir sind auch noch kurz in ein Aufnahmelaager in Gießen. Wir wurden dann in Freiburg

sogar persönlich empfangen und von einem Rektor oder Dekan geführt – als erste Oststudenten. Und ich erhielt auch die Zulassung zum Studium.

An welcher Universität?

Zeitzeuge A: Freiburg, Heidelberg und Mannheim. Mein Abendabitur wurde mir sogar mit einem Bonus von -0,5 anerkannt. Auch Bafög erhielt ich. Aber ich bin dann trotzdem nach Berlin, an die Humboldt-Universität.

Aber warum Ostberlin?

Zeitzeuge A: In kürzester Zeit hatten dort auch gute Juraprofessoren aus dem Westen einen Ruf angenommen. So konnte ich zum Beispiel an mehreren Veranstaltungen mit Prof. Bernhard Schlink teilnehmen, nach meiner Erinnerung erstmals 1991, wohl bei einer Gastvorlesung, später dann auch an Seminaren. Außerdem waren im Ostteil der Stadt die Mieten deutlich günstiger.

Damit fand die Zeitenwende für Sie einen glücklichen Abschluss?

Zeitzeuge A: Ja, fast wäre aber noch etwas schiefgegangen. Irgendwann während des Studiums bekam ich einen großen Schrecken: Das Bundesamt für Zivildienst meldete sich bei mir. Ich solle endlich meinen Zivildienst antreten. Ich habe dann in einem Brief die Umstände der abgeleiteten Dienstzeiten geschildert.

Wie sah die Reaktion aus?

Zeitzeuge A: Ich habe nie wieder etwas davon gehört.

Und heute?

Zeitzeuge A: Heute arbeite ich im Management eines großen deutschen Konzerns. ■

.....
8 S. Wenzke (wie Anm. 1), S. 83.

Wer war es?

Ein historisch-biographisches Rätsel

von Rainer F. Schmidt



Für seinen Vorgänger hatte Bismarck nur blanke Verachtung übrig. Schon 1853 fällt er ein vernichtendes Urteil: „Vom Ochsen kann man nichts anderes erwarten als Rindfleisch und von ihm nichts anderes als eine ehrgeizige, intrigante Hauspolitik.“ Und noch schärfer auf einer Jagdgesellschaft im Dezember 1866: „Wenn ich mir ein Urteil über die Gefährlichkeit eines Gegners bilden will, wende ich folgendes Verfahren an: Ich subtrahiere von dessen Fähigkeiten seine Eitelkeit. Wende ich dieses Verfahren auf ihn an, so bleibt als Rest wenig oder nichts“.

Er dagegen gehört zu den ganz wenigen Figuren, für die Bismarck so etwas wie Sympathie empfand. Sicherlich spielten seine propreußischen Neigungen hier eine Rolle und die Tatsache, dass er sich – bis auf ein einziges, allerdings weitreichendes Mal – immer den Vorgaben aus Berlin beugte. Dabei hatte er einiges an sich, was Bismarcks Argwohn, wenn nicht seine Gegnerschaft hätte wecken können.

Keine Schönheit der Zeit war sicher vor ihm. Zupass kamen ihm dabei seine hohe, schlanke Gestalt, sein forderndes, selbstsicheres Auftreten und sein exotisches Äußeres: das sich kräuselnde, gelockte Haupthaar, sein gewirbelter Schnurrbart, garniert mit einem ausladenden Backenbart, der durchdringende Blick aus seinen dunklen, geheimnisvollen Augen und seine extravagante Kleidung, die er sich – lange vor Karl Lagerfelds Zeit – nach Phantasieentwürfen eigens anfertigen ließ. Mit seinem dominanten Auftreten, mit seiner fremdländischen Aura, mit seinen sagenhaften Reitkünsten, mit seinem unwiderstehlichen Charme und seiner maskulinen Ausstrahlung wirkte er offenbar auf viele Frauen anziehend.

Eine Rolle mag auch eine zweite Eigenschaft gespielt haben: Er war ein Draufgänger, der vor keinem Abenteuer zurückwich und kein Risiko scheute. Schon als Jüngling hatte er davon eine Probe gegeben. Jeder seiner Jugendfreunde schreckte vor dem Wagestück zurück, das sich ihr



Abbildung: picture alliance/imageBROKER/Manfred Bail

gemeinsamer Mentor ausgedacht hatte. Sie sollten über eine noch im Bau befindliche, mehr als 370 Meter lange Brücke aus Eisen von einem zum anderen Ufer balancieren. Die Brücke spannte sich mit noch unfertigen Streben hoch über einen gewaltigen Fluß in einer Stadt, die heute eine deutschsprachige Universität beherbergt, die seinen Namen trägt. Er war der einzige, der den schaurigen Gang wagte, während seine Freunde ihn atemlos und kopfschüttelnd beobachteten.

Das war beileibe nicht das einzige Mal, dass er sich tollkühn hervorwagte und nur knapp mit dem Leben davankam. Ein paar Jahre nach dem Brückengang wurde er zum Tode durch den Strang verurteilt. Gemeinsam mit seinen Freunden hatte er sich als Rebell gegen die bestehende Ordnung aufgelehnt, eine Revolution angezettelt, sein Land als unabhängig und den Kaiser für abgesetzt erklärt. Fast alle seine Kameraden endeten am Galgen. Auch er wurde hingerichtet – allerdings nur, wie es im damaligen Sprachgebrauch hieß: „*in effigie*“, weil er sich rechtzeitig nach England davongemacht hatte. Ein paar Jahrzehnte später erhielt er dann von eben jenem Monarchen, der einst sein Todesurteil unterfertigt hatte, den

höchsten Orden um den Hals gehängt, den dieser zu vergeben hatte. „Eure Majestät“, so konnte er sich bei dieser Zeremonie eine süffisante Bemerkung nicht verkneifen, „haben meinen Hals einst mit einem ganz anderen Collier geschmückt.“

Vor allem aber war er ein gerissener, unergründlicher Politiker, der sich nicht in die Karten schauen ließ, der Freund wie Feind täuschte und die Ranküne zur Politik umfunktionierte. Seine Schachzüge, die bis heute den Historikern und Historikerinnen Rätsel aufgeben, glichen

einem Vexierspiel: doppelbödig, unkalkulierbar, undurchsichtig und hochriskant. Immer wieder plante er auf krummen Wegen einen Krieg gegen das Zarenreich. Und damit hätte er sich auch um ein Haar durchgesetzt, wäre ihm Bismarck nicht in letzter Minute in den Arm gefallen.

Wer weiß, wie die Geschichte weitergelaufen wäre, hätte ihn Bismarck gewähren lassen?

Wer war es, wie hieß sein Vorgänger im Amt und wo gelang es ihm, sich gegen Bismarck das einzige Mal durchzusetzen? 🍷



Schicken Sie uns Ihre Lösung per Email an landeszentrale@blz.bayern.de. Einsendeschluss ist der 29. Januar 2021. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir ein Exemplar unserer Publikation „Flucht“ von Andreas Kossert.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Gewinner/die Gewinnerin wird in der nächsten Ausgabe von „Einsichten&Perspektiven“ bekannt gegeben.

Die Auflösung sowie die literarischen Hinweise zu diesem Rätsel finden Sie ebenfalls in der nächsten Ausgabe.

Viel Erfolg und Freude bei der historischen Spurensuche.

Die richtige Lösung des Rätsels aus Heft 3/2020 lautete:

Cecil Rhodes.

Wir danken allen Teilnehmenden für die Einsendung Ihrer Lösung und gratulieren dem Gewinner, Herrn Leo Reichel aus Hof.



Literarische Quellen und Hinweise zu Cecil Rhodes:

Quellen:

William Thomas Stead (Hg.): *The Last Will and Testament of Cecil John Rhodes, with Elucidatory Notes, to which are Added Some Chapters Describing the Political and Religious Ideas of the Testator*, London 1902.

F. Verschoyle (Hg.): *Cecil Rhodes: His Political Life and Speeches, 1881–1900*, London 1900.

Literatur:

Apollon B. Davidson: *Cecil Rhodes and his time*, Pretoria 2003.

John Flint: *Cecil Rhodes*, London 2009.

John S Galbraith: *Cecil Rhodes and his ‚cosmic dreams‘: A reassessment*, in: *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 1 (1973), S. 173 ff.

Brian Roberts: *Cecil Rhodes: flawed Colossus*, New York 1988.

Robert Rotberg: *The Founder. Cecil Rhodes and the Pursuit of Power*, Oxford/New York 1988.

Ders.: *Did Cecil Rhodes Really Try to Control the World?*, in: *The Journal of Imperial and Commonwealth History*, 42 (2014), S. 551 ff.

Anthony Thomas: *Rhodes: The Race for Africa*, London 1997.



THEMENFORUM FLUCHT UND VERTREIBUNG

„Nichts an der Flucht ist flüchtig. Sie stülpt sich über das Leben und gibt es nie wieder frei.“¹

In einem neuen Themenforum will die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gemeinsam mit der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer, MdL, 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ein schwieriges Kapitel der deutschen Geschichte beleuchten: Flucht und Vertreibung.

Wer die deutsche Schuld anerkennt, muss deutsches Leid nicht leugnen. Schuld und Leid – historisch wie in den Biografien – sind nur unterschiedliche Facetten ein- und derselben deutschen Geschichte. Deutsche, obwohl einem „Volk der Täter“ zugehörig, sind auch Opfer geworden – die Opfer der Opfer. Mag sich im kollektiven Gedächtnis der Deutschen auch der Holocaust als dominante Erinnerung durchgesetzt haben, so lassen sich die Leidensgeschichten in den deutschen Familien nicht aus der Welt schaffen. „Es gibt Erfahrungen“, schrieb der Historiker Reinhard Koselleck fünfzig Jahre nach Kriegsende, „die sich als glühende Lavamasse in den Leib ergießen und dort gerinnen. Unverrückbar lassen sie sich seitdem abrufen, jederzeit und unverändert.“² Den Menschen diese Erinnerungen und Gefühle abzusprechen, hieße, einen Teil ihrer Identität auszulöschen.

Auszug aus Helga Hirsch: Über Generationen hinweg: Das Erbe der Vertreibung – Traumata, Verhaltensmuster, Mentalitäten, in: Themenforum Flucht und Vertreibung, www.blz.bayern/Themenforum Flucht und Vertreibung.

Sie finden die ersten Artikel bereits online auf der Webseite der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit unter www.blz.bayern.de/Themenforum Flucht und Vertreibung.

Namhafte Autoren und Autorinnen widmen sich darin ganz verschiedenen Aspekten von Flucht und Vertreibung nach 1945, den unterschiedlichen Herkunftsorten, den Umgang Bayerns mit Geflüchteten und Vertriebenen sowie den Auswirkungen der Zuwanderung auf die deutsche, hier insbesondere auf die bayerische (Nachkriegs-) Gesellschaft.

Wir laden Sie ein, uns Ihre Meinung zu den einzelnen Themen, vielleicht auch Ihre persönlichen bzw. in der Familie tradierten Erlebnisse mit Flucht und Vertreibung zu berichten, die wir auch in diesem Forum sammeln möchten. Schreiben Sie uns dazu gerne eine Nachricht: landeszentrale@blz.bayern.de



Das Thema „Flucht“ als Teil der Menschheitsgeschichte behandelt auch Andreas Kossert in seinem neuen gleichnamigen Buch, das in einer Sonderedition bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zu beziehen ist. Er stellt das Schicksal von Flucht, Vertreibung und anderen Formen von erzwungener Migration als Menschheitsschicksal dar, das in ganz unterschiedlichen Erscheinungsformen existiert. Immer nah an den Einzelschicksalen und auf bewegende Weise zeigt Kossert, welche existenziellen Erfahrungen von Entwurzelung und Anfeindung mit dem Verlust der Heimat einhergehen – und warum es für Geflüchtete und Vertriebene zu allen Zeiten so schwer ist, in der Fremde neue Wurzeln zu schlagen. Ob sie aus Ostpreußen, Syrien oder Indien flohen: Geflüchtete sind und waren Akteure der Weltgeschichte.

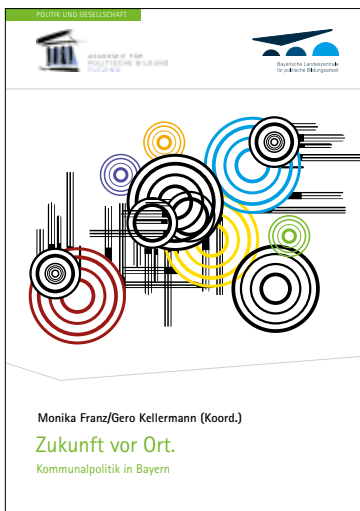
1 Ilja Trojanow: Nach der Flucht: Ein autobiographischer Essay, Frankfurt am Main 2017, S. 9 und 11.

2 FAZ v. 06.05.1995.

„Flucht“
bestellbar unter
[www.blz.bayern.de/
publikationen-zur-
politischen-bildungs-
arbeit.html](http://www.blz.bayern.de/publikationen-zur-politischen-bildungsarbeit.html)

Neue
Publikation

Zukunft vor Ort. Kommunalpolitik in Bayern



„Zukunft vor Ort“ ist das Motto dieser neuen Publikation, unter dem Aufsätze und Interviews zu aktuellen Themen der Kommunalpolitik versammelt sind. Die Publikation mit Beiträgen von Expertinnen und Experten konzentriert sich auf die rechtlichen und politischen Grundlagen der Kommunalpolitik, auf ausgewählte Zukunftsvisionen sowie auf die Frage nach Partizipation und Interaktion auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig soll der Blick von der „Arbeitsebene“ aus zeigen, wie vielgestaltig und herausfordernd die Arbeit vor Ort in diesen dynamischen Zeiten aussieht. Das Textangebot wird durch Info-Grafiken ergänzt.

Die Publikation versteht sich als Angebot, die elementare Basispolitik, die den Alltag der Menschen entscheidend prägt, stärker in den Blick zu nehmen. Sie wendet sich sowohl an Praktiker in der Kommunalpolitik als auch an alle Interessierten.

Herausgeber sind die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und die Akademie für Politische Bildung.

Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis

I. Grundlagen

Martin Burgi

Der Wert und die Kraft der kommunalen Selbstverwaltung

Max-Emanuel Geis

Governance, Finanzierung und Steuerung

Uwe Kranenpohl

Parteien in der bayerischen Kommunalpolitik

II. Bayern und seine Kommunen. Ausgewählte Daten in sieben Infografiken

III. Kommunen gestalten Zukunftsthemen

Diane Ahrens

Digitale Dörfer. Gleichwertige Lebensverhältnisse durch Digitalisierung im ländlichen Raum?

Norbert Gebbeken, Paul Warnstedt

Urbane Räume – mit baulichen Infrastrukturen resilient gestalten

Judith Sandmeier

Dörfer - Märkte - Kleinstädte. Kulturwerte unseres Landes

Ursula Münch

Wie international geht kommunal? Vom entwicklungs- und europapolitischen Engagement der kommunalen Ebene zur Frage nach den Wechselwirkungen von globalen und lokalen Strukturen – einige Themenfelder im Überblick

IV. Partizipation – Interaktion – Bildung

Manuel Kronschnabel

Bunter als je zuvor? Bayerns Kommunalpolitik nach der Kommunalwahl 2020

Julia Hacker

Jugendpartizipation in Kommunen am Beispiel von Lauf an der Pegnitz

Okan Bellikli

Wie man Kommunalpolitik für Jugendliche interessant machen kann: das Instagram-Projekt „Total Kommunal – Politik vor deiner Haustür“ der Deutschen Journalistenschule

V. Interviews

Interviews mit Wolfgang Glock, Franz Löffler, Christian Bernreiter, Markus Pannermayr und Dr. Uwe Brandl

Zu bestellen unter
<https://www.blz.bayern.de/publikation/zukunft-vor-ort-kommunalpolitik-inbayern.html>

„Krisenzeiten bergen immer das Potential dafür, dass Antisemitismus offener zu Tage tritt“

Ein Gespräch mit Annette Seidel-Arpaci, Leiterin der Recherche- und Informationstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern), über Erscheinungsformen von Antisemitismus in Zeiten der Corona-Pandemie



Annette Seidel-Arpaci
Foto: RIAS Bayern

RIAS BAYERN

Die **Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern)** nimmt unter www.report-antisemitism.de Meldungen über antisemitische Vorfälle auf und unterstützt Betroffene von Antisemitismus in Bayern. Sie ist derzeit beim Bayerischen Jugendring (BJR) angesiedelt, wird vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gefördert und arbeitet eng mit dem Bundesverband RIAS zusammen. Auf Grundlage der gemeldeten Fälle und eigener Recherche verfasst RIAS Bayern regelmäßig bayernspezifische Berichte über Antisemitismus, betreibt Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit und trägt so zum Kampf gegen Antisemitismus bei.

Grundlage der Arbeit von RIAS Bayern ist die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) und der Anspruch, Antisemitismus in all seinen Formen möglichst genau darzustellen. RIAS Bayern nimmt Antisemitismus jedweder Couleur und Äußerungsform ernst, unabhängig davon, ob es sich beispielsweise um islamischen, rechten, linken, israelbezogenen Antisemitismus oder jenen alltäglichen der gesellschaftlichen Mitte handelt. Ein antisemitischer Vorfall kann beispielsweise eine beiläufige Bemerkung im Gespräch, eine antisemitische Schmiererei oder ein tätlicher Angriff sein. Dabei ist die Frage der Strafbarkeit für die Aufnahme eines Vorfalls nicht entscheidend. Weitere Informationen zu unserer Arbeitsweise und Kategorisierung finden Sie unter dem Menüpunkt Arbeitsweise.

Abhängig von den Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen oder der Meldenden, vermittelt RIAS Bayern weitergehende psychosoziale, juristische, Antidiskriminierungs- und Opferberatung, ist beim Umgang mit den Behörden und der Polizei behilflich, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und veröffentlicht einzelne anonymisierte Fälle. Zentrales Prinzip ist der Vertrauensschutz: Die Betroffenen und Zeugen entscheiden, wie mit ihrer Meldung und ihren Informationen umgegangen wird. RIAS Bayern steht auf der Seite der Menschen, die von Antisemitismus betroffen sind.

Als im Frühjahr 2020 die ersten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie beschlossen wurden, war davon auszugehen, dass es sich hier um ein medizinisches Thema handelt, dem rational zu begegnen ist. Auch von einer neuen gemeinschaftlichen Solidarität war damals die Rede. Inzwischen wurden die Maßnahmen gegen das Virus jedoch in Teilen politisch vereinnahmt – und auch antisemitische Narrative wurden im Zuge der Corona-Krise laut. Hat Sie das überrascht – oder war das für Sie sogar absehbar?

Annette Seidel-Arpaci: Uns hat das überhaupt nicht überrascht. Wir haben vielmehr damit gerechnet, denn Krisenzeiten bergen immer das Potential dafür, dass Antisemitismus offener zu Tage tritt. Antisemitismus bietet Menschen, die sich für ihn entscheiden, Erklärung und Halt in unsicheren Zeiten. Er fungiert in diesem Sinne als Weltanschauung. Insbesondere ein Virus, über das nicht viel bekannt ist, das globale Auswirkungen hat und unschuldigen Menschen Leid bringt, eignet sich besonders gut als Stichwortgeber für antisemitische Verschwörungsfantasien – man denke hier an historische Beispiele wie den Vorwurf, Juden wären für die Pest verantwortlich.

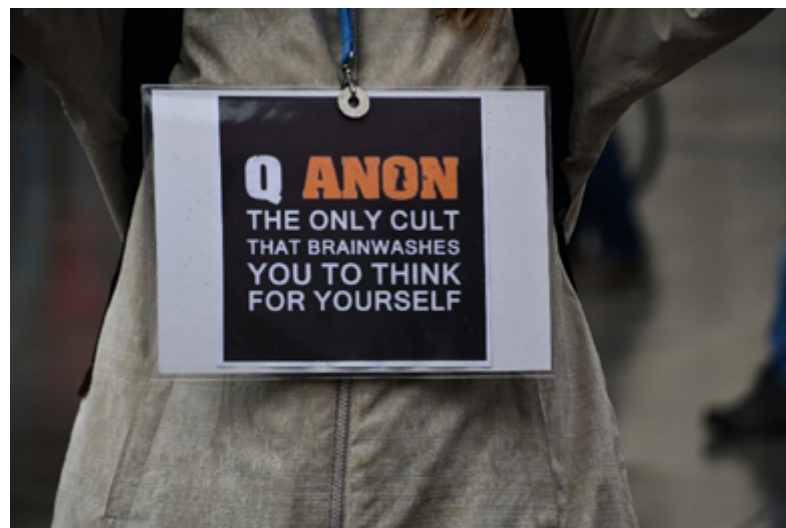
Wir diskutieren vor dem Hintergrund dieser Ereignisse auch viel über Begrifflichkeiten: Verschwörungstheorie, -Mythos, -Erzählung, welche Begrifflichkeit trifft den Kern dessen, was wir gerade erleben und mitbekommen, am besten?

Annette Seidel-Arpaci: Die Corona-Krise hat unterschiedlichste Verschwörungserzählungen (wieder) hervorgebracht, die an sich antisemitisch oder offen für Antisemitismus sind. RIAS Bayern verwendet den Begriff der Verschwörungserzählung: „Eine Annahme darüber, dass als mächtig wahrgenommene Einzelpersonen oder eine Gruppe von Menschen wichtige Ereignisse in der Welt beeinflussen und damit der Bevölkerung gezielt schaden, während sie diese über ihre Ziele im Dunkeln lassen.“¹ Verschwörungserzählungen wie „Adrenochrom“ (mehr dazu weiter unten, Anm. d. Hg.) sind konkrete Erzählungen, die sich meist aus dem eher abstrakten Verschwörungsmythos, etwa der Vorstellung von der „jüdischen Weltverschwörung“ speisen.

Der gängige Begriff der Verschwörungstheorie wurde in letzter Zeit verstärkt kritisiert, da hierbei nicht von einer Theorie im wissenschaftlichen Sinn gesprochen werden kann. Theorien werden, sollten sie sich als falsch herausstellen, wieder verworfen. Es handelt sich um wissenschaftlich nachprüfbar Annahmen über die Welt. Ver-

.....

1 Katharina Nocun/Pia Lamberty: Fake Facts, Berlin ©2020, S. 18.



Parolen von Gegnern der Coronamaßnahmen; re.: Werbeschild für den sog. QAnon-Kult
Fotos: RIAS Bayern

schwörungserzählungen hingegen zeichnen sich dadurch aus, dass man sie nicht nachprüfen kann – man muss an sie glauben.

In den letzten Wochen war auffällig, dass sich auf den Anti-Corona-Demos neue inhaltliche Koalitionen bildeten: Neben Impfgegnern waren etwa auch rechte Gruppierungen auf den gleichen Demonstrationen anwesend. Bedeutet das, dass damit auch mehr Menschen für antisemitische Verschwörungsmymen offen sind? Oder distanzieren sich die Gegner der Corona-Maßnahmen von Antisemitismus?

Annette Seidel-Arpaci: Derartige Koalitionen sind nichts Neues, man denke etwa an die „Mahnwachen für den Frieden“ von 2014. Fast alle Gegner der Corona-Maßnahmen, die seit dem Frühjahr 2020 in Bayern auf die Straßen gehen, distanzieren sich zumindest in der Öffentlichkeit vom Antisemitismus – so wie es jeder tut, der sich nicht direkt ins gesellschaftliche Abseits stellen will. Die so genannten „Corona-Rebellen“ imaginieren sich vielmehr oft als antifaschistische Kämpfer, die die Menschheit vor einem angeblichen neuen „Dritten Reich“ retten wollen. Entscheidend ist jedoch, was gesagt, auf Plakaten gezeigt oder in Telegramgruppen² geteilt wird. Und hierbei handelt es sich eben auch oft um

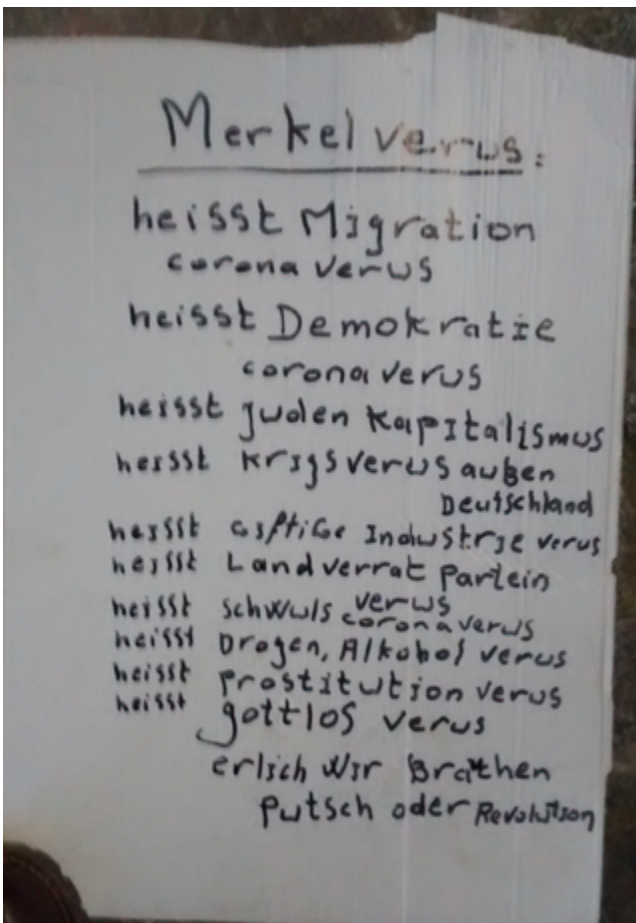
.....

2 Telegram ist ein kostenloser Instant-Messaging-Dienst zur Nutzung auf Smartphones, Tablets, Smartwatches und PCs. Es können Textnachrichten, Sprachnachrichten, Fotos, Videos und Dokumente ausgetauscht und Sprach- und Videotelefonie zu anderen Telegram-Usern genutzt werden.

antisemitische Verschwörungserzählungen. Antisemitismus hat eine politische Bedeutung und psychologische Funktion in der Gesamtgesellschaft und ist deshalb in allen politischen Lagern anzutreffen, es ist kein Phänomen, das nur im rechten Lager auftritt. Die Corona-Krise bietet Menschen eine Gelegenheit, ihren Antisemitismus auszuleben. Dass dieser bei einem nicht geringen Teil der deutschen Bevölkerung ausgeprägt ist, zeigen Studien und Umfragen seit Jahren.

Wie tauchen antisemitische Verschwörungsmymen im Zuge der Corona-Pandemie auf? Gibt es da neue Narrative? Oder handelt es sich um alte Diffamierungen, Beleidigungen und Lügen im neuen Gewand?

Annette Seidel-Arpaci: Die Stichworte ändern sich, doch die antisemitische Grundstruktur bleibt gleich. Es geht immer um eine kleine geheime Gruppe von böartigen Menschen, die angeblich über eine ungeheure Macht verfügen und die Menschheit in den Abgrund stürzen wollen. Einzelne Verschwörungserzählungen sind dahingehend neu, dass sie sich auf Gegenwartsgeschichte beziehen, etwa die Adrenochrom-Erzählung, wonach die häufig jüdisch konnotierte „Hollywoodelite“ aus den Körpern entführter und gefolterter Kinder die Verjüngungsdroge Adrenochrom gewinne. Dabei handelt es sich um eine moderne Form der Ritualmordlegende: Seit dem Mittelalter kursierte das Gerücht, Juden bräuchten Christenblut, insbesondere von Kindern, etwa zum Einbacken in Mazzen, für Zauberei oder zur Heilung ihnen angeblich angeborener Leiden.



Demonstrationsschild mit antisemitischen Parolen, Sommer 2020
Foto: RIAS Bayern



Antisemitische Fake-Abbildung: Polizisten mit Davidstern (Aufschrift „Zion“) beteiligen sich angeblich an Zwangsimpfungen.
Foto: RIAS Bayern

Was unterscheidet „antisemitische Verschwörungserzählungen“ heute von „antisemitischen Verschwörungsmäthen“, wie sie gerade Anfang des 20. Jahrhunderts verbreitet wurden?

Annette Seidel-Arpaci: Antisemitische Verschwörungserzählen heute nutzen öfters Chiffren für „Juden“, etwa „Rothschilds & Co.“ oder „Zionisten“ als am Anfang des 20. Jahrhunderts, wie etwa in den „Protokollen der Weisen von Zion“. Dies hängt damit zusammen, dass expliziter Antisemitismus gesellschaftlich – zumindest im westeuropäischen Raum – geächtet ist. Heute wird beispielsweise Israel, etwa in Form des israelischen Geheimdienstes Mossad, hinter allen möglichen politischen Ereignissen vermutet.

Hat der Antisemitismus in den letzten Jahren zugenommen? Wie nehmen Sie das wahr? Und inwieweit hat Corona hier ggf. Tendenzen noch verstärkt?

Annette Seidel-Arpaci: Grundsätzlich ist es eine schwierige Aufgabe, statistisch festzustellen, ob Antisemitismus

zu- oder abnimmt. Zum einen habe ich den Eindruck, dass das gesellschaftliche und politische Bewusstsein für Antisemitismus in den letzten Jahren gestiegen ist. Zum anderen bleibt die Frage, wie tiefgehend sich damit befasst wird, wie antisemitische Denkmuster funktionieren, wie weitgehend sie in unserer Gesellschaft verankert sind sowie auch wann und wo eher über Antisemitismus hinweggesehen wird und wo nicht.

Zu den Tendenzen in Bezug zu Corona kann man sagen, dass RIAS Bayern im ersten Halbjahr 2020 116 antisemitische Vorfälle bekannt geworden sind. Im Vergleich zu 83 Fällen im Vorjahreszeitraum ist das ein Anstieg um 40 Prozent. In 51 Fällen spielte die Corona-Pandemie eine Rolle.

RIAS Bayern beobachtete zwischen dem 5. April und dem 26. Juli 2020 125 Kundgebungen und Demonstrationen so genannter „Corona-Rebellen“ im Freistaat, die sich gegen tatsächliche und vermeintliche staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie richteten. Auf 48 solcher Versammlungen wurden antisemitische

Vorfälle nach RIAS-Kriterien bekannt. Hinzu kommen weitere elf antisemitische Vorfälle mit Bezug zur Corona-Krise, die nicht auf den Versammlungen oder unabhängig vom eigentlichen Inhalt der Versammlung stattfanden, etwa wenn Gegendemonstrant(inn)en antisemitisch angesprochen wurden. Auf den Versammlungen dominierte der Post-Schoa-Antisemitismus, der in 30 der 48 Fälle zu verzeichnen war, wobei häufig die Schoa verharmlost wurde. So haben sich Teilnehmer:innen der Corona-Demos in mindestens elf Fällen gelbe Sterne mit Inschriften wie „nicht geimpft“ angeheftet oder etwa behauptet, ein Immunitätsausweis wäre der „Judenstern 2.0.“ Mindestens achtmal wurden Plakate gezeigt, auf denen „Impfen macht frei“, „Heute Maulkorb und morgen Impfen in Dachau?“ oder „Endlösung der Coronafrage: Impfstoff“ zu lesen war. All diese Aussagen verharmlosen die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, indem sich die Träger(inn)en an die Stelle der verfolgten Jüdinnen und Juden phantasieren. In 23 von 48 Fällen (Mehrfachnennung ist hier möglich) wurden auf Versammlungen Stereotype des modernen Antisemitismus geäußert. Dabei wird „den Juden“ eine politische oder ökonomische Übermacht zugeschrieben, etwa wenn auf einem T-Shirt stand: „No Merkel – WHO – Gates – Rothschilds [sic] und Co.“ „Rothschilds und Co.“ ist dabei eine Chiffre für „die Juden“.

Das heißt also, dass im Zuge der Corona-Pandemie Antisemitismus stärker in die Öffentlichkeit getragen wird.

Welche Rolle spielen denn heute – und gerade auch im Zuge der Pandemie – soziale Medien in der Verbreitung antisemitischer Hetze? So ist ja etwa in diesem Jahr häufig u.a. auch der Telegram-Kanal von Attila Hildmann genannt worden, wenn es um die Verbreitung antisemitischer Propaganda ging.

Annette Seidel-Arpaci: Telegramkanäle sind das beliebteste Medium für die Verbreitung antisemitischer Stereotype. Hier wird meist viel offener darüber gesprochen, „wer in Wirklichkeit dahintersteckt“.

Wie kann uns sollte ihrer Meinung nach auf diese Entwicklung gesellschaftlich reagiert werden? Was kann die Politik tun?

Annette Seidel-Arpaci: Jeder einzelne sollte im Alltag hinschauen, wenn möglich eingreifen und Solidarität üben. Ein großer Teil der deutschen Gesellschaft meint, die NS-Vergangenheit und die ganz persönlichen familiären Verstrickungen seien tatsächlich aufgearbeitet worden.

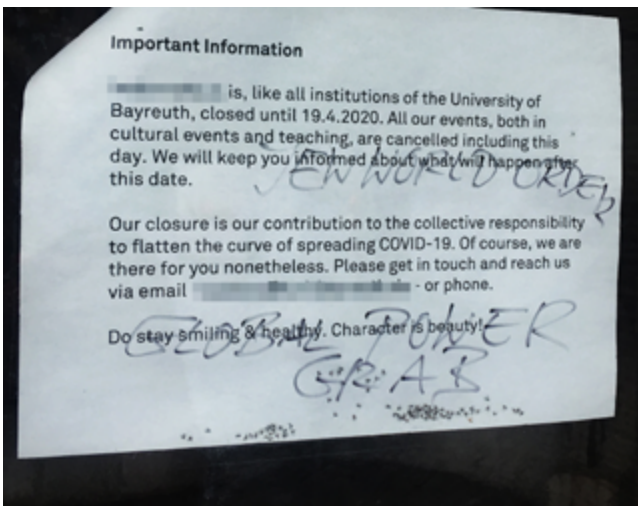
Doch die Erinnerungs- und Schuldabwehr und damit der Antisemitismus wurden lange tradiert. Die Politik muss mit Prävention, Intervention und Repression auf Antisemitismus reagieren. Menschen mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild kann man nicht durch die empirische Widerlegung ihrer falschen Annahmen umstimmen – sie wollen sich ihrer antisemitischen Leidenschaft hingeben. Das oberste Gebot der Kritik des Antisemitismus ist deshalb: Es geht niemals um das Judentum, es geht nicht um den jüdischen Staat. Es ist egal, was Juden machen. Man muss sich klar auf die Seite derer stellen, die von Antisemiten angefeindet und angegriffen werden. Aber man muss sich natürlich nicht analytisch mit den Objekten des Antisemitismus beschäftigen, sondern mit den Subjekten, den Antisemiten. Was haben sie für psychische Bedürfnisse, dass sie sich dem Antisemitismus hingeben? Inwieweit ist der Antisemitismus eine projektive Reaktion auf die moderne Gesellschaft in der wir leben? Inwieweit bestehen die Bedingungen fort, die den Rückfall in die Barbarei zeitigten?

Inwieweit sehen Sie die Betreiber von Social-Media-Plattformen in der Pflicht? Facebook hat ja beispielsweise nun reagiert und löscht Beiträge, die den Holocaust leugnen.

Annette Seidel-Arpaci: Da sehe ich die Social-Media-Betreiber natürlich schon in der Pflicht, auch inmitten der Abwägung hinsichtlich freier Meinungsäußerung viel klarer Stellung zu beziehen.

Was kann ich als Einzelne/r tun, wenn mir im Umfeld – z.B. auch im Zusammenhang mit Diskussionen zum Thema Corona – antisemitische Verschwörungsmuthe begegnen? Wie kann ich darauf reagieren? Ab welchem Zeitpunkt sollte ich auch etwas – beispielsweise bei der RIAS – melden?

Annette Seidel-Arpaci: Aufgabe von RIAS Bayern ist es insbesondere, auch den alltäglichen Antisemitismus abzubilden. Wir wissen, dass es hier ein großes Dunkelfeld gibt. Deshalb ermutigen wir Menschen dazu, uns über antisemitische Vorfälle zu informieren. Das können antisemitische Verschwörungserzählungen in Social-Media-Nachrichten sein, Schmierereien im öffentlichen Raum oder etwa auch antisemitische Plakate, wie sie jüngst im oberbayerischen Grafing an Türen von Geschäften, die auf die Maskenpflicht hinwiesen, angebracht wurden. Die Frage der Strafbarkeit spielt für uns keine Rolle, auch nicht die Identität der Täter bzw. meldenden Personen. Bei strafrechtlich relevanten Sachverhalten raten wir den Meldenden zur Anzeige.



Antisemitische Schmierereien auf einem Informationsschild der Universität Bayreuth im Frühjahr 2020: Juden werden hinter den Coronamaßnahmen imaginiert, ihr Ziel sei eine „jüdische Weltordnung“ („Jew World Order“).
Foto: RIAS Bayern

Wenn man im familiären Umfeld oder im Freundeskreis mit antisemitischen Verschwörungserzählungen konfrontiert ist, kommt es ganz darauf an, von wem diese ausgehen. Überzeugte Antisemiten kann man mit Aufklärungsversuchen nicht begegnen. In der Familie oder im Freundeskreis ist es wichtig, das Gegenüber nicht herabzuwürdigen und herauszufinden, warum für die Person die Verschwörungsideologie in diesem Moment ihres Lebens gerade so attraktiv ist, also, welche Gefühle im

Verschwörungsdenken ein Ventil finden. Hier sollte man deutlich machen, warum man mit dem Verschwörungsdenken nicht einverstanden ist und auf Widersprüche in den Erzählungen der Person hinweisen. Nichtsdestotrotz muss auch ab einem bestimmten Punkt klar gesagt werden, dass man sich antisemitisches Verschwörungsgerede nicht mehr anhören wird.

Wie sehen Sie, wenn Sie eine Prognose abgeben müssten, in die nähere Zukunft: Wird, falls es gelingt, die Pandemie zurückzudrängen, z.B. durch einen Impfstoff, auch der Antisemitismus wieder ein Stück weit abnehmen?

Annette Seidel-Arpaci: Solcherlei Prognosen gebe ich nicht gerne ab, jedoch würde ich nicht davon ausgehen, dass mit dem Zurückdrängen der Pandemie auch der Antisemitismus als solcher abnimmt. Was unter Umständen dann mangels bestimmter Anlässe abnimmt, wäre ein Teil des öffentlich ausgedrückten Antisemitismus – wiewohl auch hier die Frage bleibt, wie und wo dieser sich dann äußern wird. Ein Hinweis dürften die Radikalisierung sein, die sich im Netz bei sogenannten „Corona-Rebellen“ beobachten lässt, aber auch die zahlreichen Anschläge islamistischer Attentäter, deren Ideologie und deren Angriffe auf ein freies Leben prinzipiell antisemitisch grundiert sind. 🍷

Interview: Johannes Uschalt



Das Themenheft – entstanden in Zusammenarbeit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit mit dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe – dokumentiert Erscheinungsformen des Antisemitismus und den Umgang damit. Dabei reichen die Beiträge von wissenschaftlichen Artikeln renommierter Autorinnen und Autoren bis hin zu kürzeren Interviews und Essays betroffener Personen. So wird Menschen das Wort gegeben, die antisemitischen Kampagnen ausgesetzt sind oder waren; das Heft eröffnet neben der wissenschaftlichen auch eine oft sehr persönliche Perspektive auf die gesellschaftlichen Konsequenzen des Antisemitismus.

Zu bestellen oder
online lesbar unter
www.blz.bayern.de

Haruki Murakamis „Hard-Boiled Wonderland und das Ende der Welt“ – eine postmoderne Dystopie?

von Monika Franz und Christina Gibbs

Serie
Literatur und
Dystopie
Teil 3

村上 春樹
世界の終りとハード
ボイルド・ワンダー
ランド

Haruki Murakamis Name und der Buchtitel „Hard-boiled Wonderland und das Ende der Welt“ in japanischen Schriftzeichen

Der Roman und seine Zeit

„Verstehst du, diese Stadt hier ist perfekt. Perfekt in dem Sinne, dass alles da ist.“¹

1985 erschien der Roman „Hard-Boiled Wonderland und das Ende der Welt“ von Haruki Murakami. Im selben Jahr veröffentlichte auch Margaret Atwood den „Report der Magd“. Zur gleichen Zeit zeichnen also eine kanadische Autorin (*1939) und ein japanischer Autor (*1949), die beide später zu literarischen Weltstars werden, Bilder von gesellschaftlichen Systemen, in denen Menschen starren Regeln unterworfen werden: Atwood beschreibt eine

¹ Alle Zitate stammen, soweit nicht anders angegeben, aus „Hard-Boiled Wonderland und das Ende der Welt“ in der deutschen Übersetzung von Annelie Ortmanns, München 2007.

fanatisch-religiöse Diktatur auf dem Gebiet der USA, Murakami ein schrilles, konsumorientiertes Tokyo, in dem dunkle Mächte um obskure Daten kämpfen und einzelne Individuen nicht ansatzweise Einblicke in staatliche Strukturen und deren lenkenden Kräfte haben. So sehr sich die Szenarien in beiden Romanen auch unterscheiden, die Menschen sind in beiden Visionen Spielbälle undurchsichtiger Mächte. Während Atwoods Roman noch mehr in den diktatorischen Szenarien des 20. Jahrhunderts verhaftet ist, beschwört der Japaner eine kafkaesk anmutende Großstadtszenarie herauf, in der Datenströme, Künstliche Intelligenz und Konsum das Leben bestimmen.

Warum bedienen sich Atwood und Murakami gerade Mitte der 1980er Jahre eines literarischen Genres, das Mitte des 20. Jahrhunderts mit George Orwells Schlüsseltext „1984“ so viel Aufmerksamkeit erfahren hatte? Dystopien scheinen auffällig häufig in Übergangszeiten zu entstehen – z.B. in Phasen politischer oder technischer Umwälzungen, in denen das Gefühl herrscht, dass die Welt aus den Fugen geraten könnte; sie drücken Furcht und Besorgnis vor einer dunklen Zukunft aus. Wie Utopien „fast allesamt Gedankenexperimente [sind], die in erster Linie der zeitgenössischen Gesellschaft den Spiegel vorhalten“,² so trifft dies eben auch auf Dystopien zu.

1985 steht für ein Jahr, in dem die Strukturen des bereits vier Jahrzehnte währenden Kalten Krieges die Welt politisch und die Menschen gedanklich prägen: Der ideologisch erstarrte Kampf zwischen demokratisch-liberalem Westen und kommunistischem Ostblock wird zwar nicht in einer direkten militärischen Konfrontation der Supermächte, aber in Stellvertreterkriegen rund um den Globus und mit einem gefährlichen Rüstungswettlauf ausgetragen. Während viele Menschen angesichts der omnipräsenten Gefahr des möglichen globalen Atomtods eine Art „Weltuntergangsstimmung“ empfinden, werden aber gerade in diesem Jahrzehnt auch bahnbrechende Technologien entwickelt, die den Aufbruch ins Informationszeitalter ankündigen, wie z.B. fortgeschrittene Computer und hochmoderne Kommunikations- und Medientechnologien. Die ersten PCs für den Privatgebrauch, das Privatfernsehen, der Walkman ändern Arbeits- und Privatleben (zumindest in den reicheren Gesellschaften).

Während in den USA 1981 Ronald Reagan das Amt des Präsidenten übernommen hatte, der u.a. mit ambitionierten Raumfahrtprogrammen (wie SDI) den geron-



Der in den 1980er Jahre sehr beliebte und erfolgreich verkaufte Commodore 64-Heimcomputer, hier eine Aufnahme aus dem Jahr 1982
Foto: Bill Bertram, CC BY-SA 2.5 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/>, via Wikimedia Commons

tokratischen Machtapparat der UdSSR herausforderte, gelangte in der Sowjetunion mit Michail Gorbatschow ein ganz neuer Phänotyp eines russischen Politikers an die Macht, der schon bald zum Hoffnungsträger werden sollte; wie sehr er den Gang der Geschichte mit seinem „neuen Denken“ beeinflussen würde, war zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht abzusehen.³

Insbesondere Japan, Murakamis Heimatland, das sich dem Westen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geöffnet hatte, war Mitte der 1980er Jahre getragen von einem wirtschaftlichen Aufschwung, der nicht zuletzt zu großer Konsumfreudigkeit in der Bevölkerung führte. Die



Schreibtisch des Autors
Foto: Random House

2 Thomas Schölderle: Geschichte der Utopie, Köln/Weimar/Wien ²2017, S.14.

3 Siehe zu dieser Thematik ausführlich den Artikel von Klaus Gestwa in diesem Heft sowie den ersten Teil der Dystopie-Serie in Einsichten+Perspektiven 3/2020.

Städte boomten – japanische Firmen wie Sony avancierten zu weltweiten Marktführern – und ermöglichten vielen einerseits ein unkonventionelleres und freieres Leben; die neuen Freiheiten verstärkten aber auch die Gefahr von Vereinsamung.

Werk und Autor

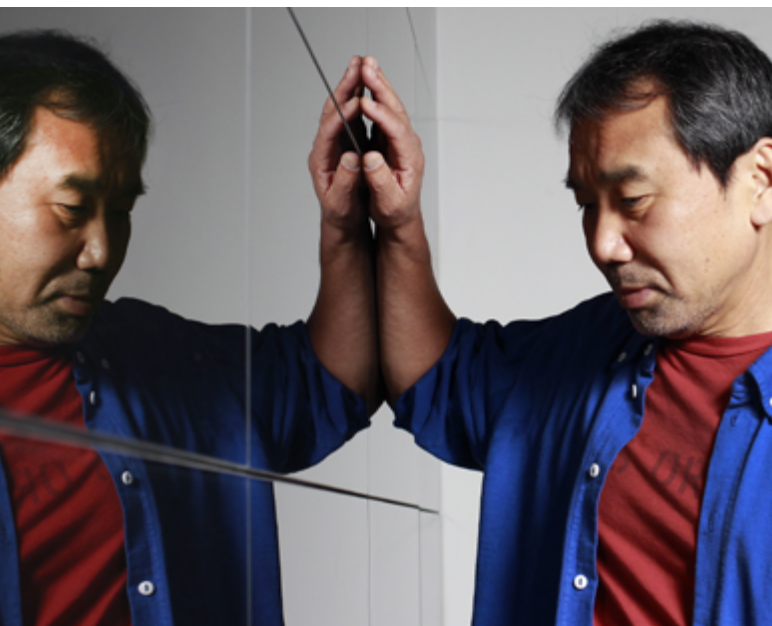
Haruki Murakami, 1949 bei Kyoto in Japan geboren, gilt seit Erscheinen mehrerer monumentaler Romane wie „Wilde Schafsjagd“ (1991), „Mister Aufziehvogel“ (1994), „Kafka am Strand“ (2002) oder „1Q84“ (2009) als einer der bedeutendsten zeitgenössischen Autoren mit einer großen Leserschaft rund um den Globus. Sein spezifischer Erzählton und typische Figuren- und Handlungskonstellationen bringen eine – zumindest für die Fangemeinde – geradezu süchtig machende Magie hervor, die schwer zu beschreiben ist. Damit zu tun hat eine Spannung zwischen „magisch-fantastischen“ Elementen und einer nüchtern-deskriptiven, ja technischen Erzählweise. Die Verbindung von fernöstlichen und westlichen Stilelementen, die Montage von Märchen mit Versatzstücken von Kriminalgeschichten, der Wechsel zwischen Trash- und Hochkultur erzeugen den typischen Murakami-Sound, der banal und zugleich philosophisch anspruchsvoll daherkommt und in vielerlei Hinsicht das (westliche) individualistisch-egozentrierte Lebensgefühl des beginnenden 21. Jahrhunderts repräsentiert. Murakami ist durch längere Aufenthalte in Europa und vor allem als Gastprofessor in den USA gewissermaßen ein Grenzgänger geworden. Seine Bücher

erhielten zahlreiche Literaturpreise, sie wurden in rund 50 Sprachen übersetzt und zum Teil zu Filmen oder Bühnenstücken adaptiert.⁴

Murakami gibt nicht allzu viel über seine persönliche Biographie preis; im Vorwort zu den beiden frühen Kurzromanen „Wenn der Wind singt“ und „Pinball 1973“ (1979/80) beschreibt er, wie er in jungen Jahren einen für japanische Verhältnisse sehr unorthodoxen Lebensweg eingeschlagen habe. Er habe mit seiner Frau eine Jazzbar eröffnet (S.7) und nach einem etwas grotesk wirkenden Erweckungserlebnis mit dem Schreiben von Romanen begonnen: „An einem sonnigen Nachmittag im April 1978 ging ich ins Tokioter Jingu-Stadion, um mir das Eröffnungsspiel der Central League anzuschauen [...].⁵ Der erste Pitcher der Hiroshima Carps war Sotokoba, glaube ich. [...] Als Sotokoba in der zweiten Hälfte des Innings eröffnete, schlug Hilton den Ball sauber nach links und erzielte einen Two-Base-Hit. Der schöne satte Ton, mit dem der Ball auf den Schläger traf, erfüllte das Stadion. Vereinzelter Applaus ertönte. Und just in diesem Moment kam mir völlig zusammenhanglos der Gedanke: „Ja, – vielleicht kann ich einen Roman schreiben.“

Zur Selbstinszenierung des Autors gehört eine zweite, mit derselben Intensität betriebene große Leidenschaft, das (Marathon-) Laufen. Sein Buch „Wovon ich rede, wenn ich vom Laufen rede“ (2010) stellt eine Art Eigenhommage dar. Darin findet man auch seinen Wunsch für die Aufschrift auf seinem Grabstein: „Haruki Murakami 1949-20**“, Schriftsteller (und Läufer) – Zumindest ist er nie gegangen“.⁶

Der literarische Stil Murakamis wurde nach Selbstzeugnissen durch seine Tätigkeit als Übersetzer geprägt. Um mehr Distanz und Disziplin gegenüber dem eigenen Text zu erschaffen, wendete er laut eigener Aussage auch den „Trick“ an, Texte zunächst auf Englisch zu verfassen, um einen „flexiblen, „neutralen“ Stil zu schaffen, der auf überflüssige Schnörkel verzichtete [...].“⁷ Sein Stil zeichnet sich zudem durch surrealistische Elemente und Anspielungen auf die (westliche) Popkultur und Literatur aus. Wie in den meisten von Murakamis Romanen werden laufend Songtexte aus Pop- und Rocksongs der 1960er bis 1980er Jahre zitiert.



Haruki Murakami, aufgenommen 2010
Foto: ullstein bild/CARO/Fotograf: Gerd Engelsmann

4 Vgl. u.a. <https://www.harukimurakami.com> [Stand: 02.12.2020].

5 Zitate aus: Haruki Murakami: Wenn der Wind singt/Pinball 1973, Köln 2015, S. 10 f.

6 Ders.: Wovon ich rede, wenn ich vom Laufen rede, München 2010.

7 Ders.: Von Beruf Schriftsteller, Köln 2016, S. 37.



Cover: M.S. Corley

„Hard-boiled Wonderland und das Ende der Welt“ – Inhalt

Ein schrilles, konsumorientiertes Tokio in einer nahen, dystopischen Zukunft und eine fast mittelalterlich anmutende, von einer Mauer umgebene und von Einhörnern und Menschen ohne Erinnerung und Schatten bewohnte Stadt am Ende der Welt, in der buchstäblich die Zeit stillsteht: Das sind die Schauplätze für die phantastisch-grotesken Abenteuer des Ich-Erzählers⁸ dieses frühen Romans von Haruki Murakami. Die beiden Geschichten sind kapitelweise ineinander verschränkt und unterscheiden sich typografisch durch verschiedene Schriftarten.

Das „System“, eine nicht näher skizzierte mächtige Organisation, die eine Art Regierung zu sein scheint, setzt im Hard-boiled Wonderland „Kalkulatoren“ ein, um geheime Daten sicher zu verschlüsseln. Ein älterer Professor, der mithilfe seiner als dicklich beschriebenen Enkeltochter geheime Forschungen in einem versteckten, unterirdischen Labor betreibt, das nur über einen lebensgefährlichen, von mysteriösen, bössartigen „Schwärzlingen“ belagerten Weg zu erreichen ist, engagiert den jungen Mann für einen Spezialauftrag: Er soll spezielle

8 Die japanische Sprache kennt verschiedene Formen für das deutsche „Ich“. Im Roman werden zwei davon verwendet: *Watashi* im „Hard-boiled Wonderland“ und *Bocu* am „Ende der Welt“. *Watashi* wird von Männern und Frauen und eher höflich-formelhaft bzw. neutral verwendet, während *Bocu* nur von Männern benutzt wird. Wenn man Japanisch nicht als Fremdsprache lernen möchte, kann die Übersicht „Japanese first persons pronouns“ in der englischen Ausgabe von Wikipedia dazu einen ersten Eindruck vermitteln, https://en.wikipedia.org/wiki/Japanese_pronouns [Stand: 06.12.2020].

Zahlen „waschen“ und das streng geheime „Shuffling-System“ anwenden.

Wie sich im Laufe der Geschichte herausstellt, benutzt der Professor den Kalkulator für seine eigenen Zwecke. An den Daten sind nämlich neben dem Professor und dem „System“ auch ein großes Konkurrenzunternehmen, die „Firma“, und die in ihrem Auftrag handelnden „Semioten“ interessiert. Für den Spezialauftrag hat der Protagonist drei Tage Zeit – wie sich herausstellt, geht es dabei um Leben und vielleicht auch um Tod.

Das „Hard-Boiled Wonderland“ (Tokio) ist lustorientiert: Man konsumiert, isst, trinkt, kauft ein, hat Sex, es gibt brutale Gewalt, alles ist rastlos, hungrig, gierig, gefährlich.

Im Gegensatz dazu geht es „Am Ende der Welt“ sehr gemächlich und asketisch zu. Die Leserinnen und Leser erleben diese Welt durch die von einem strengen Wächter geblendeten Augen des gerade in der Stadt angekommenen „Traumlesers“.

Er weiß nicht, wie er dorthin gelangt ist, und kann sich nicht an seine Vergangenheit erinnern. Wie sich dieses Ich zu dem des Hard-Boiled Wonderlands verhält, bleibt unbestimmt; ähnlich wie in Filmen wie „Mulholland Drive“ von David Lynch ahnt der Leser/die Leserin zwar bedeutende Zusammenhänge – die sich letztlich aber nicht nachvollziehbar aufklären lassen.

Der „Traumleser“ muss sich von seinem Schatten trennen, was ihm als Neankömmling nicht leichtfällt; auch der Schatten, der ein Eigenleben hat und vom Wächter gefangen gehalten wird, leidet unter diesem – im wahrsten Sinne des Wortes – Einschnitt und reflektiert dies wortreich im Zwiegespräch mit „Bocu-Ich“.

Die obskure Aufgabe des Protagonisten ist es nun, nach Einbruch der Dunkelheit in der Bibliothek der Stadt mithilfe einer Bibliothekarin alte Träume aus Einhornschädeln zu lesen.

Einhörner, deren Fell sich im Herbst in strahlendes Gold verwandelt, bewohnen die Stadt und grasen vor den Toren. Die menschlichen Bewohner sind seltsam ruhig und lethargisch, haben alles, was sie zum Leben brauchen, und hegen darüber hinaus keinerlei Bedürfnisse. Lediglich die Bewohner des Waldes am Rande dieser Welt scheinen gegen den geregelten, erinnerungslosen Lebenslauf aufzubegehren, bringen aber das Gesamtkonstrukt dabei nicht ins Wanken.

Einzelne Hinweise verdeutlichen die Verbindungen zwischen den Welten: ein Einhornschädel, der im Hard-Boiled Wonderland auftaucht, oder die Bibliothek und eine jeweils auf spezielle Weise attraktive Bibliothekarin,

die in beiden Universen vorkommen und in einer besonderen Beziehung zum Protagonisten stehen. Dieser ist, wie sich herausstellt, ein und derselbe, bewegt sich aber parallel in den unterschiedlichen Welten. Das „Ende der Welt“ repräsentiert dabei einen Ort, den er offenbar selbst in seinem Inneren geschaffen hat und der im krassen Gegensatz zu seiner Gegenwart im Hard-Boiled Wonderland steht.

Das Ende in beiden Welten bleibt genauso offen wie viele Fragen, auf die man sich als Leserin oder Leser eigentlich eine Antwort wünscht – und gerade deshalb beschäftigt dieser Roman noch lange, nachdem man das Buch zur Seite gelegt hat.

Konturen einer zwiespältigen postmodernen Dystopie: Zeitgenössisches Leben als Trash-Krimi oder apathische Tristesse

Schon der Romantitel spielt mit zwei Genres, deren Bezüge aber nie einwandfrei nachvollziehbar werden: Die sog. „Hard-boiled-Krimis“ und Lewis Carrolls „Alice in Wonderland“, das man vielleicht am ehesten als skurriles Märchen einordnen kann.

Hard boiled (wörtlich: „hart gekocht“) ist im amerikanischen Englisch jemand, der als und brutal, bissig oder gar böse in seiner Rede und allgemein unangenehm im Umgang empfunden wird. Als literarische bzw. als Filmgattung wird unter diesem Titel Bezug genommen auf die als *hardboiled* charakterisierten Helden aus den Detektivgeschichten der *pulp literature* und von Autoren wie William R. Burnett, James Cain, Raymond Chandler, Dashiell Hammett, Jonathan Latimer und Horace McCoy, seit den späten 1950er Jahren auch Ross Macdonald. Im Film begann damit eine „psychologisierende Ausrichtung des *Film Noir*, die die desillusionierte, oft zynische Weltansicht des männlichen Protagonisten als eines auf sich selbst gestellten, seine Maskulinität betonenden *tough guy* zeigt, der während der Kriegszeit und in der anschließenden Welt des Kalten Krieges nicht nur seine psychischen Tiefpunkte und Zusammenbrüche, sondern auch sein trauriges Verhältnis zum anderen Geschlecht zu organisieren hat. Als einer der Archetypen des *hard-boiled* Detektivs mit verborgenem Goldenen Herz galt Humphrey Bogart, z.B. mit der Rolle des Sam Spade in John Hustons *The Maltese Falcon* (USA 1941, nach dem Roman von Dashiell Hammett) oder als Philip Marlowe in Howard Hawks' *The Big Sleep* (USA 1946, nach Raymond Chandler).⁹

9 <http://filmlexikon.uni-kiel.de/index.php?action=lexikon&tag=det&id=3999> [Stand: 04.12.2020].

In „Alice in Wonderland“ fällt die Protagonistin bekanntermaßen im Traum durch ein Kaninchenloch in die „verkehrte Welt“, in der nicht nur die Zeit verrückt spielt und seltsame, schwer greifbare Charaktere leben. Auch in Hard-Boiled-Wonderland muss der „Kalkulator“ durch ein Loch in eine Unterwelt hinabsteigen, die sich unter dem Moloch Tokio als gefährliche, von unbekanntem Kreaturen bewohnte Finsternis entpuppt, die aber doch dem Professor als Rückzugsort für seine Versuche dient. Auch Zeit spielt eine wichtige Rolle in Murakamis Roman und scheint von „Alice im Wonderland“ inspiriert zu sein: Während bei Lewis Carroll die Zeit rückwärts geht, bleibt sie am „Ende der Welt“ ganz stehen, im Hard-Boiled-Wonderland dagegen rennt sie dem jungen Mann in drei Tagen geradezu davon.

Man kann „Hard-boiled Wonderland und das Ende der Welt“ als Beispiel einer postmodernen Dystopie verorten: „Postmodernes liegt da vor, wo ein grundsätzlicher Pluralismus von Sprachen, Modellen, Verfahrensweisen praktiziert wird, und zwar nicht bloß in verschiedenen Werken nebeneinander, sondern in ein und demselben Werk, also interferentiell“,¹⁰ definiert Wolfgang Welsch. In „Hard-Boiled Wonderland“ ist genau dies der Fall, wie formal im Melange literarischer Genres, inhaltlich durch parallel existierende Wirklichkeiten deutlich wird. Der postmoderne Anti-Held lebt und handelt in verschiedenen Sphären, die unterschiedlichen Gesetzen unterliegen.

In der futuristischen Mega-City Tokio sind Menschen nicht mehr als Material, sie sind zu Marionetten eines alles beherrschenden „Systems“ und zur hungrigen, konsumierenden Masse in einer schrillen, gefährlichen Großstadt geworden. Das *Watashi*-Ich konstatiert desillusioniert seine Entfremdung: „Mein einziger Bezug zur Welt sind die mir zugeteilten Zahlen, die ich im Kopf in andere Werte transformiere, und in meiner Freizeit lese ich alte Romane, sehe mir auf Video Hollywoodschinken an und trinke Bier und Whisky dazu.“¹¹ Der nebulöse Professor stellt ihm allerdings eine Jenseitsvision in Aussicht: „Denken Sie daran: Was Sie erwartet, ist nicht der Tod. Es ist das ewige Leben. Und Sie werden Sie selbst sein. Damit verglichen ist unsere Welt nur bloßer Schein.“¹² Sein Bewusstsein verliert der „Held“ am Ende in einer epigonal wirkenden Meerszenarie; er raucht eine Zigarette und hört „A Hard Rain's A-Gonna

10 Wolfgang Welsch: *Unsere postmoderne Moderne* Weinheim, 1991, S. 16 f.

11 Murakami (wie Anm. 1), S. 288.

12 Ebd., S. 354.



Ost-Turm des Shibuya Scramble Square in Tokio, Japan
Foto: ullstein bild/imageBROKER/FotografIn: Anne-Sophie Wittwer

Fall“ von Dylan.¹³ Überzeugende Transzendenz sieht allerdings anders aus; die Handlung endet indifferent-ausdruckslos.

Unauflösbar verbunden mit dieser Konsumwelt Tokios ist wie beschrieben der Gegenentwurf, wo sich bis zur letzten Seite des Buches nicht erschließt, ob es Arkadien oder eher eine Art Hölle ist.

Die Einhörner stellen am Ende der Welt Metaphern dar, deren Bedeutung sich nicht recht erschließt, die aber etwas wie das erinnerte Erbe dieser Gesellschaft repräsentieren. *Boco*-Ich „liest“ aus deren Schädeln in der Bibliothek Erinnerungen. Die mythologischen Tiere symbolisieren im klassischen Gebrauch Leben, Reinheit, Glauben, wobei das Horn häufig auch als phallisches Symbol gesehen wird;¹⁴ am Ende der Welt wirken sie wie entleerte Zitrate.

13 Vgl. ebd., S. 527 f.

14 S. dazu z.B. René Bloch: *Einhorn*, in: *Der Neue Pauly. Enzyklopädie der Antike*, Stuttgart 2010, Bd. 3, Sp. 916.

Ein zweites, immer wiederkehrendes Bild ist das des „Schattens“. Dieser hat am „Ende der Welt“ ein Eigenleben: eigene Gedanken, eigene Wünsche und Ziele. Neuankömmlinge sind erst dann am Ende der Welt angelangt und dort zufrieden, wenn ihr Schatten, der ihnen bei Ankunft abgeschnitten wird – hier fühlt man sich an Chamisso's Erzählung *Peter Schlehmil* erinnert –, gestorben ist. Mit dem Tod des Schattens stirbt gleichzeitig auch ihr früheres Ich; – sie sind dann erst im wahrsten Sinne des Wortes „wunschlos glücklich“, haben aber auch ihre Seele und alles, was sie vorher ausmachte, verloren. Die „Unterwelt“ im *Hard-Boiled-Wonderland* ist mithin eine Art „Schattenreich“, mit einem reißenden Fluss erinnert es auch an die antike Mythologie – der Styx gilt ja auch als „Fluss des Vergessens“ und die Seelen wandeln als „Schatten“ durch das Reich des Hades. Der Protagonist wird am „Ende der Welt“ gewissermaßen zum Schatten seiner selbst.¹⁵

Beide Welten im Roman drehen sich um den Schlüsselraum der Bibliothek. In der Bibliothek des *Hard-Boiled Wonderland* eröffnet sich eine Überfülle an Büchern, schier endlose Möglichkeiten des Lesens, des Wissens und der Phantasie. Die Bibliothekarin, mit der der Protagonist eine Affäre beginnt, isst ständig und maßlos, ohne allerdings dabei zuzunehmen – ein Bild für die unersättliche Konsumgier der modernen Welt. Ganz im Gegensatz dazu ist die Bibliothek am Ende der Welt der Ort, an dem die Träume und Erinnerungen der Menschen durch den „Traumleser“ vernichtet werden. Auch hier entwickelt sich eine Beziehung zwischen Protagonisten und Bibliothekarin, allerdings auf einer freundschaftlich-distanzierten Ebene ohne starke Emotionen und sexuelle Anziehungskraft. Dieser Antagonismus spiegelt sich auch in der Fähigkeit, Schmerzen zu empfinden: In beiden Welten erleidet der Protagonist „Einschnitte“ – während er im *Hard-Boiled-Wonderland* eine tiefe, Stichwunde immer wieder stark zu schmerzen beginnt, sticht ihm der „Wächter“ auch am „Ende der Welt“ mit einem Messer in die Augen, ohne dass er dabei körperlichen Schmerz erduldet, genauso wenig wie beim Abschneiden seines Schattens. Diese Szene spielt mit Elementen antiker, vor allem epikureischer Philosophie, in der „Schmerzlosigkeit“, Ataraxie, die durch Mäßigung des Genusses und ein maßvolles Leben, einen Zustand der „heiteren Seelenruhe“, der Eudämonie, ermöglicht – ganz im Gegensatz zu übermä-

15 Vgl. zu diesem Aspekt Hubert Winkels: *Ein Parzival aus Japan. Warum „Hard-boiled Wonderland und das Ende der Welt“ Haruki Murakamis bester Roman ist*, in: *DIE ZEIT* Nr.18 vom 27.04.2006, www.zeit.de/2006/18/L-Murakami [Stand: 04.12.2020].

ßigem Konsum und Stress, der Schmerzen verursacht, was zu vermeiden ist. Epikur formuliert es folgendermaßen: „Die äußerste Lustempfindung liegt im Beheben allen Schmerzes. Solange die Freude währt, fehlen Schmerz oder Kummer oder beides zusammen“.¹⁶

Der vereinzelt Mensch in der postmodernen Gesellschaft

Was macht Hard-Boiled Wonderland – abgesehen von seiner Faszination als literarischer Text – zu einem interessanten Beitrag in einer politischen Diskussion über Dystopien? Vielleicht der Umstand, dass der Text so ambivalent ist. Diese Dystopie des ausgehenden 20. Jahrhunderts besticht gerade durch ihr Apolitisch-Sein, die Abwesenheit der Gesellschaft als politische Kategorie und das Zurückgeworfensein des Einzelnen auf sich selbst ganz allein. Etwas wie eine für alle gültige Sinnggebung scheint nicht zu existieren.

„Hören Sie, ich weiß sehr gut, dass ich so klein und unbedeutend bin, dass man eine Lupe braucht, um mich wahrzunehmen. Das war schon immer so. Suchen Sie mich mal auf einem Klassenfoto heraus, das dauert! Ich habe keine Familie, wenn ich jetzt von der Bildfläche verschwinde, gerät niemand in Not. Ich habe keine Freunde, keiner wird trauern, wenn ich nicht mehr da bin. Das weiß ich alles. Trotzdem, es hört sich vielleicht komisch an, aber ich war mit der Welt, wie sie ist, zufrieden. Warum, weiß ich nicht. Vielleicht war ich auch zwei und hab mich köstlich mit mir selbst amüsiert. Ich weiß es nicht. Jedenfalls fühle ich mich in dieser Welt sehr wohl. Vieles darin gefällt mir nicht, und manchen scheine ich nicht zu gefallen, doch anderes gefällt mir, und was mir gefällt, gefällt mir – sehr –. Ob ich der Welt gefalle, ist mir scheißegal. Das ist mein Leben. Ich will nicht woanders hin. Unsterblichkeit brauche ich nicht. Alt werden ist nicht einfach, doch es betrifft mich ja nicht allein. Alle werden alt. Einhörner will ich nicht, ich will auch keinen Zaun!“¹⁷

Die Murakami'schen Einzelgänger, die sich in vielen Merkmalen in allen seinen Romanen ähneln, sind in der Regel durchschnittliche, unaufgeregte, häufig männliche Alltagsmenschen, die ihr Leben in einem normalen

Umfeld leben, unspektakuläre Beziehungen führen, einer Arbeit nachgehen und alle Bequemlichkeiten des modernen westlichen Lebens genießen.

Gerade in ihrer Individualität sind die Menschen austauschbar und letztlich bedeutungslos, wie ihnen auch selbst bewusst ist: „Mir wurde plötzlich klar, dass ich trotz alledem, was ich erreicht habe, trotz all meiner geschäftlichen Erfolge im Grund nur eine vorläufige, flüchtige Daseinsform bin, die von jemandem ein Genpaket bekommen hat, um es an den nächsten weiterzureichen. Abgesehen von dieser praktischen Funktion bin ich nicht mehr als ein Erdklumpen“,¹⁸ sagt zum Beispiel in Murakamis jüngstem Werk „Die Ermordung des Commendatore“ die Figur Menshiki. Auch menschliche Beziehungen ändern dies letztlich nicht; die Einzelfiguren kommen häufig zu durchaus resignativen Resümees ihrer Existenz, vgl. z.B.: „Wir waren zwar großartige Reisegefährten, aber letztlich doch nur zwei einsame Klumpen Metall auf getrennten Umlaufbahnen, die aus der Ferne wie wunderschöne Sternschnuppen aussehen.“¹⁹

Großstadt, Big Data und Konsum

Obwohl vor 35 Jahren geschrieben, scheinen Murakamis Szenen bisweilen geradezu prophetisch Aspekte von heute voranzunehmen: Die Bedeutung von Daten und deren Besitz, die Möglichkeit von Manipulationen aller Art, der Kampf um zentrale Informationen haben seit 1985 um ein Vielfaches zugenommen. Cyber-War, Hacker-Angriffe, Internet-Betrug, Darknet etc. sind zu Schlagworten existentieller Bedrohung geworden. Künstliche Intelligenz spielt eine immer wichtigere Rolle, nicht zuletzt z.B. auch auf der Ebene konkreter sozialer Probleme wie des Pflege-notstands.²⁰

Die immer weiter gehende Ausdehnung von Mega-Cities im Prozess der Urbanisierung führt zu weitreichenden Problemen wie zunehmender Vereinsamung, Entwurzelung und Isolation des Einzelnen (vgl. besonders in Japan das Phänomen der *Hikikikomori*: meist junge Leute, die sich selbst isolieren und jahre-, teilweise jahrzehntelang ihr Zimmer im Elternhaus nicht mehr verlas-

.....
18 Haruki Murakami: Die Ermordung des Commendatore, Bd. 2, Köln 2018 (Erstausgabe 2017), S. 116.

19 Ders.: Sweetheart Sputnik, Köln 2004, S. 126.

20 Vgl. dazu z.B. „Hilfe von Roboter Pepper“, in: www.spiegel.de/panorama/pflegeeinrichtung-in-der-corona-pandemie-hilfe-von-roboter-pepper-fuer-pflegekraefte-a-5a5a7021-b81a-4e9e-853d-cc9432feea55 [Stand: 04.12.2020].

.....
16 Vgl. dazu z.B. Metzlers Lexikon Philosophie, Ataraxie, www.spektrum.de/lexikon/philosophie/ataraxie/218 [Stand: 04.12.2020]. Zitat nach Epikur: Über das Glück, aus dem Altgriechischen und hg. von Séverine Gindro und David Vitali, Zürich 1995, S.75.

17 Murakami (wie Anm. 1), S. 335.

sen²¹⁾ sowie auch der verstärkten Umweltzerstörung durch Asphaltierung und Bebauung von Naturflächen.²²⁾

Der gedankenlose und ungehemmte Konsum, wie ihn Murakami in *Hard-Boiled-Wonderland* beschreibt, schien besonders in den 1980er Jahren einen Höhepunkt erreicht zu haben. Wie in jedem seiner Romane spielt individueller Lustgewinn eine große Rolle. Im *Hard-Boiled Wonderland* wird die Lust hedonistisch ausgelebt, während am Ende der Welt ein einfaches, frugales Leben Ruhe verheißt.

Das Ende der Welt ist aber dennoch weit von einem utopischen Dasein entfernt. *„As with most utopian narratives, the novel does not aim at creating and narrating the perfect condition. It gives a powerful description of how human-altered memory and social amnesia, together with other diseases of modern society reflected through the hero's adventure, lead to an anti-utopia.“*²³⁾

Das mysteriös bleibende mathematische Verfahren (*double trapping* bzw. *shuffling*), das der „Kalkulator“ für den Professor anwendet und das letztlich bewirkt, dass der Protagonist zum Schatten seiner selbst wird – ob er letztlich stirbt, bleibt wie so vieles im Roman offen – verweist auf die Gefahren der sich geradezu verselbstständigenden Technologien wie Künstliche Intelligenz, (De-)Codierung und Big Data. Das ist – nicht frei von Banalität – auf heutige Fallstricke virtueller Realitäten zu beziehen, wie etwa die beunruhigend zunehmende Zahl von spielsüchtigen Jugendlichen bis hin zu Attentätern, die terroristische Amokläufe wie Szenen gewalttätiger Computerspiele inszenieren und ihre Verbrechen live ins Internet übertragen wie 2019 in Neuseeland geschehen.²⁴⁾

Räume, Grenzen

Bereits bei den Klassikern der Utopie spielten Grenzen eine besondere Rolle – die physische Trennung des utopischen Ortes vom Rest der Welt. Ein typisches Charak-

.....

21 Vgl. z.B. www.sueddeutsche.de/panorama/japan-coronavirus-hikikomori-1.4925072 [Stand: 04.12.2020].

22 S. dazu z.B. Lennart Kümper-Schlake: Urbanisierung und Ökologische Stadtentwicklung, in: Standort 40 (2016), S. 104 ff., <https://doi.org/10.1007/s00548-016-0431-3> [Stand: 04.12.2020].

23 Virginia Yeung: The Utopian and Dystopian Time in Murakami Haruki's *Hard-Boiled Wonderland and the End of the World*, The Hong Kong Institution of Education, 2015, in: Tamkang Review, <https://www.thefreelibrary.com/Time+and+Utopian+imagination+in+Murakami+Haruki%27s+Hard-Boiled...-a0434045587> [Stand: 04.12.2020].

24 S.dazu www.bzga.de/infomaterialien/suchtvorbeugung/gluecksspielsucht/verzoekt-informationen-zur-spielsucht-fuer-jugendliche [Stand 04.12.2020].

teristikum dieser literarischen Gattung war seit Thomas Morus die Begrenzung des zu beschreibenden „Staatswesens“, zunächst räumlich als abgeschottete Gesellschaft auf einer fernen Insel, später dann zeitlich abgegrenzt in eine bessere – oder dystopisch gesehen auch schlechtere – Zukunft verlegt.²⁵⁾

Grenzen und deren Überschreitung spielen in Murakamis Roman eine zentrale Rolle – als Trennlinien zwischen den und innerhalb der Welten, als Zeitgrenzen sowohl im subjektiven Empfinden des Protagonisten als auch in der objektiv messbaren Zeit, also gewissermaßen als kosmische Grenzen, die das Ende der Welt(en) bedingen, sowie als Begrenzung irdischer Erkenntnismöglichkeiten, jenseits derer nur noch transzendente Erfahrungen möglich sind.²⁶⁾

Am „Ende der Welt“ bildet ein mysteriöser Wald einen geheimen Kosmos für sich. Das Bild des Waldes spielt dann in weiteren Romanen Murakamis eine zentrale Rolle als ein Ort, der den Menschen gewissermaßen Erlösung und Seelenfrieden bietet (so z.B. in „Kafka am Strand“).

Der Roman beschäftigt sich mit (tiefen-) psychologischen Erkenntnissen und der Hirnforschung: Träume, selbst erschaffene Parallelwelten und auch die Möglichkeit, der Realität zu entfliehen, bieten dem Ich-Erzähler immer wieder die Chance, Grenzen zu überschreiten. Die Grenzen zwischen *Hard-Boiled-Wonderland* und dem Ende der Welt verlaufen, wie sich zum Schluss herausstellt, im Gehirn des Protagonisten, die Übergänge sind zunächst fluide, bis er sich auf eine Welt festzulegen scheint. „*Boku*“-Ich spielt zwar lange gedanklich mit der Versuchung, diese Mauer zu überwinden und auf der anderen Seite die Freiheit zu finden. Letztlich wird dieser Plan – sogar für den Preis des Todes seines Schattens – resigniert aufgegeben.

Im *Hard-Boiled-Wonderland* begleitet der Leser/die Leserin den Protagonisten durch drei aufregende, wilde Tage, während am „Ende der Welt“ die Zeit stehen geblieben ist – symbolisiert durch die Turmuhr, die immer dieselbe Zeit anzeigt. Zeit wird im Roman tatsächlich relativ. Wie Alexander Demandt konstatiert: „Zeitbegriffe sind Bewusstseins-tatsachen. Die Begriffe „ich“, „jetzt“, und

.....

25 Vgl. dazu z.B. Schölderle (wie Anm. 2), S. 13. Bereits die erste Ausgabe der „Utopia“ von 1516 enthielt eine gezeichnete Karte der fernen Insel mit ihren Grenzen und Aufteilungen. Murakami selbst hat eine Karte für das „Ende der Welt“ gezeichnet und seinem Roman vorangestellt.

26 Vgl. dazu Alexander Demandt: Grenzen. Geschichte und Gegenwart, Berlin 2020, S. 15 ff.



Haruki Murakami während einer Radioshow des Senders Tokyo FM Broadcasting Co. in Tokio, in der er einige seiner Lieblingsongs zum Joggen vorstellte, 2018
Abbildung: picture alliance/AP Photo

„hier“ sind nicht zu trennen. Darin liegt die Subjektivität der Gegenwart. Ihre Objektivität liegt alleine darin, dass sie gegeben ist, während Vergangenheit und Zukunft nur vorgestellt sind.“²⁷

Auch wenn der Autor, ganz in der Tradition der Utopisten seit Morus, feststellt, dass es Utopia in der Reinform nicht geben könne – am Ende des Romans heißt es prägnant: „Eine solche Welt wäre das wahrhaftige Utopia, und ich hätte dem nichts entgegensetzen – wenn es sie denn geben würde.“

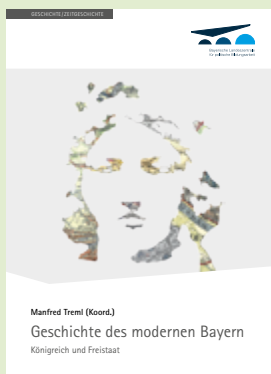
Eine Orientierung gibt es am Ende nicht. Damit muss der Leser postmoderner Literatur eben klar kommen. Bob Dylan liefert dafür jedenfalls den richtigen Sound:

*How does it feel?
Ah, how does it feel?
To be on your own?
With no direction home?
Like a complete unknown?
Like a rolling stone? 🎸*

.....
27 Ebd., S.101.

Neu im Programm!

Eine kleine Auswahl an neuem Lesestoff und kommenden Veranstaltungen



Grundlegende Neubearbeitung!
Das Standardwerk zur bayerischen
Geschichte seit der Französischen
Revolution in vier Kapiteln:

- I. Königreich Bayern
(1806-1918)
von Manfred Tremel;
 - II. Bayern in der Weimarer
Republik (1918-1933)
von Matthias Bischel und
Franz Menges;
 - III. Bayern in der NS-Zeit
(1933-1945)
von Daniel Rittenauer und
Wolf Weigand;
 - IV. Bayern seit 1945
von Manfred Tremel und
Peter Jakob Kock.
- Mit vielen Bildern und Graphiken.

Zu bestellen ab ca. 20.12.2020



Der Comicband erzählt die
Geschichte der jüdischen Familie
Jesusuran von den 20er-Jahren
bis zum Ende des Zweiten Welt-
kriegs und zeichnet die Stationen
der Familiengeschichte von einem
bürgerlichen Leben in Nürnberg
bis hin zur Flucht der Familie und
dem Überleben in einem Versteck
in Belgien nach. Entstanden ist
der Band als Gemeinschaftsprojek-
t von Schüler*innen des Dürer-
Gymnasiums Nürnberg mit dem
Comic-Künstler Alex Mages. Der
Comic wird ergänzt durch histo-
rische Materialien, ein Interview
und erläuternde Anmerkungen
zum Projekt. Der Band eignet
sich u.a. auch für den Einsatz im
Unterricht, eine Handreichung
mit didaktischen Vorschlägen und
Materialien ist separat erhältlich.

Bestellnummer: 05811109



Die Lage im Nahen Osten ist
unübersichtlich: Krieg und huma-
nitäre Katastrophen in Syrien und
Jemen, das komplexe Kräfteres-
sen zwischen Schiiten und Sunni-
ten, die latente Bedrohung durch
die verbleibenden IS-Kämpfer in
der Levante, widerstreitende geo-
politische Interessen. Zudem ist
die ganze Region mit demogra-
fischem Druck und der Notwen-
digkeit eines Wandels überholter
Wirtschaftssysteme konfrontiert.
Als Zeuge vor Ort, Beobachter
und Chronist verfolgt der fran-
zösische Soziologe und Arabist
Gilles Kepel seit Jahrzehnten die
zunehmende Islamisierung der
politischen Ordnung. In seiner
Darstellung der letzten fünf-
und-vierzig Jahre zeichnet Kepel
nach, wie die gewaltigen Ölein-
nahmen und die Durchsetzung
des politischen Islams den chaoti-
schen Kreislauf antrieben, der mit
dem Oktoberkrieg 1973 begann und,
paradoxe Weise, sowohl über die
Ausweitung des Dschihad als
auch über die zunächst so hoff-
nungsvoll begrüßten Aufstände
des Arabischen Frühlings 2011 in
dem monströsen »Kalifat« des IS
und der Zerstörung der Levante
mündete.

Bestellnummer: 05811106

Veranstungstipps für Januar und Februar 2021

*Demokratie im Gespräch:
Die EU & die Macht der großen
Plattformen*

Virtueller Veranstaltungsraum
der BLZ

Datum: 13.01.2021

Uhrzeit: 19 Uhr

Europa-Checker

Virtueller Veranstaltungsraum
der BLZ

Datum: 19.01.2021

Uhrzeit: 16.00-18.00 Uhr

*Perspektiven – Werte im Netz in
der Krise* für Lehrkräfte 4. und 5.
Jahrgangsstufe

Virtueller Veranstaltungsraum
der BLZ

Block I: 19.01.2021

14.00-17.00 Uhr

Block II: 27.01.2021

10.00-13.00 Uhr

*Migration in München in den
1960er und 1970er Jahren*

Virtueller Veranstaltungsraum
der BLZ

Datum: 28.01.2021,

17.00 - 18.30 Uhr,

04.02.2021,

17.00 -19.00 Uhr

*Wie funktionieren Verschwö-
rungen?* für berufliche Schulen
und FOS/BOS

Virtueller Veranstaltungsraum
der BLZ

Datum: 12.02.2021

Uhrzeit: 10.00.11.00 Uhr

Hass 2.0

Virtueller Veranstaltungsraum
der BLZ

Datum: 24.02.2020

Uhrzeit: 15.00-16.30 Uhr

Die genauen Beschreibungen der
Veranstaltungen sowie weitere
Veranstaltungshinweise finden Sie
stets aktuell auf unserer Webseite!
www.blz.bayern.de/Termine

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar

Titelbild: Der Hadrianswall (*Hadrian's Wall*) in Nordengland wurde nach 120 n. Chr. im Auftrag des gleichnamigen Kaisers als Grenzfestung erbaut, um die römische Provinz Britannia von den wilden Stämmen im Norden abzuschotten.
© English Heritage

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.
Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

